

Zwischen Integration und Sezession  
Kurdischer Nationalismus in der Türkei  
im 20. Jahrhundert

Masterarbeit

Zur Erlangung des Mastergrades  
M.Ed.

an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät  
der Paris-Lodron-Universität Salzburg

*Eingereicht von*  
Stefan Walter Mittermair

*Gutachterin:*  
Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Helga Embacher

*Fachbereich:*  
Geschichte

Salzburg, Juni, 2019

## Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit eidesstattlich [durch meine eigenhändige Unterschrift], dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet habe. Alle Stellen, die wörtlich oder inhaltlich den angegebenen Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Die vorliegende Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form noch nicht als Bachelor-/ Master-/ Diplomarbeit/ Dissertation eingereicht

04.06.2019



---

Datum, Unterschrift

## Abstract

In Bezug auf Menschenrechte wird die Türkei heute immer wieder in ihrem Umgang mit Minderheiten im eigenen Land stark kritisiert. Diese Arbeit beschäftigt sich mit einer dieser Minderheiten und ihrer Nationalbewegung: Den Kurden. Im Rahmen dieser Aufarbeitung wird zunächst auf die Problematik der Definition einer kurdischen Ethnie eingegangen. Anschließend wird ein kurzer Umriss der Geschichte der Kurden im Osmanischen Reich gezeichnet. Der Hauptteil der Arbeit bezieht sich auf den prominentesten Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches, der Türkei. Beleuchtet wird dabei der innenpolitischen Umgang der türkischen Regierung mit der eigenen kurdischen Bevölkerung, sowie die Konflikte, die daraus entstanden. Der Betrachtungszeitraum endet mit der Verkündung eines einseitigen Waffenstillstandes der kurdischen Arbeiterpartei, eine nationalistische kurdische Terrororganisation, im Jahr 1999.

When looking at human rights, Turkey is a nation that is repeatedly criticized because of its actions against its own minorities. This paper aims to investigate one of those minorities and its national movement: The Kurds. At the beginning of this examination the first goal is to look at the issues that come with defining the Kurdish ethnicity. After this, a short summary of Kurdish history inside the Ottoman Empire is written down. Most of the paper deals with the national actions of the most prominent Ottoman successor state, Turkey. Following this, the actions of the Turkish state against its own Kurdish people and the conflicts, that have risen from those, will be of most interest. The paper ends with the one-sided ceasefire, proclaimed by the Kurdish Workers Party, a Kurdish-national terror organisation, in the year of 1999.

## Inhaltsangabe

Eidesstaatliche Erklärung .....	2
Abstract .....	3
Einleitung .....	5
Vorstellung der Methode .....	7
Zur Problematik des Begriffes „Kurdistan“ .....	10
Die politische Brisanz Kurdistans .....	10
Die Geografie Kurdistans .....	13
Die Bevölkerung Kurdistans .....	18
Die Religionen Kurdistans .....	18
Die Sprachen Kurdistans .....	19
Die Kultur der Kurden .....	22
Zusammenfassung .....	26
Definition Minderheit .....	26
Definition der türkischen Regierung .....	26
Vorherrschende Definition in der westlichen Welt .....	29
Auffassungen zum kurdischen Nationalismus nach Abschaffung des Kalifats .....	31
Die Herkunft der Kurden .....	31
Situation der Kurden vor 1914 .....	35
Der Erste Weltkrieg .....	43
Das Ende des Ersten Weltkrieges und das Sykes-Picot Abkommen .....	46
Der türkische Unabhängigkeitskrieg 1920 - 1923 .....	54
Zur Situation der Kurden 1923 .....	59
Die neue türkische Ordnung 1924 .....	61
Der Scheich Said Aufstand .....	64
Zusammenfassung .....	67
Auffassungen zum kurdischen Nationalismus zwischen 1960 und 1999 .....	68
Türkei bis 1960 .....	69
Türkischer Militärputsch 1960 .....	78
Türkei bis 1980 .....	80
Türkischer Militärputsch 1980 .....	84
Die Kurdische Arbeiterpartei .....	86
Situation der Kurden bis 1999 .....	97
Zusammenfassung .....	101
Ausblick auf eine Beantwortung der kurdischen Frage heute .....	102
Bibliographie .....	105
Internetquellen/Anhang .....	106

## Einleitung

Im Rahmen einer Seminararbeit im Sommersemester 2018 stieß ich auf eine Thematik, die mich langfristig bis ins Jahr 2019 fesseln sollte. Das Seminar befasste sich mit der Geschichte der Türkei und dem Prozess der Nationsbildung. Innerhalb dieses Kontextes sollte ich mehr über das Volk der Kurden erfahren und war von einigen Fakten sofort verwundert. Im Zuge des Geschichtsstudiums trifft man immer wieder auf Themen, die bereits eingehend von verschiedenen Forschern behandelt wurden und ein Konsens in der historischen Bewertung gefunden wurde. Dies war bei den Kurden in vielen Bereichen jedoch nicht der Fall. Bereits bei der Beschreibung der Anzahl der Angehörigen dieses Volkes treffen verschiedenste Meinungen auch heute noch aufeinander was zu dramatischen Unterschieden führt. Aus dieser Faszination entwickelte sich der Wunsch, eine Masterarbeit zu diesem Thema zu verfassen.

Was definiert ein Volk? Welche Attribute muss eine Gruppe von Menschen aufweisen, um das Recht auf einen eigenen Staat zu beanspruchen? Seit der Entstehung des türkischen Staates gibt es Bestrebungen von Kurden, die von der Regierung in Ankara auch abschätzend als „Bergtürken“ bezeichnet werden, zur Errichtung eines eigenen unabhängigen Staates. Die Frage nach einer historischen Begründung eines kurdischen Staates beschäftigt die Wissenschaft bereits länger, spätestens jedoch seit der Gründung des Staates der Türkei. Einer der Autoren, die sich damit auseinandersetzten, ist David McDowall, ein britischer Historiker und Veteran der britischen Streitkräfte, welcher den mittleren Osten ausgiebig bereiste. Zu seinem Portfolio zählen ausgewiesene Bücher über diese Region sowie dessen Minderheitenkonflikte. Darunter befanden sich Themen wie die Palästinenser-Frage, die Libanon-Krise und die Geschichte der Kurden. Diese Expertise über die Natur von Minderheitenkonflikte wurde von mir als Bereicherung für die Arbeit gesehen und integriert. So beginnt auch er in seinem Werk über den Anspruch einer kurdischen Nation im Kontext von Nationalstaaten nachzudenken.

„Do Kurds constitute a nation? If so, how did this nation come into being? What are the characteristics which distinguish a nation from either an ethnic category – certain people who happen to share a common ancestry, language or culture – or indeed from an ethnic community – people who think and act as Kurds rather than according to religious, social or political ideas of solidarity? Such issues pose difficult question for a community that still does not enjoy international acceptance as a nation within a recognized territory“<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> David McDowall, A modern history of the Kurds, London u.a. 1996, 2.

Kurdischer Nationalismus beschreibt eine Vielzahl unterschiedlicher Bestrebungen von verschiedenen Gruppierungen innerhalb der kurdischen Ethnie und birgt eine brisante Thematik. Im Rahmen dieser Masterarbeit habe ich mir zur Aufgabe gemacht, die Situation der Kurden in der Türkei näher zu beleuchten und sich dabei mit zwei Forschungsfragen zu dieser Thematik auseinanderzusetzen. Wenn man sich mit der kurdischen Geschichte beschäftigt, so erscheint der Islam immer wieder als wiederkehrendes Thema vieler Geschehnisse. Ein besonderes Augenmerk wurde so auf das Amt des Kalifen, dem religiösen Oberhaupt aller Muslime gelegt, welcher seinen Sitz im Osmanischen Reich hatte. Dieses Amt stand stellvertretend für den Schmelztiegel des Islam, bei dem verschiedene Völker eine gemeinsame Identität erhielten. Was passierte aber, als dieses Amt abgeschafft wurde? Daher lautet die erste Forschungsfrage:

Existierte zum Zeitpunkt der Abschaffung des Amtes des Kalifen 1924 ein kurdischer Nationalismus in der Türkei? In diesem Jahr wurde das Amt des Kalifen abgeschafft, was einen bedeutenden Wendepunkt in der Geschichte der Kurden darstellte. In diesem Teil der Arbeit versuche ich herauszufinden, inwiefern sich bereits ein kurdischer Nationalismus herausgebildet hatte. Die zweite Forschungsfrage beschäftigt sich ebenfalls mit dem kurdischen Nationalismus, jedoch zu einem späteren Zeitpunkt und lautet wie folgt: Existierte im Jahr 1999 eine vereinte kurdische Nationalfront in der Türkei? 1999 verkündete die kurdische Arbeiterpartei (PKK) einen einseitigen Waffenstillstand. Wie sah die kurdische Bewegung zu diesem Zeitpunkt aus? Hierbei geht es jedoch weniger um die Entwicklung einer eigenen Nationalität, diese war zu diesem Zeitpunkt mit Sicherheit vorhanden. Das Hauptaugenmerk soll hier den Versuchen der Vereinigung der kurdischen Bewegung gelten.

Zu Beginn der Arbeit wird auf die Problematik des Begriffes *Kurdistan* und seine politische Tragweite eingegangen, da der scheinbar einfache Begriff die verschiedenen Diskussionen um die kurdische Ethnie polarisiert. Anschließend versuche ich, die kurdische Ethnie an sich sowie deren Selbstverständnis in Bezug auf den Begriff *Minderheit* kurz zu umreißen. Auch die ebenso explizite türkische Sichtweise auf den Begriff wird näher beleuchtet. Ein wichtiges Thema ist auch die Trennung der Ämter des weltlichen und geistigen Herrschers des Osmanischen Reiches, welches als verbindendes Mitglied der Kurden und Türken agierte. Zum Schluss erfolgt eine Untersuchung der Situation der Kurden in der Türkei um das Jahr 1999. Die Arbeit kann somit in drei Teile unterteilt werden: Die Brisanz des Begriffes *Kurdistan*, sowie die ausführenden Kapitel zu den zwei gestellten Forschungsfragen. Fragen bezüglich der Rechtmäßigkeit des Kampfes der PKK oder gar eine Antwort auf die Frage „Existiert ein Kurdistan?“ sollen hierbei explizit nicht behandelt werden.

Diese Frage kann auch von der heutigen Wissenschaft nicht eindeutig beantwortet werden und wäre nicht zielführend in der Diskussion um die zwei bereits genannten Forschungsfragen. Es handelt sich dabei um Themen der Entstehung und Entwicklung einer Nationsbewegung, eine Arbeit der Geschichtswissenschaften und um eine historische Aufarbeitung. Rechtmäßigkeiten von Ansprüchen sind immer von der jeweiligen Weltanschauung, den politischen Gegebenheiten und Machtpositionen abhängig. Zudem ändern sich die Parameter ständig, wodurch eine exakte wissenschaftliche Beantwortung unmöglich ist.

## Vorstellung der Methode

Diese Masterarbeit wurde mit Hilfe einer Literaturrecherche erstellt. Die gefundene Literatur sollte nicht vor 1990 und in deutscher oder englischer Sprache erschienen sein. Sowohl Werke der Gesellschafts- als auch der Politikwissenschaften wurden so für die Arbeit ausgesucht. Die meisten recherchierten Werke entstanden in der westlichen Welt, ein Werk wurde in der Türkei verfasst und eröffnet somit eine besondere Betrachtungsweise auf das Thema. Auf dieses Werk wird im Laufe der Arbeit immer wieder eingegangen, zeigt es doch eine, im Gegenzug zur westlichen Literatur, sehr unterschiedliche Betrachtungsweisen des Themas. Die Suche nach geeigneter Literatur innerhalb der Türkei gestaltete sich schwierig. Besonders in der Türkei gab es lange Zeit kein Interesse an der wissenschaftlichen Aufarbeitung der kurdischen Thematik, welches sich in der türkischsprachigen Literatur widerspiegelt. Die Autorin Askim Bozkurt, geboren 1966 in der Türkei, beschäftigte sich ebenfalls mit ähnlichen Fragestellungen. Sie studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Soziologie an der Universität Stuttgart und nimmt seit Oktober 1993 als korrespondierendes Mitglied am Graduiertenkolleg in Erlangen-Nürnberg und Bamberg teil. Aufgrund ihrer Wurzeln beschäftigt sie sich, neben der kurdischen Frage, auch mit der dazugehörigen Literatur in der Türkei. Ihre Betrachtungen der türkischen Schriften stellen einen Gewinn für diese Arbeit dar. Sie kam ebenfalls zu der Erkenntnis, dass in der Türkei generell kaum wissenschaftliche Abhandlungen existieren, da die kurdische Frage erst in den 90er Jahren als Thematik anerkannt wurde. Außerdem sind viele der Abhandlungen ideologisch gefärbt oder nach westlichen Standards nicht wissenschaftlich. Sie berichtet zudem über die russische Wissenschaft der *Kurdologie*, die jedoch noch ein sehr junges Fach darstellt.

2

---

<sup>2</sup> Vgl. Askim Bozkurt, Das Kurdenproblem in der Türkei. Die Manifestation und Konsolidierung des ethnischen Konflikts und die Frage seiner Lösung, Frankfurt am Main 1994, 18.

Im Rahmen der Arbeit wird auch auf die Problematik des Begriffes *Kurdistan* eingegangen. Um die verschiedenen, teils radikal unterschiedlichen Meinungen aufzuzeigen, wird auch explizit auf türkische sowie radikal-kurdische Literatur zurückgegriffen, welche sich völlig gegensätzlich mit der Thematik beschäftigen. Dies ermöglichte die verschiedenen Perspektiven im Rahmen dieser Arbeit zu vermitteln. In Folge dessen wurden auch außerhalb des jetzigen Kapitels diese Werke verwendet, die Hintergründe der jeweiligen Werke werden jedoch immer klar und der Inhalt als Zusatz in den Fußnoten angegeben. Die türkische Sprache verwendet eine hohe Zahl an Akzente bei den Buchstaben ein. Diese werden innerhalb dieser Arbeit nicht berücksichtigt. Im weiteren Verlauf sollen auch die wichtigsten Begriffe, die innerhalb der Arbeit mehrmals Verwendung finden, erklärt werden. Als Grundlage dieser Erklärungen wird unter anderem das historische Lexikon der Schweiz verwendet.

#### *Nation/Volk:*

„Als N. wird eine Bevölkerung bezeichnet, die eine gemeinsame, ethnisch (Herkunft, Sprache) oder kulturell-politisch (Geschichte, Traditionen, Religion) definierte Substanz aufweist und so in Kombination mit einem "Land" zu einem "Volk" wird. Während eine ältere Auffassung die N. als eine natürl., ursprünglich gegebene Grösse versteht, sieht ein jüngeres Konzept die N. als Sekundärprodukt, das erst allmählich über den gesellschaftl. Prozess des *nation building* zu einem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl findet.“<sup>3</sup>

Von der Verwendung dieses Begriffes wird eher abgesehen, da der Term *kurdische Nation* bereits suggeriert, dass die kurdische Nation existiert. Der Frage nach der Rechtmäßigkeit der kurdischen Nation soll jedoch nicht nachgegangen werden. Im gleichen Zusammenhang muss auch über den Begriff *Volk* gesprochen werden. Schon der Ausdruck „*Das kurdisches Volk*“ bringt einen Anspruch mit sich, nämlich eine homogene Gruppe von Menschen mit gleicher Abstammung, Geschichte und Sprache zu beschreiben. Es soll nur vorweggenommen werden, dass meiner Meinung nach das *Eine kurdische Volk* nicht existiert, sondern mehrere kurdische Ethnien/Völker, die unter dem Sammelbegriff *Kurde* stehen. Sollte ich daher über das kurdische Volk sprechen, so meine ich den genannten Sammelbegriff.

---

<sup>3</sup> <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017437/2011-04-26/> (Stand: 28.05.2019)



*Religion:*

„Aus kulturwissenschaftl. Sicht bezeichnet der Begriff R. soziokulturell verfasste Symbolsysteme, die auf bestimmten Annahmen und Vorstellungen bezüglich einer allg. Seinsordnung gründen, diese in versch. Sprach-, Bild- oder Handlungsmedien darstellen und mit ihnen ein bestimmtes Ethos, Verhaltensregeln und rituelle Praktiken assoziieren, deren Verbindlichkeit durch gemeinschaftl. Organisation und Institutionalisierung gestützt wird.“<sup>4</sup>

Die Arbeit wird sich hier primär mit dem islamischen Glauben und nur am Rande mit dem christlichen Glauben auseinandersetzen. Besonders die Identität der Kurden ist stark mit dem Islam verbunden.

*Tribe (englisch:Stamm):*

„A social division in a traditional society consisting of families or communities linked by social, economic, religious, or blood ties, with a common culture and dialect, typically having a recognized leader.“<sup>5</sup>

Trotz der Brisanz, welche der Begriff Stamm mit sich bringt, wird dieser Verwendung in der Masterarbeit finden, da er die Unterschiede zwischen nomadischen und sesshaften Völkern gut darstellt. Der Begriff soll nicht als wertend verstanden werden, sesshafte Gesellschaften sind nicht automatisch jeder nomadischen Gesellschaft in jeder Hinsicht überlegen. Jede wertende Konnotation, welche mit diesem Begriff einhergeht, ist daher nicht beabsichtigt und spiegelt in keiner Weise eigene Ansichten wieder. Dennoch gibt es in der Geschichte der Kurden Konflikte, die aufgrund des Stammescharakters der Kurden oder anderen Völkern zu Tage kamen. Im gleichen Zusammenhang soll der Begriff *Klan* ebenfalls nicht wertend sein.

*Kurdistan:*

„K. ist das Siedlungsgebiet der Kurden im Nahen Osten, das die Grenzregion der Türkei (Ost- und Südostanatolien), Irans, Iraks und Nordsyriens umfasst.“<sup>6</sup>

Dieser Begriff wird im Rahmen der Arbeit lediglich verwendet, um den geografischen Raum von Türkisch-Kurdistan oder ganz Kurdistan zu benennen. Es befindet sich keine politische Aussage hinter der Verwendung, die unabhängige Nation Kurdistan wird von mir weder unterstützt noch abgelehnt. Diese Masterarbeit wird sich auch nicht mit der Rechtmäßigkeit des Anspruches der kurdischen Nation auseinandersetzen.

---

<sup>4</sup> <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026987/2011-12-23/> (Stand: 28.05.2019)

<sup>5</sup> <https://en.oxforddictionaries.com/definition/tribe> (Stand: 28.05.2019)

<sup>6</sup> <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/041672/2008-11-06/> (Stand: 28.05.2019)

## Zur Problematik des Begriffes „Kurdistan“

### Die politische Brisanz Kurdistans

Eine Aufteilung in zwei politische Bewegungen nimmt Bozkurt vor, um die Entwicklungen besser kategorisieren zu können. Diese Kategorisierung findet auch in dieser Arbeit Anwendung, da sie eine leichtere Orientierung der Argumente der jeweiligen Seite ermöglicht. So setzen Vertreter der *sezessionistischen Richtung* die Existenz von Kurdistan und dessen Aufteilung am Ende des Ersten Weltkriegs voraus. Die Lösung des Kurdenproblems wäre die Errichtung des eigenständigen Staates Kurdistan.<sup>7</sup>

Als Vertreter dieser Richtung kann M. Hatip Dicle, ein ehemaliger kurdischer Abgeordneter des türkischen Parlaments, herangezogen werden. Dicle betätigt sich bis heute politisch für die Kurden und wurde bereits mehrmals aufgrund des Terrorismus-Vorwurfs oder der Mitgliedschaft in illegalen Parteien innerhalb der Türkei verhaftet und verurteilt. Hierbei muss jedoch vorweggenommen werden, dass der Vorwurf des Terrorismus in der Türkei ein gern genutztes Mittel zur Unterdrückung der Opposition ist. Bereits die Forderung nach mehr Minderheitenrechten für Kurden kann von der Regierung als terroristischen Angriff auf den türkischen Staat, seine Grenzen oder Institutionen gewertet werden. Dicles Interpretation der Sachlage zu Kurdistan ist eindeutig.

„Die Kurden sind eine Nation. Die Aufteilung ihres Landes Kurdistan zwischen Iran, Irak, Syrien und der türkischen Republik hat durch das Lausanner Abkommen nach dem Ersten Weltkrieg einen offiziellen Status erreicht. Die Zersplitterung Kurdistans wurde ohne den Willen des kurdischen Volkes und ohne Beteiligung seiner Vertretung durchgesetzt. [...] Die Voraussetzung für internationalen Frieden und Sicherheit ist aber nur dann gegeben, wenn die Unantastbarkeit der nationalen Rechte für jedes Volk garantiert ist.“<sup>8</sup>

In der gleichen Rede wirft Dicle der türkischen Regierung eine Vielzahl von Verbrechen vor, darunter die Ablehnung der kurdischen Ethnie, das bewusste wirtschaftliche Aushungern einer ressourcenreichen Region sowie die Verwendung des bereits genannten Terrorismus-Vorwurfs bei jeglicher öffentlichen Aussprache zu der Thematik.

---

<sup>7</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 13f.

Vgl. McDowall, modern, 89.

<sup>8</sup> M. Hatip Dicle, Zur Lage in Kurdistan. Türkei, in: Herbert Berger (Hg.), Freiheit für das Kurdische Volk. Internationale Konferenz 2. Und 3. Oktober 1992, Wien 1992, 25.

Ungeklärte Morde sowie der Einsatz von Todesschwadronen werden ebenfalls angesprochen, sowie die tägliche Verwendung von Folter in Gefängnissen. Kurdische Bauern werden seiner Meinung nach dazu gezwungen, als Dorfschützer gegen die eigenen Landsleute zu kämpfen. Das Dorfschützersystem ist eine Antwort der türkischen Regierung auf die paramilitärischen Gruppen wie die Kurdische Arbeiterpartei (PKK), bei der örtliche Stammesangehörigen zur Verteidigung der Dörfer bewaffnet werden. Die Dorfschützer, ein bis heute kritisches Thema, werden später in der Arbeit noch erläutert. Die PKK wird in diesem Zusammenhang als Gegenreaktion auf die türkische Gewalt gesehen und genießt laut ihm eine breite Unterstützung im kurdischen Volk. Frieden in Kurdistan sei auch nur ohne Isolierung der PKK im Verhandlungsprozess möglich.

Eine These von Bozkurt sah in diesem Zusammenhang die Unterentwicklung der kurdischen Gebiete als Folge der Zentralisierungsversuche der Regierung an. Hierbei wurde zwar die Infrastruktur aufgebaut und verband kurdische Dörfer mit türkischen Städten, aber nicht kurdische Dörfer untereinander. Es entstand eine Abhängigkeit zu den türkischen Städten, jedoch blieben kurdische Dörfer unterentwickelt. Das Stadt-Land Gefälle in Bezug auf wirtschaftliche Größen oder Bildung ist in Kurdistan dadurch besonders groß.<sup>9</sup> Auch hier muss man jedoch vorausbemerken, dass die Bergregion Kurdistan sehr schwierig wirtschaftlich zu erschließen ist.

Im Gegensatz dazu bestreitet die *integrationistische Richtung* die Existenz des Staates Kurdistan und sieht die erfolgreiche Integration der Ethnie in den türkischen Staat als Lösung. Als Beispiel dafür kann das Werk von Prof. Dr. Abdul Haluk Cay gewertet werden, dessen Werk „Die Kurdische Akte. Aus allen Perspektiven“ in dem Jahr 2000 in Ankara erschien ist. Bekannt wurde er durch seine umstrittenen Thesen zur türkischen Herkunft der Sumerer und Gutäer, zur kurdischen Sprache und zur Herkunft der Bezeichnung *Kurde*. Die Sumerer lebten im Mesopotamien (Heutige Region um Bagdad) der frühen Menschheitsgeschichte, die als erste den Übergang zur Hochkultur mittels der Erfindung der Schrift bewerkstelligten. Die Gutäer sind eine wissenschaftlich schwer erfassbare Gruppe, die im iranischen Hochland lebte. Seit 1989 lehrt Cay an der Hacettepe-Universität in Ankara, eine der größten Universitäten der Türkei. In seinem Werk bricht Cay völlig mit der in der westlichen Welt weit verbreiteten Ansicht, die den Kurden mehr oder weniger den Status einer Ethnie zuweisen.

---

<sup>9</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 26.

Diese Darstellung der türkischen Sichtweise war ausschlaggebend für die Inkludierung des Autors. Die verwendete Narrative lässt sich mit dem folgenden Zitat gut zusammenfassen und steht stellvertretend für die türkische Sichtweise der Sachlage.

„Die Niederlage vor den Toren Wiens 1683 war für das türkische Reich eine Schicksalswende. Von nun an gestaltete sich die imperialistische Politik der europäischen Großmächte. [...] Bis zum ersten Viertel des 19. J.s wurde das als *Turkomania* bezeichnete Ostanatolien nur noch *Armenien* genannt, Regionen wie Irak Arab, Irak Acem, Mesopotamien, Diyarbakir etc. nur noch *Kurdistan*, die Schwarzmeerküste nur noch *Lazistan*. Seit 1839 das Hinterland der Schwarzmeerküste nur noch *Pontus*. [...] Nach diesen geografischen und ethnischen Bezeichnungen erreichte man endlich die erwünschte Entstehungsphase von Staaten wie *Armenien*, *Kurdistan*, *Syrien* und *Lazistan*. [...] Für fiktive Gebilde wie Kurdistan und Armenien versuchte man im Osmanischen Reich, v.a. in Ost- und Südostanatolien, einen Platz zu schaffen. Die westlichen imperialistischen Staaten propagierten niemals, das eigentliche armenische Territorium in Kaukasien und das eigentliche Kurdistan im Iran zu gründen. [...] Man versuchte, das Osmanische Reich mit dem Diktat von Sévres als Kurdistan, Armenien, Syrien und Irak aufzuteilen.“<sup>10</sup>

Dieser starke Kontrast zum westlichen Forschungsstand ist stellvertretend für die Problematik des Begriffes *Kurdistan*. Cay zeichnet in seinem Werk durchwegs das Bild des von Westmächten erfundenen Kurdistan, um die Einheit des Osmanischen Reiches zu zerstören. Im weiteren Verlauf versucht er diese künstliche Entwicklung aufzuzeigen. So sei bereits der Begriff *Kurdistan* unter anderem einer Ungeschicklichkeit der türkischen Administration von 1842 zu verschulden, die die administrative Provinz Kurdistan ins Leben gerufen habe. Jene Provinz Kurdistan habe jedoch nichts mit dem Volk der Kurden zu tun gehabt: Diese Bedeutung sei von westlichen Mächten jedoch als solche hineininterpretiert worden. Er nannte Persien als weiteres Beispiel, in der eine administrative Provinz mit dem Namen Kurdistan existierte.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> A. Haluk Cay, *die Kurdische Akte*. Aus allen Perspektiven, Ankara 2000, 124f. Lazistan beschreibt eine Region am nordöstlichen Rand der türkischen Grenze. Die Bezeichnung ist gesetzlich außer Kraft gesetzt worden.

<sup>11</sup> Vgl. Cay, *Akte*, 120f. Das Osmanische Reich wurde 1299 gegründet und umfasste bei seiner größten Ausdehnung Nordafrika, große Teile des Mittleren Osten, die heutige Türkei, Griechenland sowie große Teile des Balkans und heutiges Ungarn. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ging das Osmanische Reich unter.

## Die Geografie Kurdistans

Martin Strohmeier ist seit 1998 Professor für Türkische Sprache, Geschichte und Kultur an der University of Cyprus in Nikosia in der Republik Zypern. Gemeinsam mit seiner Kollegin Lale Yalçin-Heckmann, Ethnologin und Professorin an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg veröffentlichte er das Buch „Die Kurden. Geschichte Politik, Kultur“. Aufgrund der umfangreichen Auseinandersetzung mit der Ungenauigkeit des Begriffs, wurde ihr Werk berücksichtigt. So wurde ebenfalls festgestellt, dass keine einwandfreie geografische Definition von Kurdistan existiert. Durch dieses Maß an Unsicherheit erhält der Begriff eine polarisierende Wirkung, sodass dieser sowohl von Unterstützern als auch Gegnern für die eigenen Interessen instrumentalisiert wird. Zusätzliche Problematiken entstanden dadurch, dass es nie einen kurdischen Staat mit einer eindeutigen Grenzziehung gab. Dadurch existierten keine historischen Grenzen, auf die man sich hätte beziehen können. Es gab jedoch eindeutig die Provinz Kurdistan, ein persischer Name, der übersetzt *Land der Kurden* bedeutet. Damals handelte es sich um eine Provinz des Seldschukenreichs im elften Jahrhundert. Das Seldschukenreich hatte zu seiner größten Ausdehnung Gebiete von Mittelasien, dem heutigen Iran, Irak, Syrien, Anatolien und Teile der Arabischen Halbinsel inne und ging im 13. Jahrhundert unter. Auch im Osmanischen Reich gab es eine Provinz mit diesem Namen, die aus den Distrikten Dersim, Mus und Diyarbakir bestand. Zudem existiert heute eine gleichnamige Provinz im Iran und Irak.

Im gleichen Werk spricht Strohmeier über die Geografie der Region Kurdistan und nennt wichtige Beschreibungsmerkmale. Im Wesentlichen kann man von einem Gebiet ausgehen, dass auf Teile der heutigen Staaten Türkei, Iran und Irak erstreckt. Auch in Syrien, Armenien, Aserbaidschan werden Gebiete von Kurden bewohnt, jedoch wird die Bevölkerungsdichte des Dreiecks Türkei-Irak-Iran nicht annähernd erreicht. Eine beträchtliche Anzahl existiert auch in türkischen Städten wie Ankara, welche jedoch nicht das historische Siedlungsgebiet widerspiegelt. Unter diesen Voraussetzungen lässt sich das Zentrum von Kurdistan in den Gebirgszügen des östlichen Taurus in der Türkei und des westlichen Zagros im Iran skizzieren. Diese zerklüftete Landschaft ist ein wichtiges Merkmal der Region und der Kultur ihrer Bewohner.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. Martin Strohmeier u. Lale Yalçin-Heckmann, *Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur*, 5. Auflage, München 2016, 22.

Vgl. McDowall, *modern*, 5f. Dieser nennt ebenfalls das Zagros Gebirge als wichtigen Anhaltspunkt.

Vgl. Cay, *Akte*, 105. Dieser berichtet von der geographischen Region Kurdistan, die jedoch nicht eine politische darstellen soll.

Vgl. *Ebd.*, 35. Dieser schreibt von der heterogenen Gruppe der Kurden in der Türkei, Iran, Irak und Syrien.

Diyarbakir ist die älteste und größte Stadt der Region und spielte immer wieder eine größere Rolle in der Geschichte. Die folgende Grafik zeigt die Verbreitung der Kurden in diesem Gebiet.

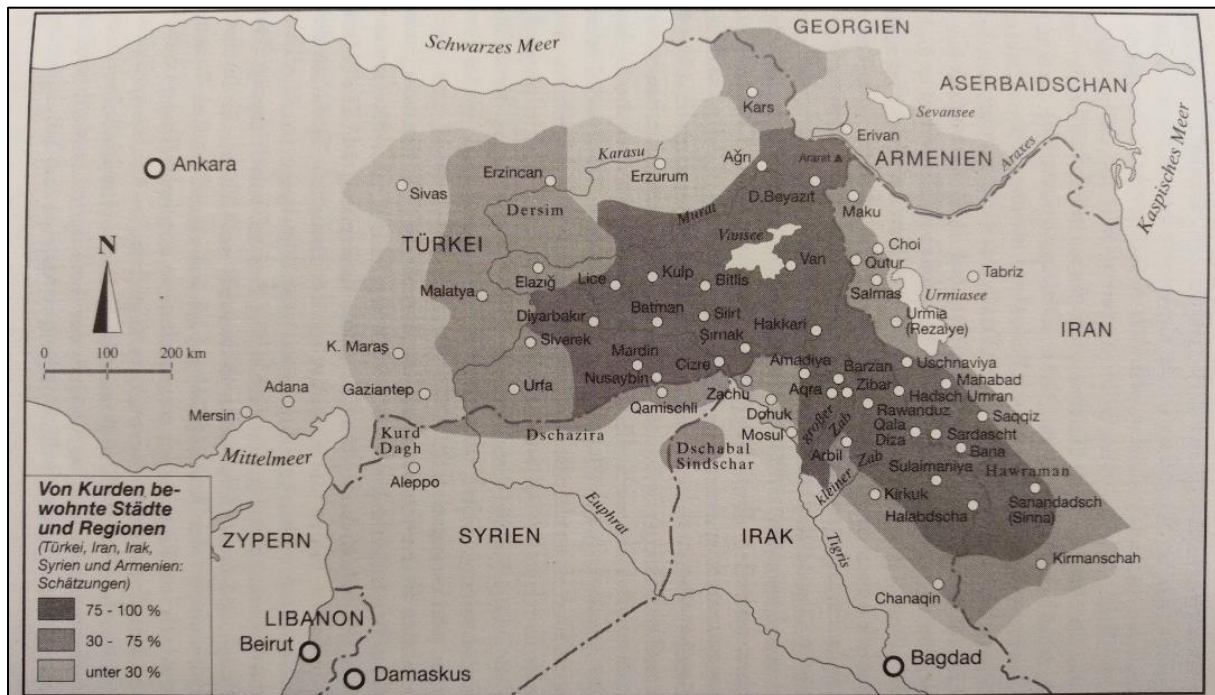


Abbildung 1: Von Kurden bewohnte Städte und Regionen nach Strohmeier. Nicht zu vernachlässigen ist der kurdische Anteil an der Bevölkerung in den Grenzregionen zu Armenien und Georgien. Zudem gibt es eine kurdische Region im Nord-Iran, welche hier nicht abgebildet wird. Auch in der türkischen Hauptstadt Ankara findet sich eine große Anzahl an Kurden.<sup>13</sup>

Hassan Arfa, der höchste Offizier des iranischen Generalstabs (1944-1946) und Botschafter Irans in der Türkei (1958 – 1961) berichtet folgendes über die Geografie Kurdistans, wodurch sich ein ähnliches Bild zeichnen lässt.

“It is limited to the east by the eastern slopes of the Zagros mountains up to Lake Rezaiyeh, with an Azeri enclave around the town of Rezaiyeh, and extends to the south-east up to a line running half-way between Sanandaj and Hamadan, and Kermanshah and Hamadan. To the south the region extends to a rough line which takes in Kermanshah and Kirkuk and just excludes Mosul, and then takes in Mardin, Viransehir and Urfa. This line turns north towards Malatya after which it follows the Euphrates (Firat) as far as Kemaliyeh. From there the region is bounded on the north by the high chain of Mercan Dag and Harhal Dag which extends to the south of Erzincan and Erzurum as far as Mount Ararat (Agri Dag), forming a natural and linguistic frontier between the Turks to the north and the Kurds to the south“<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Strohmeier, Kurden, 21.

<sup>14</sup> Vgl. Cay, Akte, 109.

Bozkurt zeigt auf, dass die Problematik des Begriffs auch in seiner geografisch angenommenen Ausdehnung von verschiedenen Autoren offengelegt wird. Hierbei nehmen die geografischen Differenzen fast 150 000 km<sup>2</sup> an, welche zu unpräzise für einen gesicherten wissenschaftlichen Begriff sind. Die Vereinten Nationen erhielten 1948 eine Karte von kurdischen Nationalisten, die die Grenzen von Kurdistan umfassen sollten. Auf diese Karte stützen sich die meisten Autoren. Diese Darstellung von Kurdistan ist mit Abstand die größte in Bezug auf die Ausmaße der Region, insbesondere die Regionen bis nach Bagdad kommen in dieser Größendimension im weiteren Verlauf der Geschichte in anderen Gebietsansprüchen nicht mehr vor.<sup>15</sup>



Abbildung 2: Grafische Darstellung von Kurdistan 1948 nach Bozkurt. Im Gegensatz zur vorherigen Darstellung ist der Umfang viel größer und es existieren mehrere eingezeichnete Enklaven in der Türkei, Georgien, Armenien und Iran. Dieses Kurdistan hätte zudem zwei Meerzugänge!<sup>16</sup>

Die folgenden Abbildungen auf der nächsten Seite stellen weitere Beispiele der geografischen Ausprägung von Kurdistan dar. Nach einer Internetrecherche mit dem Thema *Kurdistan* wurden die zwei relevantesten Abbildungen in die Arbeit genommen. Damit sollte sichergestellt werden, dass ein umfangreicher Blick auf die Geografie geworfen werden kann. Das erste Bild wurde auf einer Website zur Thematik Kurdistan gefunden, welche sich als *Entkolonisationsatlas* inszeniert und zur sezessionistischen Richtung gezählt werden kann.

<sup>15</sup> Vgl. Ebd., 28.

<sup>16</sup> Bozkurt, Kurdenproblem, 29.

Das zweite Bild wurde vom deutschen Auswärtigen Amt in den 2000er Jahren angefertigt und zeigt bereits eine viel kleinere Region.



Abbildung 3: Darstellung Kurdistan von pro-kurdischer Website. Hier finden sich, zusätzlich zu den anderen Darstellungen, auch größere kurdische Gebiete im Zentralraum der Türkei. Darüber hinaus wird auch das kurdische Gebiet im Nord-Iran gezeigt. Auch hier ist der Anspruch auf einen Meerzugang zum Mittelmeer erkennbar. <sup>17</sup>



Abbildung 4: Darstellung von Kurdistan des Auswärtiges Amt. Diese Darstellung ist die konservativste in Bezug auf den Umfang. Es werden keine Enklaven oder Gebiete in Georgien und Armenien eingezeichnet. Zudem gibt es keinen Landstreifen nach Bagdad. <sup>18</sup>

<sup>17</sup> <https://decolonialatlas.wordpress.com/2017/03/16/kurdistan-in-kurdish/> (Stand 25.03.2019)

<sup>18</sup> <http://www.dw.com/de/kurden-halten-an-unabhProzentC3ProzentA4ngigkeitsreferendum-fest/a-40068985> (Stand 25.03.2019)



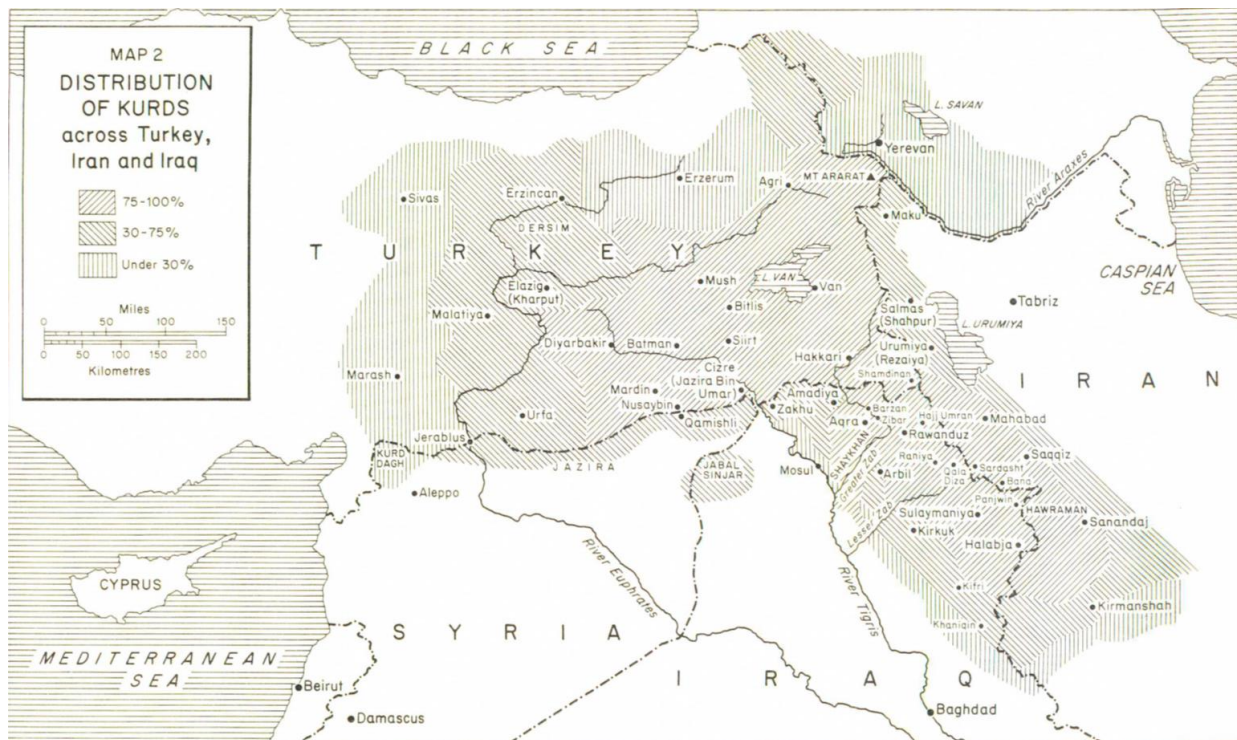


Abbildung 5: Darstellung Kurdistan nach McDowall. Diese Darstellung zeigt kaum Enklaven, jedoch ausgedehntere Gebiete im Zentralraum der Türkei. Georgien und Armenien und der Landstreifen Richtung Bagdad sind ebenfalls eingezeichnet.<sup>19</sup>

McDowall versucht ebenfalls die Ausbreitung Kurdistan zu bemessen und kommt in seiner grafischen Auslegung der Interpretation von Strohmeier sehr nahe. Trotz alledem: Die massiven Unsicherheiten in den verschiedenen Auslegungen des vorhandenen Geschichtsmaterials machen eine eindeutige Definition der Region Kurdistan unmöglich. Das heutige türkische Interesse scheint zudem groß zu sein, dass Kurdistan auch auf Karten unerkannt bleibt. Ann Dismorr, schwedische Diplomatin, berichtete in ihrem Buch „Turkey Decoded“ von Zwischenfällen während ihres Aufenthaltes in der Türkei von 2001 bis 2005: So reagierten türkische Politiker in diesem Zusammenhang immer wieder sehr verärgert, wenn Kurdistan auf Karten eingezeichnet wurde.<sup>20</sup> Die Ressentiments der späteren türkischen Politiker konnten durch ihr Werk gut gezeichnet werden.

<sup>19</sup> McDowall, modern, xvi.

<sup>20</sup> Vgl. Ann Dismorr, Turkey Decoded, London u.a. 2008, 119.

## Die Bevölkerung Kurdistans

Identitäten von Völkern werden auch durch die Anzahl der Angehörigen definiert. Die Zahl der zurzeit lebenden Kurden kann jedoch aufgrund der zahlreichen Ungenauigkeiten lediglich geschätzt werden, was von vielen Autoren bemängelt wird. Bozkurt spricht davon, dass den Staaten das Interesse fehlt, eine Zählung der in ihnen lebenden kurdischen Bewohner durchzuführen. Schätzverfahren sind zu ungenau und die Erfassung durch die türkische Regierung bietet keine verlässlichen Angaben. Die bemessene Bevölkerungsanzahl variiert hierbei je nach Verfasser zwischen 5-20 Millionen Kurden in der Türkei.<sup>21</sup> Diese enorme Ungenauigkeit erschwert Vertreter eines vereinten Kurdistans eine Definition der eigenen Ethnie. Die Gruppenzuteilung erfolgt nach bestimmten Untersuchungskriterien, wie Religionszugehörigkeit, Sprache oder Nationalität. Aufgrund der unterschiedlichen Parameter divergiert die Gruppenzuweisung stark.

## Die Religionen Kurdistans

Strohmeier erwähnt auch explizit die Übernahme des *Islams* durch die Kurden im siebten Jahrhundert. Diese Religion wurde das prägendste Identitätsmerkmal, zumal der Begriff einer Nationalität zu dieser Zeit noch nicht existierte. Die Steuerprivilegien von Muslimen gegenüber Nicht-Muslimen zu jener Zeit werden von Strohmeier nur als oberflächlicher Grund gesehen. Die Besiedlung des Raumes Kurdistans erfolgte durch Türken, Perser, Kurden und Araber, der Islam funktionierte als Schmelztiegel dieser Völker.<sup>22</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 32.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 31. Dieser nennt 12-14 Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. Cigdem Akkaya u. Yasemin Özbek u. Faruk Sen, Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998, 165. Dieser nennt 5-15 Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. Dicle, Lage, 25. Dieser nennt 20 Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. Bucak, Lage, 31. Dieser nennt 15 Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. Cay, Akte, 39. Dieser nennt fünf Millionen Kurden in der Türkei. Generell wirft dieser fast sämtlichen anderen höheren Schätzungen Propaganda und Verfälschung der Daten vor.

Vgl. Martin Dolzer, der türkisch-kurdische Konflikt. Menschenrechte – Frieden – Demokratie in einem europäischen Land?, Bonn 2010., 23. Dieser nennt 16 – 24 Millionen Kurden in der Türkei. Hier wird jedoch Wikipedia zitiert.

Vgl. F. Stephen Larrabee u. Ian O. Lesser, Turkish Foreign Policy in an Age of Uncertainty, Santa Monica u.a. 2003, 39, 58. Dieser spricht von 8 –15. Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. McDowall, modern, 3. Dieser nennt 13 Millionen Kurden in der Türkei.

Vgl. Carter Vaughn Findley, Turkey, Islam, Nationalism and Modernity. A history, Yale 2010, 364. Dieser geht von 11, 5 Millionen Kurden in der Türkei aus.

<sup>22</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 55, 88. Laut diesem sahen sich Kurden zuerst als Muslime, dann Osmanen, dann Kurden

Vgl. Cay, Akte, 103. Dieser sieht den Zoroastrismus, Yarsenismus und Jesidentum als kurdische Nationalreligionen an.

Ebd., 342. Die Yezidi, die zwar den gleichen Dialekt sprechen, aber einer anderen Glaubensrichtung angehören, werden von muslimischen Kurden nicht als Kurden gesehen.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 17.

Diese Religion stellt bis heute eine wichtige Säule der kurdischen Identität dar, verursacht aber auch Probleme. Besonders die nicht-muslimischen Kurden standen und stehen oftmals im Konflikt mit dem muslimischen Teil der Ethnie. In diesem Zusammenhang wird in der Literatur öfter auf die religiösen Unterschiede der Kurden eingegangen. Faruk Sen, ein türkisch-deutscher Hochschullehrer und Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung von Nordrhein-Westfalen von 1985 bis 2008, schrieb gemeinsam mit seinen zwei Kolleginnen Cigdem Akkaya, Yasemin Özbek am „Länderbericht Türkei“. Dessen Verfassung diente der Präsentation der Türkei, und lieferte nebenbei auch interessante Informationen zu den Kurden. Vermutlich praktizieren 75 Prozent der Kurden den sunnitischen Islam, alevitische Kurden nehmen einen Anteil von 10 – 15 Prozent ein. Es gibt jedoch eine Vielzahl an anderen religiösen Gruppen, wie die Yeziden oder christliche Kurden.

Der Islam verfügt über zwei große Bekenntnisse, Schiiten und Sunniten. Diese unterscheiden sich zentral in ihrer geschichtlichen Auffassung der Nachfolge des Propheten Mohammed. Schiiten sind davon überzeugt, dass der Nachfolger von Mohammed aus dessen Familie stammen muss, damit ist dieser göttlich legitimiert. Sunniten gehen davon aus, dass die Mehrheit der Muslime einen Kalifen als Anführer wählen müssten. Schiiten waren meist in der Minderheit oder in Opposition zu sunnitischen Herrschern. Zudem praktizierten Schiiten oftmals eine flexiblere Auslegung des Korans.<sup>23</sup>

### Die Sprachen Kurdistans

Zur Identität eines Volkes gehört ebenso eine eigene Sprache, mit dem sich Angehörige der Ethnie untereinander verständigen können. Im Falle der verschiedenen kurdischen Ethnien ist es jedoch nicht zu der Bildung einer einheitlichen Sprache gekommen. Strohmeier und Akkaya beschäftigten sich unter anderem mit dieser *kurdischen Sprache*. Jene gehört zur iranischen Gruppe der indogermanischen Sprachen, jedoch wird keine einheitliche Sprache von allen Kurden gesprochen. Den größten Dialekt stellt *Kurmandschi* dar, welcher in der Türkei gesprochen wird. *Sorani*, mit dem zweitgrößten Anteil an Sprechern, ist stärker im Nordirak verbreitet.

---

<sup>23</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 164 f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 42-46. Yeziden sollen 150.000 – 300.000 Gläubige und Christen 400.000 – 500.000 Gläubige besitzen.

Vgl. Dismorr, Decoded, 31. Sieht die Größe der Alewiten mit einem Fünftel der Bevölkerung.

Vgl. Cay, Akte, 364f.

Vgl. McDowall, modern, 10 – 13. Dieser beschreibt die alevitische Religion als Mischung eine pre-islamischen, zoroastrischen Religion mit Schamanischen Einschlägen.

Vgl. Findley, Nationalism, 7. Die Osmanen verschrieben sich dem sunnitischen Glauben der Hanafi Rechtslehre.

Darüber hinaus existiert noch *Zaza*, welcher als eigenständige Dialekt angesehen wird, da sich Kurmandschi und Zaza-Sprecher nicht untereinander verständigen können, obwohl Zaza sich von Kurmandschi ableitet. *Gorani* ist ebenfalls ein eigenständiger Dialekt.<sup>24</sup> Ein Bild aus dem Buch von Strohmeier zeigt die Verbreitung dieser vier Sprachen.

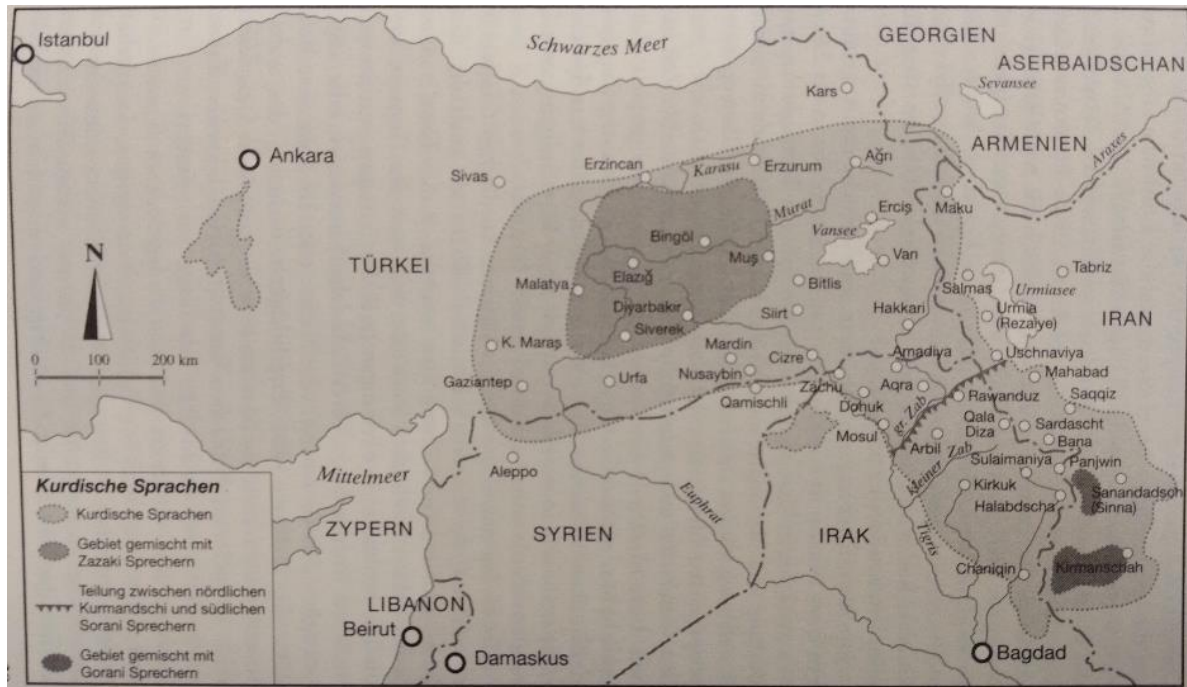


Abbildung 6: Verteilung Kurdische Sprachen in Kurdistan nach Strohmeier. Das Fehlen einer Verständigung von Zaza-Sprechern und Kurmandschi-Sprechern verwundert im Hinblick auf die geografische Lage. Die Abgeschiedenheit der Gebirge der Zaza-Region könnte eine Ursache sein.<sup>25</sup>

McDowall kommt zu einer ähnlichen Beschreibung der vier großen kurdischen Sprachen im geografischen Gebiet Kurdistan. Klare Unterschiede ergeben sich jedoch in den räumlichen Ausprägungen von Zaza- und Gorani-Sprechern. Des Weiteren legt er eine andere Grenze zwischen Kurmandschi- und Sorani-Sprechern fest.

<sup>24</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 193.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 31. Dieser spricht von 15. Millionen Kurmandschi-Sprechern und sechs Millionen Sorani-Sprechern. Eine weitere Unterscheidung betrifft das Alphabet. Kurmandschi wird mit lateinischen Buchstaben geschrieben, Sorani mit arabischen.

Vgl. Dismorr, Decoded, 118f. Diese verweist explizit auf die Tatsache, dass die Sprache der Kurden jahrzehntelang verboten war und somit den heutigen Sprecherstand bedeutend an seiner Entwicklung hinderte.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 17. Dieser spricht von vier Dialekten: Kurmanci (Türkei), Zazaki (Türkei), Sorani (Irak, Iran) und Gorani (Irak, Iran). Es wird jedoch Wikipedia zitiert.

Vgl. McDowall, modern, 9f.

<sup>25</sup> Strohmeier, Kurden, 29.

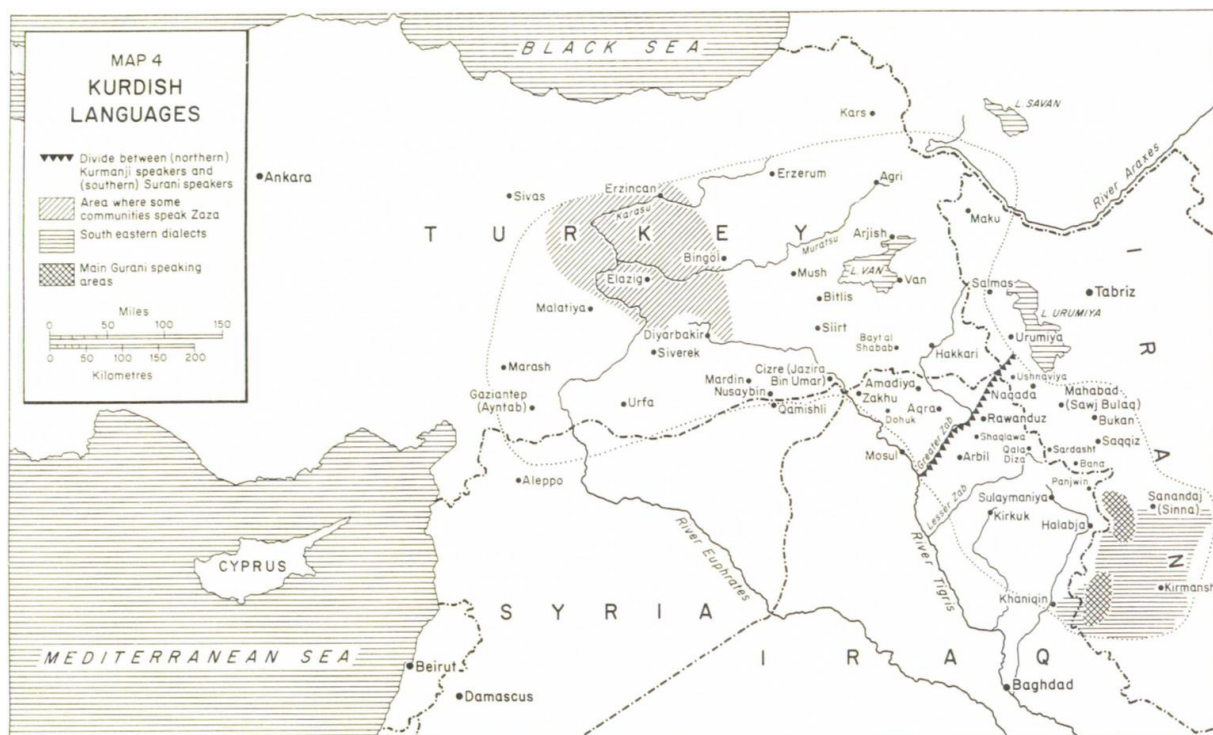


Abbildung 7: Kurdische Sprachen in Kurdistan nach McDowall. Unterschiede zur vorherigen Abbildung sind erkennbar: Zaza sind nicht von Kurmandschi-Sprecher „eingeschlossen“.<sup>26</sup>

Verbot und Lockerung des Gebrauchs der kurdischen Sprache wechseln sich ab. In den 1960er Jahren durften kurdische Publikationen veröffentlicht werden. Diese mussten jedoch zweisprachig (Kurdisch-Türkisch) sein, um überhaupt von allen Kurden verstanden zu werden. Nach dem Militärputsch 1980 wurde 1982 die Verwendung der kurdischen Sprache wieder verboten. Danach kam es abermals zu einer schrittweisen Auflockerung, deren Höhepunkt die Eröffnung der kurdischen Radio- und Funkanstalt Kanal 6 im Jahr 2009 darstellte.<sup>27</sup>

Cay kritisiert die Vielfalt der kurdischen Sprachen und sieht darin eine Schwächung der Idee des *Einen kurdischen Volkes*.

„Die Sprache, die von den heterogenen Gruppen der Kurden – verbreitet in den Regionen des Mittleren Ostens – gesprochen wird, bezeichnet man für gewöhnlich als Kurdisch. Dadurch entsteht der Eindruck, daß die sogenannten Kurden eine gemeinsame Kultur hätten. Das entspricht jedoch nicht der Wahrheit. Wir würden nicht übertreiben, wenn wir sagten, es gibt so viele kurdische Sprachen wie es Gemeinschaften gibt, die in dieser Region unter dem Namen Kurde zu sammeln versucht werden.“<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Vgl. McDowall, *modern*, xvi.

<sup>27</sup> Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 33.

<sup>28</sup> Cay, *Akte*, 128.

Zwölf kurdische Dialekte wurden identifiziert, welche sich untereinander nicht verständigen können. Die grobe Unterteilung der Sprachen in Kurmandschi und Sorani sei hierbei von sowjetischen Wissenschaftlern durchgeführt worden, um die Anzahl der „Sprachen“ zu reduzieren. Diese Gruppierung ergibt jedoch nicht immer Sinn: Sprecher von Kurmandschi im Iran oder Irak können Sprecher von Kurmandschi in Anatolien nicht verstehen. Cay kommt auf zumindest fünf große Sprachgruppen, die sich jedoch auch wieder in Dialekte unterteilen, die sich einander nicht immer verständigen können: Kurmandschi und Zaza in der Türkei, sowie Sorani im Iran und Irak. Gorani im Iran und *Badinani* im Irak stellen die kleinsten Sprachen dar. Nach der Aufzählung der verschiedenen Dialekte erfolgt eine Analyse der Sprachen, die in der Türkei gesprochen werden. Er geht sogar so weit, dem Kurmandschi und Zaza die Eigenständigkeit als Sprache abzusprechen. Auch der Versuch der Verschriftlichung des Kurmandschi von westlichen kurdologischen Instituten erteilt er in seinen nächsten Kapiteln eine Absage. Diese künstliche Sprache werde von Kurmandschi-Sprechern in Anatolien nicht verstanden. Ebenso die Schaffung von kurdischen Wörterbüchern sei aus seiner Sicht eine Sammlung von anderen Sprachen.<sup>29</sup>

### Die Kultur der Kurden

Akkaya beschäftigte sich zudem intensiv mit der Gesellschaft der Kurden. Diese leben zum Großteil in einer Stammesgesellschaft, welche sich in Klans und Haushalte aufspalten. Bis zu tausend Menschen leben in einem solchen Abhängigkeitsverhältnis, welches durchaus feudale Strukturen aufweist.<sup>30</sup> Ein *Klan* kann sich vermischen oder aufteilen, seine Grenzen sollen jedoch durch den, rein innerhalb des Klans stattfindenden Verkauf, erhalten bleiben. Er stellt die primäre territoriale Einheit dar, dessen Grenzen jedoch nur bei Konflikten zu Tage kommen. Laut Bozkurt sind die Begriffe *Stamm*, *Klan* und *Lineage* (englisch: Abstammung) durch die Kurden selbst kaum einheitlich in Verwendung. Diese Konzepte passen nicht in das Denken der Ethnie, da ihre Anwendungen von den jeweiligen Stämmen zu unterschiedlich sind.<sup>31</sup> So ist die Aufnahme von Nicht-Blutsverwandten für manche Stämme unmöglich, für andere die Norm. Der sedimentäre Charakter der Gesellschaft wird durch Strohmeier besonders hervorgehoben. Erst durch Konflikte innerhalb der Stämme oder durch äußere Eingriffe konnten Grenzen in den Strukturen erkennbar werden.

---

<sup>29</sup> Vgl. Cay, Akte, 129 – 133.

<sup>30</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 194.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 218 - 223.

Vgl. Cay, Akte, 451.

<sup>31</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 39 – 42, 45.

Diese Konflikte der kurdischen Stämme untereinander sorgten jedoch für das wiederholte Scheitern der Bildung einer nationalen Front.<sup>32</sup> Auf Grundlage dieses Verständnisses der kurdischen Kultur formulierte Strohmeier verschiedene Anführer-Typen, die sich der Stärke des Zentralstaates anpassten. Ein schwacher Zentralstaat ging mit *Banditen* einher, diese kauften ihre Mitglieder mit den Gewinnen aus Beutezügen. *Gläubige* entstanden, wenn sich Staat und Stamm gegenseitig anerkannten und die Anführer als Vermittler agierten. In der Realität waren Anführer oft eine Mischung aus beidem.<sup>33</sup> Dieser Opportunismus von kurdischen Stammesführern wird noch öfter in der Arbeit vorkommen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Ryan Gingeras, Professor der Naval Postgraduate School von Kalifornien. Er spezialisierte sich auf die Geschichte des Balkans, der Türkei und dem Mittleren Osten und veröffentlichte bis jetzt vier Bücher zu verschiedenen Themen der Regionen, darunter auch „Fall of the Sultanate: The Great War and the End of the Ottoman Empire 1908 – 1922“. Seine Einblicke in das unmittelbare Ende des Osmanischen Reiches haben diese Arbeit bedeutend bereichert.

Bozkurt sah eine weitere Besonderheit in der Geografie ihrer Siedlungsräume. Innerhalb der Türkei siedelten die Kurden sich in der östlichen Peripherie an, welche sich durch wenig Infrastruktur und Bodenschätze auszeichnete. Zudem bot das Gebiet eine geografische Abgeschlossenheit der Gebirgszüge, welche eine vollständige Eroberung durch äußere Mächte verhinderte und die Entwicklung der abgeschlossenen kurdischen Ethnie begünstigte.<sup>34</sup> Der große Nachteil durch die Abgeschlossenheit zeigt sich in der heutigen wirtschaftlichen Unterentwicklung der Region, Investitionen sind kostspielig und kaum mit Gewinnen verbunden. Der größte Investor in Kurdistan heute ist die türkische Armee, die ihre Infrastruktur für bessere Mobilität der Streitkräfte ausbaut.

Einen interessanten Ansatz bereitet McDowell in Bezug auf die Stammeskultur der Kurden auf, nämlich das Zwischenspiel zwischen *Staat* und *Stämmen*. Diese Problematik zieht sich durch die gesamte kurdisch-türkische Geschichte bis heute.

---

<sup>32</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 225 - 227.

Vgl. McDowell, modern, 13.

<sup>33</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 228.

Vgl. Ryan Gingeras, Mustafa Kemal Atatürk. Heir to an Empire, Ney York u. Oxford 2016, 84.

<sup>34</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 25.

Vgl. Cay, Akte, 58. Dieser spricht im krassen Gegenzug von einer vollständigen türkischen Ansiedlung der Region im 11. Jahrhundert.

„States are static, intent on exercising a monopoly of power within a defined territory. They require an urban dimension which embodies a bureaucracy and culture based upon the written word. [...] Tribes operate on kinship ideology and territoriality. The fundamental reason, however, why states and tribes are incompatible lies with the whole reason for tribal hierarchy. Tribal chiefs at all levels are required to discharge certain functions. Within the group acknowledging their chiefship they act as arbitrators of disputes and allocators of resources, benefits and duties. Beyond the tribal group, the chief acts as mediator either with his peers and the paramount chief, or with the state. A chief jealously guards his monopoly of all relations with the outside world.[...] If a state exercises a monopoly of power, its authority regarding taxation and the administration of justice will extend to every individual within its territory [...] The state, if it is able, will take every measure to bring tribespeople under its direct control. It is this conflict between the role of the tribe and that of the state which must make one sceptical about tribal chiefs whose utterances are apparently aimed at a Kurdish state, as opposed to an independent tribal entity.“<sup>35</sup>

Staaten versuchen demnach die Macht auszubauen, indem sie die Stämme von innen schwächen, zum Beispiel durch die Unterstützung eines Rivalen und dessen Anspruch auf die Führerschaft oder durch die Aufnahme der Anführer in den Elitenkreis der Regierenden. Paradoxerweise würde der Anführer innerhalb des Stammes mehr Macht gewinnen, obwohl er die Unabhängigkeit des Stammes faktisch aufgibt. <sup>36</sup>

Cay setzt sich auch hier sehr kritisch mit dem gängigen Forschungsstand auseinander. Er sieht keine archäologischen Funde, die die Existenz einer eigenen kurdischen Abstammung untermauern könnten. Seiner Meinung nach bedient man sich anderer Völker, die man fälschlicherweise als *Proto-Kurden* sieht, um so eine kurdische Herkunftsmythologie zu unterstützen. Als Beispiele nennt er hier die Völker der Hurriter, Mitanni, Kassiten, Urartäer, Mannai und Meder (Verschiedene Reiche, die um oder in Mesopotamien im Laufe der Geschichte entstanden sind), die als kurdisch identifiziert wurden. Ähnliche Funde der türkischen Skythen des siebten Jahrhunderts wurden dabei laut ihm völlig ignoriert. <sup>37</sup> Cay beschäftigt sich auch mit den Unterschieden zwischen kurdischen und türkischen Stämmen.

---

<sup>35</sup> McDowall, modern, 14f.

<sup>36</sup> Vgl. Ebd., 15.

<sup>37</sup> Vgl. Cay, Akte, 168.



Hierbei kommt er zum Schluss, dass es keine Unterschiede gäbe oder diese künstlich aufgebläht wären. In den weiteren Kapiteln kommentiert er gefundenen Grabsteinen mit Widder- Schaf- und Bergziegenbockfiguren, die er zu Relikten des türkischen Volkes und nicht zu kurdischen Funden zählt.<sup>38</sup> Seine Antwort auf die Frage des Umfangs der kurdische Ethnie fällt entsprechend skeptisch aus.

„Aus den oben genannten Gründen ist es vom Standpunkt der Wissenschaft aus unmöglich, über eine kurdische Identität und über die Existenz einer kurdischen homogenen Rasse in ethnischer Hinsicht zu reden. Man kann nur von einer Kurdisierung und kulturellen Assimilation der Turkmenen in Ost- und Südostanatolien sprechen.“<sup>39</sup>

Zusammenfassend wird hier von einer graduellen Kurdisierung der Bevölkerung Ost- und Südostanatoliens gesprochen, welche die Kultur und ausgeübte Religion der ansässigen Bevölkerung veränderten. Cay zitiert hier auch Ismail Hüsrev Tökin, einen Schriftsteller und Wirtschaftstheoretiker aus Istanbul: Dieser schrieb, dass eine Kurdisierung von türkischen Feudalherren gewünscht wurde, da Kurden, sobald sie sich ihren Stammestradiationen unterwerfen, unter Druck mehr leisten würden.<sup>40</sup> Kurde zu sein, war weniger eine geschichtliche Identität, sondern eine Lebensweise. McDowall bringt einen weiteren interessanten Standpunkt in die Diskussion hinein. So schreibt dieser zu Beginn seines Buches über die kurdische Identität.

„It would not be the first time „Kurdishness“ has been defined in socio-economic rather than ethnic terms, and also that such a self-definition conforms with the principles enunciated by Ziya Gokalp. Nor should one forget those Kurds who consciously prefer another identity, the majority of whom are fervent Sunni Muslims. There are also Alevi and Zaza-speakers who identify with those Turks who also share and emphasize one of these two identities.“<sup>41</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. Cay, Akte, 309f. Hurriter lebten 2000-3000 Jahre vor Christus in Nordmesopotamien. Das Reich der Mitanni war ein Staat in Nordsyrien im 14. und 15. Jahrhundert. Die Kassiten beherrschten die Region um Babylon von 1600 bis 1155 vor Christus. Das Urartäische Reich war ein altorientalisches Reich, das sich um den Vansee im Osten der Türkei 1000 Jahre vor Christus etabliert hatte. Das Reich der Mannäi beherrschte ein Gebiet in Persien von 900 bis 600 vor Christus und ging später in das Reich der Meder auf.

Vgl. McDowall, modern, 14.

<sup>39</sup> Ebd., 345.

<sup>40</sup> Vgl. Ebd., 346 - 348.

<sup>41</sup> McDowall, modern, 4. Ziya Gokalp wird in den anschließenden Kapiteln bezüglich der türkischen Vorstellung von Nationszugehörigkeit noch erwähnt.

## Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde die Problematik des Begriffs *Kurdistan* umrissen. Der Begriff ist einerseits massiv politisch aufgeladen, andererseits vage in seinen Ausprägungen definiert. Die Geografie der Region Kurdistan ist im Laufe der Geschichte geschrumpft und gewachsen, ohne dass es je einen unabhängigen kurdischen Staat gab. Das Volk der Kurden ist weiters sprachlich, kulturell und religiös teilweise enormen Unterschieden ausgesetzt, wodurch bereits die Argumentation des *einen kurdischen Volkes* bedeutende argumentative Schwäche nachgewiesen werden kann. Auch der Widerstand gegenüber einer äußeren Nicht-kurdischen Macht muss nicht zwangsweise einem kurdischen Freiheitskampf zugrunde liegen, sondern kann auch der kurdischen Stammeskultur geschuldet sein.

Meiner Meinung nach existiert die Ethnie der Kurden zweifelsohne. Der Begriff *Kurde* muss jedoch mit Vorsicht verwendet werden und sollte eher als Sammelbegriff für die verschiedenen Gruppen des geografischen Gebietes Kurdistan gesehen werden. Dies soll nicht bedeuten, dass Kurden nicht als eigenständige Minderheit gesehen werden sollen, sondern die Vielschichtigkeit der Ethnie hervorheben. Diese Vielschichtigkeit macht die Ethnie der Kurden aus kultureller Sicht sehr interessant, schwächt jedoch die Argumentation in Bezug auf *einen kurdischen Staat*. Vermutlich würde auch ein unabhängiger kurdischer Staat von innerstaatlichen Sezessionsbewegungen anderer kurdischen Gruppierungen geplagt werden.

## Definition Minderheit

### Definition der türkischen Regierung

Ziya Gokalp war Publizist, Intellektueller sowie Mitbegründer der Soziologie im Osmanischen Reich und der Türkei. Seine Werke beeinflussten die zukünftige Entwicklung des neuen Staates maßgeblich, da seine Ideen über den türkischen Nationalismus eine große Reichweite besaßen. Obwohl er selbst Kurde war, war er ein strikter Gegner der Idee eines Pan-Islamismus oder Osmanismus, welche eine übergeordnete muslimische Identität propagiert. 1920 schrieb er über die Prinzipien der türkischen Identität folgendes:

„Since race has no relationship to social traits, neither can it have any with nationality, which is the sum total of social characteristics [...] social solidarity rests on cultural unity, which is transmitted by means of education and therefore has no relationship with consanguinity [...] a nation is not a racial or ethnic or geografic or political or volitional group but one composed of individuals who share a common language, religion, morality or aesthetics, that is to say, who have received the same education.”<sup>42</sup>

---

<sup>42</sup>.McDowall, modern, 189.

Diese Aussage sollte bald von Atatürk aufgegriffen werden und Einfluss auf die zukünftige türkische Position zu den Themen *Volk*, *Nation* und *Nationszugehörigkeit* haben. Bozkurt stellte zudem beim türkischen Nationalitätsbewusstsein fest, dass der nationalstaatliche, in Europa entwickelte, Begriff nicht auf die Türkei angewendet werden könnte.<sup>43</sup> „Wie glücklich ist derjenige, der sagen kann, ich bin ein Türke.“ Dieses Zitat von Atatürk umschreibt das Selbstverständnis des türkischen Staates sehr gut, der Laizismus wurde als verbindendes Element der Menschen in der Nation integriert und die Ideen von Ziya Gökalp zu Ende geführt. Carter Vaughn Findley, Professor der Ohio State University und Ehrenmitglied der türkischen Akademie der Wissenschaften, beschäftigte sich ebenfalls intensiv mit der Thematik. Trotz Verbindung mit der örtlichen türkischen Forschung, versucht er ein objektives Bild in seinem Werk zu gestalten, wodurch es in diese Arbeit aufgenommen wurde. Seine These: Das Bekenntnis zur türkischen Nation ist bereits ausreichend für die Annahme der Staatsbürgerschaft.<sup>44</sup>

F. Stephen Larrabee erhielt seinen Abschluss der Politikwissenschaften an der Columbia University und war seitdem im Bereich des Mittleren Ostens tätig. Nach einer Stelle am Institut für Ost-West Sicherheitsstudien von 1983 bis 1989 widmete er sich auch dem Schreiben. Seine Titel behandeln unter anderem die Türkei, der politische Islam sowie geopolitische Verknüpfungen der Türkei mit Amerika, wodurch er sich eine bedeutende Expertise aneignen konnte. Dieses Konzept der türkischen Nationalität wird von ihm als äußerst inklusiv beschrieben, jedoch musste sich jede nicht-türkische Kultur gegenüber dem staatlichen Nationalismus unterwerfen. Dies stellte ein Problem für muslimische, nicht-türkische Staatsbürger dar, wie die Kurden.<sup>45</sup> Die Türkei präsentierte sich offen für jeden willigen Menschen außerhalb der Staatsgrenzen, agierte jedoch äußerst feindlich gegenüber jeden unwilligen innerhalb der Staatsgrenzen. Akkaya und Özbek versuchten ebenfalls die türkische Sicht darzustellen, welche sich bis heute auf den Friedensvertrag von Lausanne stützt, der den Status von Minderheiten regelt. Nichtmuslimischen Gruppen wurde das Recht auf die Bewahrung der eigenen Kultur sowie freie Religionsausübung zugesprochen.

---

<sup>43</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 21.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 186.

<sup>44</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 186.

Vgl. Findley, Nationalism, 256.

<sup>45</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 58.

Besonders die orthodoxen Griechen und Armenier konnten auf europäische Schutzherren zurückgreifen, allerdings fanden arabische Christen keinen Wohltäter. Juden bekamen ebenfalls explizit einen Minderheitenstatus zugesprochen.<sup>46</sup> In diesem Kontext wurden Kurden als Türken verstanden.

Eine ähnliche Auffassung wird auch von Cay in seinem Werk „Die Kurdische Akte“ vorgetragen. So verweist er auf persische und arabische Schriftquellen, worin *Kurden* als Vertreter einer nomadischen Lebensweise angesehen werden.<sup>47</sup> Hinterher berichtet er von mehreren *kurdischen* Stammesgemeinschaften, die zu den Türken gezählt werden können. Darunter befand sich eine Gruppe, aus der später das ungarische Volk entstammen sollte.<sup>48</sup> Cay zählt in den folgenden Kapiteln weitere Bedeutungen des Wortes *Kurde* im Türkischen auf. So soll der Name in der Bedeutung „Schneehaufen, Lawine“ auch für türkische Stämme verwendet worden sein. Diese Anspielung findet sich auch in schneereichen Regionen in Namensschildern oder der alltäglichen Sprache wieder.<sup>49</sup> Das nachfolgende Zitat wird Cenap Osmanoglu zugeschrieben, ein türkischer Historiker, der über den Aufstand von Scheich Sait schrieb und die türkische Ansicht der kurdischen Frage widerspiegelt.

„Mit dem Begriff Kurde bezeichnet man ein Individuum, das eigentlich in den Bergdörfern zu Hause ist und wann immer es die Gelegenheit findet, aus Ungebildetheit plündert. Sobald diese Person in die Stadt zieht, damit auf ihre bisherige Lebensweise verzichtet und zu einem Stadtbewohner wird, erreicht sie den Rang eines Türken. Man nennt diejenigen aus entfernten Dörfern Kurden, solange sie nicht Türkisch sprechen und ihre Aussprache nicht der Hochsprache entspricht. Nach einer kulturellen Änderung wird diese Bezeichnung aber vollkommen aufgegeben. Die Menschen erreichen damit den Rang eines Türken. Daher, wenn man jemanden fragt, ob er Türke oder Kurde sei, antwortet er: Ich war vorher Kurde, aber jetzt bin ich zu einem Türken geworden.“<sup>50</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 185.

Vgl. Larrabee, Foreign, 58.

Vgl. Dismorr, Decoded, 19. Diese beschreibt diese Besonderheit der türkischen Identität als Ergebnis des Aufeinandertreffens von Pro-westlichen Reformen und Konservativen Pro-Islamischen Kräften

<sup>47</sup> Vgl. Cay, Akte, 273.

Vgl. McDowall, modern, 13. Dieser unterstützt den grundsätzlichen Begriff als „Nomade“ in der Zeit der islamischen Eroberung. Er betont jedoch auch die neuen Bedeutungen der späteren Zeit wie zum Beispiel die Vertreter der kurdischen Sprache.

<sup>48</sup> Vgl. Cay, Akte, 275f. Hierbei berichtet er von zwei Hauptgruppen, aus denen sich die Ungarn entwickeln sollten: Die Türken und die Magyaren. Unter den türkischen Stämmen sollen sich auch Kurden befunden haben.

<sup>49</sup> Vgl. Ebd., 206f.

<sup>50</sup> Vgl. Ebd., 290.

Ebd. 292f. Es folgen viele Vergleiche mit dem türkischen Wort „Kürt“. Es folgen noch viele Verweise auf Menschen aus den Bergdörfern.

Diese Auslegung stellt einen der fundamentalen Eckpfeiler der türkischen Regierung und ihrer Handlungen dar. Es ist nachvollziehbar, dass diese Darstellung nicht mit der Vorstellung der westlichen Literatur vereinbar ist, womit sich zahlreiche Konflikte in der heutigen wissenschaftlichen Welt erklären lassen. In der westlichen Welt vorherrschende Definition werden im anschließenden Kapitel dargelegt.

### Vorherrschende Definition in der westlichen Welt

Georg Elwert, ein deutscher Soziologe, Ethnologe und führender Vertreter der Entwicklungssoziologie, entwickelte eine Definition für Ethnien, welche der offiziellen türkischen Darstellung fundamental widerspricht. Zeit seines Lebens kritisierte er die gängige Praxis, auf bloße kulturelle Unterschiede zu verweisen, die tieferliegende sozioökonomische und politische Ungleichheiten verschleiern. Seine Definition ist daher umfassender und kann bei der Komplexität der kurdischen Ethnie besser angewendet werden.

„Ethnische Gruppen/Ethnien sind familienübergreifende und familienerfassende Gruppen, die sich selbst eine exklusive kollektive Identität zusprechen. Dabei sind die Zuschreibungskriterien [...] wandelbar, beanspruchen jedoch anderen Zuordnungskriterien gegenüber Dominanz. Der Begriff der Ethnie [...] ist also weiter als der der Nation. [...] Definitionskriterien wandeln sich, die Grenze bleibt erhalten. Man kann verschiedene, sich umgreifende ethnische Identitäten haben.“<sup>51</sup>

Es stellt sich jedoch nun die Frage, ob diese Definition auf die Kurden anwendbar ist. Der westliche Forschungsstand unterstützt diese Tatsache jedoch mit unterschiedlicher Intensität. Bozkurt formulierte in diesem Zusammenhang die Aussage: „Bei den Kurden handelt es sich um eine alteingesessene, regional konzentrierte und gleichsam grenzübergreifende ethnische Minderheit“<sup>52</sup> Er sieht jedoch eine Problematik in der Terminologie: Sind Kurden eine Minderheit, obwohl sie zahlenmäßig so stark sind? Auch der Begriff der Nationalität ist umstritten, einzig die *Ethnie* kann kritiklos übernommen werden. Bozkurt bevorzugt den Begriff *ethnische Minderheit*, da dieser unabhängig von der Anzahl der Angehörigen der Ethnie ist. Darüber hinaus stellt er nicht den Anspruch an eine Nation, jedoch einen Anspruch auf Autonomie innerhalb eines staatlichen Gefüges. In weiterer Folge differenziert Bozkurt zwischen mehreren Definitionen bezüglich der kurdischen Minderheit.

---

<sup>51</sup> Elwert G., Nationalismus und Nativismus, in: D. Waldmann, Hg., Nohlen, 1987, S.378.

<sup>52</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 22.

Die *Integrative Definition* der Kurden spricht vom iranischen Volk in Vorderasien, welches unter anderem in der Türkei wohnt. Andere Definition hoben die kurdische Sprache, als Zweig der iranischen Sprachfamilie der indogermanischen Sprache, als identitätsstiftendes Merkmal hervor. Die bereits kritisierten Definitionen vernachlässigten Punkte wie Religion, Kaste, Hautfarbe oder Organisationsstruktur.<sup>53</sup>

Bozkurt folgerte, dass aufgrund des türkischen Grundverständnisses einer Nationszugehörigkeit keine Integration der Kurden stattfand, was zur einer verstärkten Resistenz der kurdischen Kultur führte, was wiederum in den ethnischen Konflikt mündete. Dieser ethnische Konflikt konnte entweder zu Bestrebungen nach mehr Autonomie innerhalb des Systems oder vollständiger Sezession führen. Bei den Kurden waren beide Bestrebungen beobachtbar. Die Konsequenz geht einerseits von Zentrum des Staates - Anziehend oder abstoßend -, andererseits von der ethnischen Gruppe selber - Integration oder Sezession - aus.<sup>54</sup> Im Falle der Beziehung zwischen Kurden und dem türkischen Staat war die türkische Regierung immer abstoßend gegenüber den Kurden, ein Kompromiss konnte so nicht gefunden werden. Rothermund Dietmar, Professor der Geschichte Südasiens der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, fasste das Zwischenspiel zwischen Zentrum und Peripherie sehr gut zusammen.

„Wenn ... [das] Zentrum kulturell, politisch und wirtschaftlich zugleich stark und offen ist, Karriereaussichten und Arbeitsplätze bietet, so werden Konflikte weitgehend entschärft; ist das Zentrum aber kulturell rückständig, politisch repressiv und wirtschaftlich schwach, sodass es sich nur durch internen (und/oder externen) [...] Kolonialismus und Diskriminierung erhalten kann, dann werden ethnische Konflikte zunehmen“<sup>55</sup>

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch Strohmeier, der in seiner Argumentation die kurdische Identität nicht mit der Staatsbürgerschaft eines Landes, sondern mit kulturellen Merkmalen verknüpft. Auch wenn die Sprache als wichtiges Identitätsmerkmal aufgenommen wurde, kann hier keine Klarheit geschaffen werden, da alle Kurden sich nicht untereinander verständigen können. Was ist mit jemanden, der kein Kurdisch spricht, sich aber zur kurdischen Kultur bekennt? Türkisch ist die wichtigste Sprache in der Kurdischen Arbeiterpartei und vermutlich auch in einem unabhängigen kurdischen Staat.<sup>56</sup>

---

<sup>53</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem, 14.

<sup>54</sup> Vgl. Ebd., 23.

<sup>55</sup> Rothermund D., Ethnische Konflikte, in: D. Waldmann, Hg., Nohlen, 1987, S.179.

<sup>56</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 28-30.

Die Kurden können aufgrund dieser genannten Fakten durchaus als Minderheit bezeichnet werden. Wie bereits erwähnt, steht diese Folgerung im starken Kontrast zur türkischen Ansicht. Diese verschiedenen Definitionen von Minderheit spiegeln sich auch in den Konflikten des 19. und 20. Jahrhunderts innerhalb des Osmanischen Reiches und der späteren Türkei wider. Das Aufeinanderprallen von verschiedenen Auffassungen von *Volk*, *Nation* und *Nationszugehörigkeit* sollte in weiterer Folge zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen westlichen Nationen und dem Osmanischen Reich führen. Auch im 20. Jahrhundert bedienten sich die Kurden der westlichen Definition, um ihre Aufstände zu legitimieren.

## Auffassungen zum kurdischen Nationalismus nach Abschaffung des Kalifats

In den folgenden Kapiteln soll die Behandlung der ersten Forschungsfrage erfolgen, diese lautet: Existierte zum Zeitpunkt der Abschaffung des Amtes des Kalifen 1924 ein kurdischer Nationalismus in der Türkei? Im Laufe der nächsten Kapitel wird zunächst versucht, einen historischen Umriss der kurdischen Geschichte bis ins frühe 20. Jahrhundert zu zeichnen. Die Herkunftsgeschichte der Kurden soll hierbei nicht in seiner Gänze nacherzählt werden, sondern nur zur Einführung dienen. Man muss auch klar die Schwierigkeit der Etymologie der Kurden aufzeigen, eine ganzheitliche Aufarbeitung wäre vermutlich gar nicht möglich. Der Schwerpunkt liegt auf der Geschichte der Kurden in der Türkei vom späten 19. Jahrhundert bis in das Jahr 1924. In der Zusammenfassung werden noch einmal die wichtigsten Argumente zur Beantwortung der Forschungsfrage zusammengetragen und eine Antwort gegeben.

### Die Herkunft der Kurden

Strohmeier rekapituliert in seinem Werk die Ursprungsgeschichte der Kurden, welche zu einem großen Teil nicht belegt ist. Erst mit der Annahme des Islams im siebten Jahrhundert fanden die Kurden Eingang in die muslimischen Geschichtsbücher. Ob der Islam nur erzwungen wurde, ist als Theorie laut Strohmeier kaum aufrechtzuerhalten. Dies kann zum Beispiel dadurch abgeleitet werden, dass im heutigen Kurdistan auch alte nicht-muslimische Religionsgemeinschaften beheimatet sind. Andersgläubige hatten im Islam, im Gegensatz zur Herrschaft unter Christen, zwar eine höhere Abgabenlast, wurden jedoch als *Schriftbesitzer* und *Schutzbefohlene* gesehen.<sup>57</sup>

---

<sup>57</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 25, 52-54

Vgl. Cay, Akte, 43. Dieser sieht die Kurden erst im 11.Jhr. in der Geschichte erscheinen.

Der Iran stellt in diesem Zusammenhang eine wichtige Zwischenstation auf dem Weg von Indien in den Nahen Osten dar, vermutlich sind die Vorfahren der Kurden über diesen Weg in den heutigen Iran gewandert und haben sich mit der dortigen Bevölkerung vermischt. Generell lässt sich die mögliche Herkunft nur auf Basis von linguistischen Belegen erstellen, in diesem Gebiet gibt es jedoch keine eindeutige wissenschaftliche Klarheit. Die kurdische Literatur – Folklore und Dichtungen - wurde bis ins 19. Jahrhundert vor allem mündlich weitergegeben und mussten erst mühsam rekonstruiert werden.<sup>58</sup>

Eine ganz andere Sichtweise vertritt hierbei Martin Dolzer, seinerseits Diplom-Soziologe, freier Journalist und wissenschaftlicher Projektmitarbeiter für Menschenrechte in der Türkei. Dieser ist ganz klar der sezessionistischen Richtung innerhalb der Diskussion zuzuordnen und argumentiert dementsprechend. Dolzer gibt an, dass die Kurden von einem der ältesten Völker Mesopotamiens, den Meder abstammt. Hier muss jedoch hervorgehoben werden, dass er zur Untermauerung seiner Argumentation eine pro-kurdische Website zitiert, dessen Überprüfbarkeit im besten Fall als schwierig zu bezeichnen ist.<sup>59</sup> Cay kritisierte diese Herkunftstheorie aufs Schärfste.

Der Iran sollte auch nicht die letzte Station der Wanderer darstellen, im heutigen Ostanatolien ließen sich die frühen Kurden endgültig nieder. Durch die bereits genannten Gebirgszüge der heutigen Landschaft Kurdistan wurde der Kontakt zur Außenwelt immer erschwert. Es gab kaum Handelsbeziehungen und jede Art von Eingriff von außen wurde nur unter größten Schwierigkeiten und Verlusten von direkter Kontrolle bewerkstelligt. Zunächst stand das Gebiet des heutigen Kurdistan unter byzantinischer Herrschaft und dem persischen Sassaniden Reich. Im siebten Jahrhundert wurde dieses Gebiet von den Umayyaden einverleibt.<sup>60</sup> Das Klima ist rau und kann, besonders im Norden des Landes, auf den Bergen bis zu -30°Celsius annehmen.

---

Vgl. McDowall, modern, 21.

<sup>58</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 26, 34f. Im Rahmen von kurdischen Fürstentümern im Spätmittelalter kam es jedoch auch hier zu schriftlichen Werken der Poesie.

Vgl. McDowall, modern, 1, 8f. Dieser nennt noch den Dichter Ahmad-i Khani, der im 17. Jahrhundert von der kurdischen Nation spricht. Bis ins frühe 19. Jahrhundert findet der Autor jedoch dann keine weiteren Anspielungen auf die kurdische Nation.

Vgl. Cay, Akte, 43f. Er sieht den Ursprung der falschen Herkunftsgeschichte der Kurden in der Veröffentlichung eines Artikels des russischen Orientalisten Vladimir Minorsky, der 1927 mit Hilfe der Etymologie der Herkunft der Kurden mit einem Volk in Mesopotamien zusammenfügt.

<sup>59</sup> Vgl. Dolzer, Konflikt, 17

<sup>60</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 23, 52 – 54



Weite Wälder wurden im Laufe der Geschichte abgeholzt, heute kann jedoch Viehwirtschaft betrieben werden. Generell stellten Ackerbau und Viehzucht den größten Teil der Wirtschaft in diesem Gebiet dar, was ein wenig attraktives Ziel für Eroberer im Mittelalter war.<sup>61</sup>

Ganz anders gestaltete sich der Eingriff durch plündernde Völker wie Mongolen, die kein Interesse an einer langfristigen Inbesitznahme hatten. Kurdistan lag an einer geografisch günstigen Stelle und wurde oftmals von diesen Völkern auf ihren Weg in den Orient gebrandschatzt. Diyarbakir wurde mehrmals vollständig erobert und die Bevölkerung massakriert. Der ökonomische Output der Region wurde durch den Einfall der Mongolen um 90 Prozent reduziert. Der nomadische Lebensstil wurde hier in der kurdischen Kultur langfristig etabliert, der sesshafte Stil wurde quasi durch Massaker ausgelöscht.<sup>62</sup>

Trotz der abgeschiedenen Lage konnten sich Kurden immer wieder einen Platz in den Geschichtsbüchern sichern. Als Beispiel eines mittelalterlichen kurdischen Herrschers kann Salah al Din genannt werden, der die Kreuzfahrer nach dem zweiten Kreuzzug zurückschlagen und Jerusalem zurückerobern konnte. Salah al Din war jedoch sein ganzes Leben lang nicht in Kurdistan und gab sogar ein wertvolles Gebiet in der Region an einen türkischen Mamelucken ab, die kurdische Nationalität schien also keine Rolle zu spielen. Kurdistan war eine schwer einnehmbare Region, jedoch eine Quelle für gute Soldaten und Offiziere für umliegende Reiche.<sup>63</sup> Strohmeier berichtet, dass zwar kurdische Herrschaftsgebiete gebildet werden konnten, jedoch waren diese immer von kurzer Dauer oder mussten sich einer Zentralregierung unterwerfen.<sup>64</sup> Auf diese Art wurden die sunnitischen Kurden sehr stark vom Osmanischen Reich (1299–1922) geprägt, welches sie im Kampf gegen die Safawiden unterstützten. Auf der anderen Seite befanden sich alevitische Kurden, die die schiitischen Safawiden Gefolgschaft leisteten.<sup>65</sup>

---

<sup>61</sup> Vgl. Ebd., 23

Vgl. McDowall, modern, 6.

<sup>62</sup> Vgl. Ebd., 23f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 52 - 54.

<sup>63</sup> Vgl. McDowall, modern, 22f.

<sup>64</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 56.

<sup>65</sup> Vgl. Ebd., 61, 66. Das Osmanische Reich existierte von 1299 bis 1922 nach Christus und hatte in seiner größten Ausdehnung Gebiete der heutigen nordafrikanische Küste, Ägypten, Syrien, Irak, Israel, Türkei, Griechenland und den Balkan unter seiner Kontrolle.

Vgl. Cay, Akte, 73. Dieser sieht im völligen Gegenzug keine Kurden in diesem Gebiet, sondern ein Türkisierung in dieser Zeit.

Vgl. McDowall, modern, 9. Dieser sieht im Gegenzug zu Cay eine Vermischung der türkischen und kurdischen Stämme zu dieser Zeit. Das safawidische Großreich konnte sich von seiner Entstehung 1501 vor Christus bis zu seiner Vernichtung 1722 vor Christus östlich des Osmanisches Reiches bis zum heutigen Afghanistan ausdehnen. Vgl. Dolzer, Konflikt, 20.

Nach der Eroberung dieser safawidischen Provinzen wurden die örtlichen kurdischen Herrscher in die osmanische Herrschaft 1514 übernommen.<sup>66</sup> Nach der Niederwerfung der Safawiden stand der osmanische Sultan Salim vor der Problematik, dass eroberte Gebiete erst noch befriedet und in die osmanische Herrschaft integriert werden mussten. Es fehlte ihm jedoch die dafür erforderliche Truppenstärke, des Weiteren würde ein direktes Eingreifen und eine Besteuerung durch die osmanische Staatsmacht in diesem unwirtschaftlichen Gebiet kontraproduktiv sein. Aus diesem Grund wurde auf Anraten eines kurdischen Beraters ein Erlass verfügt, welcher im Rest des osmanischen Reiches zu dieser Zeit absolut unüblich war: Kurden erhielten große lokale Autonomie, stellten sich jedoch formal unter den osmanischen Herrscher und lieferten Soldaten sowie Tribut. Diese Herrschaftsgebiete machten 30 Prozent des heutigen Kurdistan aus und prägten die Geschichte der Region bis ins 20. Jahrhundert.<sup>67</sup> Die offizielle Bezeichnung „Kurdische Herrschaft“ wurde, obwohl schon länger inoffiziell praktiziert, erst im 17. Jahrhundert verwendet. Diese war wie zuvor erblich und in großen Teilen autonom, ein Treueeid und regelmäßige Abgaben für das Osmanische Reich mussten ebenfalls getätigt werden.<sup>68</sup>

Diese Art der Kontrolle von Provinzen mit Hilfe von lokalen autonomen Herrschern sollte im heutigen Kurdistan bereits im 16. Jahrhundert Dimensionen erhalten, welche in restlichen osmanischen Provinzen erst im 17. oder 18. Jahrhundert Einzug hielt und bis ins 19. Jahrhundert teilweise noch gehandhabt wurde.<sup>69</sup> Donald Quataert ist auf den Nahen Osten spezialisierter Historiker an der Binghamton University und unterrichtete dort nahöstliche und osmanische Geschichte. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit war die gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschichte der Frühen Neuzeit. Seine Expertise in Hinblick auf das Osmanische Reich führte zur Verwendung seiner Werke. Dieser beschreibt die Ausbreitung mittels Inkludierung lokaler Eliten, welche einen Teil ihrer Autonomie behalten sollten, als eine der Gründe für die starke Expansion des Osmanischen Reiches.<sup>70</sup>

---

<sup>66</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 68.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 184.

<sup>67</sup> Vgl. McDowall, modern, 27f.

<sup>68</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 69f.

Vgl. McDowall, modern, 21f. Selbst eingesetzte türkische Anführer wurden so in die kurdische Kultur assimiliert.

<sup>69</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 71, 73.

Vgl. McDowall, modern, 29f. Kurden spielten im 17. Jhr. eine bedeutende Rolle in der osmanischen Armee. So waren 40.000 Kurden bei der Eroberung von Bagdad 1638 und stellten ausgezeichnete leichte Reiter für Aufklärung und Drangsalierung des Gegners.

Vgl. Findley, Nationalism, 28 -31.

<sup>70</sup> Vgl. Donald Quataert, The Ottoman Empire, 1700 – 1922, Cambridge 2005, 63f.

Kurden erhielten die größte Unabhängigkeit in einer Zeit, als das Osmanische Reich und das Perserreich sich in einer Pattsituation befanden und eine Phase des Friedens eingeleitet wurde. Beide Gebiete profitierten von einer neutralen Zone zwischen den eigentlichen Grenzen, unmittelbare Gefahren eines plötzlichen Angriffs waren so nicht gegeben. Das von Kurden bewohnte Gebiet wurde zu einer Art Pufferzone, in der sich die Kurden – die ihre politischen Möglichkeiten und Loyalität ständig neu interpretierten – gut bewegen konnten.<sup>71</sup> War diese Beziehung zwischen lokalen politischen Herrschern und einer Zentralregierung aufgrund des langen Bestehens stabil? McDowall sieht hier den Schein eines stabilen Systems oder Status Quo, das immer wieder von den Akteuren in Frage gestellt wurde.

„The relationship between Istanbul and its Kurdish satraps was far from perfect. Because the system of semi-independent principalities lasted well into the nineteenth century, it is tempting to consider it a successful political arrangement. In practice neither side was satisfied. Both Istanbul and individual chiefs pushed for greater control whenever they thought they had the power to achieve it.”<sup>72</sup>

Diese Idee des freien Kurdistans in jener Zeit war aber weniger ein nationaler Gedanke, als vielmehr eine Bewegung um einen charismatischen Anführer, der gegen soziale Probleme einschritt oder seine Macht vergrößern wollte. Diese Aufstände waren jedoch oft zwiegespalten. Der osmanische Sultan als weltlicher Herrscher wurde zunehmend hinterfragt, gleichzeitig kam ihm jedoch in seiner Position als Kalif absolute Loyalität zu.<sup>73</sup> Die Idee des Kalifats, also der religiöse Anführer aller Muslime, wurde in Istanbul geboren und sollte bis zu dessen Abschaffung 1924 ein mächtiges Amt darstellen.

#### Situation der Kurden vor 1914

Eine der Säulen des Aufstieges des Osmanischen Reiches ist in dessen geführten Expansionspolitik zu finden. Lokale Anführer von unterworfenen Gebieten wurden nicht immer durch Beamte einer osmanischen Zentralregierung ersetzt, sondern in das Reich eingegliedert. Die Vorteile lagen auf der Hand. Gebiete waren so nominell dem Reich untergeordnet und dennoch aufgrund der dortigen erhaltenen Herrscherschicht relativ stabil. Dies ermöglichte eine vergleichsweise rasche Expansion ohne langwierige Befriedigung einer rebellischen Bevölkerung, die sich neuen Herrscher widersetzen könnte.

---

<sup>71</sup> Vgl. McDowall, modern, 25f.

<sup>72</sup> McDowall, modern, 29.

<sup>73</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 84.

McDowall sieht jedoch auch große Nachteile in dieser dezentralen Herrschaftspolitik, die örtlichen Machthabern mit sehr großer Macht und Autonomie ausstattete.

„In the Ottoman territories the eighteenth century had been characterized by nominally subject but effectively independent local rulers. Some of these arose when centrally appointed governors arrogated to themselves independent powers. The problem was not confined to the further flung areas of the empire.”<sup>74</sup>

Die Idee eines *Kurdistan* war unter kurdischen Stammesfürsten jedoch nicht wirklich verbreitet. Man wollte sich weder mit anderen Stämmen zusammenschließen noch sich einer Zentralmacht unterwerfen. Großmächte provozierten dennoch Konflikte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen. Dies geht aus vielen Werken zu dieser Thematik hervor: Westliche europäische Mächte versuchten gezielt aufkeimende nationalistische Bewegungen für ihre Zwecke einzusetzen. Auch das Ziel der Rebellionen änderte sich: Wo sich zuvor die Forderungen mit größerer Autonomie oder mehr Macht innerhalb des Osmanischen Reiches zusammenfassen ließen, wollte man nun aus diesem Reich endgültig ausbrechen. Dies führte unter anderem zum Verlust des Balkans, Griechenlands und Ägyptens als prägnanteste Beispiele. Im gleichen Zusammenhang konnten sich viele europäische Staaten als Schutzmächte von religiösen Minderheiten etablieren. Bei Vergeltungsmaßnahmen gegen Rebellen wurde so die osmanische Zentralregierung von den europäischen Mächten zu Strafmaßnahmen genötigt.

Dennoch erkannten die europäischen Mächte die Bedeutung des Osmanischen Reiches für die Stabilität der Region. Was folgte waren sich ständig ändernde Bündnisse oder Rivalitäten mit dem kranken Mann am Bosphorus, um ihn entweder zu schwächen oder zu stärken.<sup>75</sup> Besonders gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde das Reich zunehmend von westlichen Großmächten unterstützt, um eine Ausbreitung des russischen Reiches zu verhindern. Diese Gründe für die Vergrößerung der Konflikte wird auch von Cay unterstützt, der dafür drei Argumente anführt: 1) Die Administrativen Reformen, die im Osmanischen Reich durch europäische Mächte erzwungen wurden; 2) Die Reformen, die die Balance in den heutigen kurdischen Gebieten zerstörten und die sozialen und politischen Strukturen schwächten;

---

<sup>74</sup> McDowall, modern, 40.

<sup>75</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 78f. Auch der Konflikt mit dem abgefallenen Vasallen Ägypten 1831 führte zu einer Durchsetzung der Zentralmacht in Kurdistan, wenn auch eher zufällig aufgrund der agierenden osmanischen Armeen in den Grenzregionen Syriens.

Vgl. Quataert, Empire, 55f. Dieser nennt in Bezug auf die Balance der Kräfte auch Russland. Ein zu schwaches Osmanisches Reich würde Russland zu viel Land zu gewähren.

3) Die Tätigkeiten von englischen, französischen, deutschen und amerikanischen Missionaren in der Region, die nationalistische Gedankengüter verbreiteten; <sup>76</sup>Donald Quataert fasst die Situation im 19. Jahrhundert gut zusammen, welche die daraus entstandenen Nationen bis heute beeinflussen würde. Die Idee des Nationalismus griff immer weiter im Vielvölkerstaat um sich und bedrohte den Status Quo darin.

„Yet the Ottoman Empire for much of its history brought together multiple and different ethnic and religious groups. At times their interaction was co-operative and harmonious; but under the pressures of 'modern nationalism' those ethnic and religious relations deteriorated into hostilities and worse, massacres, that remain a difficult subject in memory and national accounting.“<sup>77</sup>

Nach dem Verlust von Gebieten am Balkan, versuchte die osmanische Zentralregierung ihren Einfluss im restlichen Reich zu vergrößern. Der Verlust des Balkans war mit seiner großen Bevölkerung und wirtschaftlichen Hintergründen ein herber Schlag, welcher die große osmanische Expansion quasi beendete. Zusätzlich wurde die Bevölkerung des Reiches durch den Wegfall großer christlicher Regionen wieder homogener, also islamischer. Zu den Gebieten, in denen man lokale autonome Herrscher wieder stärker an die Zentralregierung binden wollte, gehörte auch Kurdistan, was zu kurdischen Aufständen führte. Im frühen 19. Jahrhundert wurde zudem der kurdische Charakter nicht geleugnet, im Rahmen von Feldzügen gab es sogar die „Medaille des Sieges über Kurdistan“.<sup>78</sup> Das dezentrale System brachte dem Osmanischen Reich einen gewaltigen Nachteil gegenüber den zentralistischen europäischen Mächten. Eine gewaltige strukturelle Reform wurde daher unter Mahmud II angestrebt, der von 1808 bis 1839 als Sultan herrschte: Die Janitscharen wurden abgeschafft, eine Volkszählung sollte einen guten Überblick über die Bevölkerung erlauben und fähigere Gouverneure eingesetzt werden. Interessant war, dass dabei die Region Kurdistan nicht angetastet wurde, da der politische Kraftaufwand als zu groß erachtet wurde. Während im restlichen Reich die Zentralisierung voranschritt, konnte Kurdistan den Status Quo der autonomen Herrscher zunächst beibehalten. Dies änderte sich, als lokale kurdische Herrscher einen scheinbar schwachen Zentralstaat ausmachten, um sich größere Herrschaftsgebiete einzuverleiben.

---

<sup>76</sup> Vgl. Cay, Akte, 354 – 356. Zusätzlich nennt er noch die Sezessionsbewegungen in Tunesien und Zypern.

<sup>77</sup> Quataert, Empire, 174.

<sup>78</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 78f.

Vgl. Cay, Akte, 357 – 370. Von einer Siegesmedaille über Kurdistan wird nicht gesprochen.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 20f.

Sie schwächten sich gegenseitig in einem lokalen Machtkampf mittels kriegerischer Auseinandersetzungen, um dann vom osmanischen Heer hinweggefegt zu werden.<sup>79</sup> Gleichzeitig sollten jedoch auch die unterschiedlichen Wertigkeiten aufgrund der Religion reformiert werden. Wo zuvor der muslimische Bürger dem christlichen übergestellt war, sollten nun alle Männer gleich sein. Das öffnete Nicht-Muslimen die Möglichkeit in den Staatsdienst zu treten und sollte nebenbei den Einfluss der europäischen „Schutzherren“ der Nicht-Muslime zurückzudrängen.<sup>80</sup>

Die Vernichtung der örtlichen Elite hatte jedoch einen gegenteiligen Effekt. Auch wenn, aus Sicht des Zentralstaates sich die kurdischen Anführer den Zentralisierungsversuchen widersetzen, so besaßen diese dennoch einen Stabilitätsfaktor in der Region. Mit der Entmachtung dieser respektierten Männer entstand ein Machtvakuum, welches zu noch größerem Chaos führte. Generell reichte die Macht des Osmanischen Reiches nur noch in die unmittelbare Region größerer Städte, das Umland wurde unsicherer. Stämme versuchten durch kurzfristige Aktionen wie Plünderungen ihre Macht zu vergrößern, was jedoch langfristig katastrophale Folgen für die Region hatte. So wanderten viele Bauern aus Kurdistan ins russische Armenien aus. Neue Mediatoren wurden jedoch in der Gestalt des Scheichs gefunden. Jene neuen religiösen Autoritätsfiguren konnten das Vakuum ausfüllen, welches in der Region hinterlassen wurde. Diese dominierten das frühe 19. Jahrhundert.<sup>81</sup>

Als Beispiel für den dezentralen Charakter des Osmanischen Reiches können die Hamid-Regimenter angeführt werden, welche 1891 durch Sultan Abd al Hamid gegründet wurden. Einerseits sollten damit die Kurden stärker an das Reich gebunden werden, andererseits wehrfähige Armeen in der Grenzregion geschaffen werden. Die Anführer der verschiedenen, meistens 600 Mann starken, Kompanien waren die jeweiligen Stammesfürsten. Diese erhielten in Istanbul eine militärische Ausbildung und wurden mit Uniformen und Waffen ausgestattet. Diese Autonomie und Ausstattung durch Waffen wurden jedoch genutzt, um die Armenier zu drangsalieren, Kleinkriege zu führen und die Region zu verwüsten. Dies führte auch zur Herausbildung des Stereotyps *Kurde*.<sup>82</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. McDowall, modern, 41f. 43-48.

Vgl. Findley, Nationalism, 23 – 46. Dieser bespricht auch den vorherigen Versuch Selim III, der in einer Revolte der Janitscharen endete.

<sup>80</sup> Vgl. Quataert, Empire, 65.

<sup>81</sup> Vgl. McDowall, modern, 49f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 81-83.

<sup>82</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 85.

Vgl. Cay, Akte, 103. Dieser widerspricht erneut dem gängigen Standard. Laut ihm herrschte immer eine künstlich aufgebaute kurdische-armenische Zusammenarbeit zur Vergrößerung der kurdisch-nationalen Bewegung.

Die Bindung an die osmanische Zivilisiertheit schlug ebenfalls völlig fehl: Der „Nomadische Krieger“ konnte durch seine erfolgreichen Plünderungen wieder als erstrebenswerte Position wahrgenommen werden und nahm wieder eine größere Stellung in der Gesellschaft ein, wie McDowall schrieb: „Indeed, it could be said that on the eve of the First World War, the Kurds were generally noted mainly for their disorderliness, banditry and harassment of the Armenians.”<sup>83</sup>

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entstanden Schulen und Hochschulen, aus denen eine kurdische Mittelschicht hervorging. Diese hatte ein gesteigertes Interesse an der eigenen Kultur, es kam zu Annäherungen anderer verfolgter Oppositioneller (Jungtürken, Jungosmanen) im Exil. Die Kurden selbst hatten jedoch keine nationalistische Agenda, das Hauptaugenmerk lag auf der Einschränkung der Macht des Sultans und einer Verbesserung der angeschlagenen Beziehung zu den Armeniern.<sup>84</sup> Zur Gründung der ersten kurdischen Zeitung *Kürdistan* kam es 1898 in Kairo, diese verwendete auch erstmals Kurmandschi als gedruckte Sprache. Sie entwickelte sich zu einem Forum, bei dem kurdische Belange diskutiert werden konnten. Die Gründer waren Nachkommen von vertriebenen Kurden aus dem Osmanischen Reich. Sie trieben den Nationalismus von Kurdistan voran, Bildung und Identitätsstiftung sollte Kurdistan aus seiner Versenkung holen. Die genannten Lehren des Islams standen jedoch im krassen Gegensatz zum gelebten Volksislam der Kurden in Anatolien.<sup>85</sup> So wurde jedes Thema mit Stellen aus dem Koran und Aussprüchen des Propheten Mohammed unterstützt, was jedoch kaum Wirkung erzielen konnten. Die Texte gegen das Osmanische Reich wurden auch zunehmend feindlicher, sodass es zu Aufrufen zur Rebellion kam. Des Weiteren wirkten Mitglieder der Zeitung unterstützend in der westlichen kurdischen Forschung mit.<sup>86</sup>

Trotz dieser Entwicklungen und temporärer Unterstützung durch westliche Mächte, wurde die Idee eines unabhängigen Kurdistan nur von Randgruppen in Betracht gezogen, die Loyalität zum Kalifen war immer noch ungebrochen. Die Ko-Existenz mit dem Osmanischen Reich stand im Vordergrund, dennoch existierte ein großer Zwiespalt innerhalb der Nationalkurden der ersten Generation.

---

<sup>83</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 59-63.

<sup>84</sup> Strohmeier, *Kurden*, 86.

Vgl. Cay, *Akte*, 370.

<sup>85</sup> Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 87.

Vgl. Dolzer, *Konflikt*, 21.

Vgl. McDowall, *modern*, 90. Es kam auch zu einer Übersiedelung nach London, um dort bessere Kontakte zur europäischen kurdischen Elite knüpfen zu können.

<sup>86</sup> Vgl. Cay, *Akte*, 371f.

Man versuchte auch vergeblich die kurdischen Hochschulabsolventen zurück nach Kurdistan zu bewegen, um dort die nationalistischen Ideen zu verbreiten.<sup>87</sup> McDowall beschreibt hier die schwierige Situation, in der sich Kurden aus Kurdistan widerfanden. Das aktive Teilnehmen an der Osmanischen Gesellschaft bedurfte einer Ausbildung oder Tätigkeit in den Metropolen der Nation, weit weg vom eigenen Stammland. Zudem musste man sich den osmanischen Vorstellungen eines Bürgers anpassen, die wenig mit den nomadischen Menschen der Berge gemein hatten. Man musste sich entscheiden, ob man Kurde bleiben oder Osmane werden wollte. McDowall führt dazu aus:

„Among Kurds, primarily in Istanbul but subsequently in the neglected provinces of Kurdistan, a profound dilemma of identity arose in response to the crisis of empire, one that persists to this day. Some sought a political solution in which their identity was something wider than purely Kurdish and for who participation within a greater and more sophisticated political culture seemed natural. One should not be surprised that Kurds born, or at least educated, in Istanbul should have been comfortable with this kind of solution. To be a “Kurd” just as to be a “Turk” was, until the closing years of the nineteenth century, to be a rural unsophisticated. Those with any ambition aspired to cast off that description and to become Ottoman subjects in the fullest sense of the word, educated and civilized city dwellers. To this day, there are Kurds for whom, on account of their political or economic activities, ethno-national identity is a good deal less important to them than their modern state identity. There is a second category which for quite different reasons sought membership of the wider Ottoman community. Those in Kurdistan who felt threatened by the political changes now affecting the whole empire, clung to the old verities of caliph and sultan which offered certainty and security in a now rapidly changing world. The “kurdishness” of their existence was defined essentially by the pursuit of traditional, usually tribal, identity which the ancient regime seemed willing to foster.”<sup>88</sup>

---

<sup>87</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 89. Man versuchte auch die kurdischen Hochschulabsolventen zurück nach Kurdistan zu bewegen

Vgl. Cay, Akte, 370f. Dieser nationalistische Gedanke sollte in Kairo in Ägypten als erstes entstehen, als England das Land besetzte und begann ethnische Konflikte auszunutzen.

<sup>88</sup> McDowall, modern, 87f. Weiters spricht er über die „Verräter der kurdischen Sache“. Also Personen, die eine innerstaatliche Lösung suchen und nicht explizit an der kurdischen Ethnie als solches hängen. Für diese sind die kurdischen Nationalisten nicht mehr als Rebellen oder Terroristen.



Auch auf der politischen Ebene des Osmanischen Reiches formierten sich Gruppierungen, die sich eine Reform des Systems wünschten. Eine dieser Bewegungen waren die *Jungtürken*, die trotz Illegalität, auf liberale Reformen und eine konstitutionelle Staatsform hinarbeiteten. Das Programm der Jungtürken war umfassend, für diese Arbeit sollen aber vor allem ihre Vorstellungen zur türkischen und osmanischen Identität genannt werden. 1902 fand ein Kongress dieser neuen osmanischen Bewegung in Paris statt, der die Spaltung innerhalb der Bewegung offen zeigte. Es gab osmanische Liberale und Türkei-Nationale. Die Idee einer osmanischen Staatsbürgerschaft war jedoch während des Aufkommens neuer nationaler Ideen immer schwerer umzusetzen.

Der Islam wurde hierbei als zweischneidiges Schwert gesehen: Einerseits konnte die Religion die Massen mobilisieren, andererseits wurde sie auch als größte Gefahr der Modernisierung gesehen. 1908 waren jedoch die Jungtürken als klar säkular einzustufen. So organisierten sich christliche Armenier, Serben und Griechen in ihre jeweiligen nationalen Lager während muslimische Gemeinschaften den Islam als Schmelztiegel weiterhin verwendeten und dadurch keine eigene Nationalität entwickelten. Auch der Putsch der Jungtürken 1908 konnte diese Probleme nicht lösen. Auch Kurden, insbesondere aus den westlichen Städten, unterstützen die Idee des osmanischen/türkischen Staatsbürgertums. Sämtliche Organisationen, die nationale Themen als Hauptpunkt besaßen, wurden aufgelöst und infolgedessen waren auch kurdische Nationalorganisationen Geschichte.<sup>89</sup>

Findley beschreibt die türkische Sichtweise auf die Ereignisse von 1908: Er spricht dabei weniger von einer Revolution, sondern eher von einer Transformation des Osmanischen Reiches. Die Jungtürken waren in ihrer Denkweise konservativ und versuchten das Reich zu erhalten, die Verfassung von 1908 sollte hierbei die Grundlage für ein weiteres Bestehen schaffen.<sup>90</sup> Diese Verfassung der Jungtürken von 1908 brachte viele Veränderungen mit sich. Alte Machtprinzipien, wie jene der Scheichs oder der unabhängigen Kriegsherren sollten gebrochen werden, was die Betroffenen zu einem massiven Widerstand motivierte. Argumentationen gegen die Jungtürken wurden auch durch religiöse Aspekte erweitert: Die von ihnen propagierte Säkularisierung würde zu einem Ende des Islams führen.<sup>91</sup>

---

<sup>89</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 90-95.

<sup>90</sup> Vgl. Findley, *Nationalism*, 193f.

<sup>91</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 95f.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 194. Der Putsch sollte auch zu einer massiven Öffnung des Landes führen. 1910 gab es bereits 353 neue Zeitungen und Zeitschriften, darunter auch Frauenmagazine. Auch die Wirtschaft wuchs durch ausländische Investitionen und größerer Freiheit.

In diesem Zusammenhang gab es auch ein Erstarren einer Rhetorik der armenischen-kurdischen Bruderschaft, die gegen die Zentralregierung ihre Unabhängigkeit durchsetzen wollten.<sup>92</sup> Findley bespricht auch den Vorwurf, dass durch die Jungtürken der türkische Nationalismus Einzug in das Osmanische Reich hielt. Offenbar beginnt die Problematik bereits damit, dass europäische Übersetzungen fehlerhaft waren und nicht zwischen *Osmanen* und *Türken* ausreichend differenzierten. Kulturclubs, deren Ziel nicht die Sezession vom Osmanischen Reich war, wurden ausdrücklich erlaubt.<sup>93</sup> Findley schreibt dazu: „Non-Muslims and other non-Turks tended to see Ottomanism as an umbrella identity“<sup>94</sup>

Der Balkankrieg von 1912-1913 führte für das Osmanische Reich zum Verlust sämtlicher Gebiete auf dem europäischen Kontinent bis auf Istanbul und die umliegende Region. Eine Konsequenz war die Bestrebung, den nächsten Krieg nicht mehr ohne Verbündete zu führen, was später zum Eintritt in den Mittelmächten im Ersten Weltkrieg führte. Genauso führte die Niederlage in den Balkankriegen zu einer Unterschätzung der militärischen Kompetenz der türkischen Armee durch europäische Staaten.<sup>95</sup> Ein positiver Nebeneffekt betraf die gelebte Identität der osmanischen Gesellschaft. Aufgrund des Wegfalls der vornehmlich christlichen Provinzen des Balkans, kam es zu einer Homogenisierung der Religionen, der Islam war nun überall im Reich der mehrheitliche Glaube. Das *Osmanische Staatsbürgertum* wurde nun mit der Identität des *Islams* gleichgesetzt, das Kalifat erlangte eine starke Bedeutung zur Zusammenführung der Bevölkerung. So konnten auch die Araber nicht mehr als Osmanen, sondern als Muslime angesprochen, um die Verbindung mit dem Kalifat aufrechtzuerhalten.<sup>96</sup> Man kann durchaus davon sprechen, dass die osmanische Identität den Islam stärker in den Mittelpunkt stellte. Eine Konsequenz daraus war der erfolgreiche Aufruf zum Jihad im Ersten Weltkrieg, der eine großflächige Mobilisierung der Bevölkerung ermöglichte.

Die politische Konstellation von 1913 lässt eine gute Einschätzung der vereinigten kurdischen Front zu. Unterstützer der Idee eines *Kurdistan*s konnten 100.000 irreguläre Streitkräfte auf das Feld bringen und sogar mit russischer Unterstützung rechnen. Immer wieder gab es Gerüchte, dass kurdische Fürsten zu Russland überlaufen würden. Die Zentralregierung sah sich gegenüber den lokalen Stammesführern im Nachteil und führte die irregulären Hamid-Kavallerieregimenter – die zuvor abgeschafft wurden – wieder ein.

---

<sup>92</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 97f.

<sup>93</sup> Vgl. Findley, *Nationalism*, 201 – 205

<sup>94</sup> Ebd., 201.

<sup>95</sup> Vgl. Ebd., 206f.

<sup>96</sup> Vgl. Findley, *Nationalism*, 202f

Die Änderungen, welche mit dem Putsch der Jungtürken einhergingen, wurden in Kurdistan zurückgenommen. In Kombination mit osmanischen Abgesandten, die eine Anti-Armenien Rhetorik schürten, schloß die kurdische Unabhängigkeitsbewegung wieder ein. Der Status Quo zwischen Stämmen und Zentralregierung wurde erneut erhalten. Die Intention hinter der russischen Unterstützung war ebenfalls eine andere. Russland strebte nie an, die Armenier oder die Kurden zur Unabhängigkeit zu bringen. Die tatsächliche Agenda war die Schwächung des Osmanischen Reiches durch Unterstützung von sezessionistischen Gruppen, um dann selbst Teile des Reiches zu annektieren.<sup>97</sup>

### Der Erste Weltkrieg

Die Ängste der osmanischen Regierung bezüglich der Kurden sollten sich im Ersten Weltkrieg nicht bewahrheiten, tatsächlich liefen kaum Kurden zu Russland über. Im Gegenzug dazu erschütterten andere verheerende Ereignisse die Region von Türkisch-Kurdistan: Genozid und Verwüstung. Für die nächsten vier Jahre wurde Türkisch-Kurdistan von zwei unterschiedlichen Armeen besetzt, die einen nationalistischen Konflikt austrugen. Vor allem russische und osmanische Kräfte dominierten diesen Kriegsschauplatz. Russland verwendete armenische Garnisonen in besetzten kurdischen Gebieten, welche, aufgrund eines übersteigerten Nationalismus einen Völkermord an den Kurden ausübten. Christen fanden sich im Kreuzfeuer beider Konfliktparteien. 1915 kam es zudem zur Deportation von osmanischen Armeniern, um ein Überlaufen zum Feind zu verhindern. Ungefähr eine Million Armenier kamen beim armenischen Völkermord um, der bis heute von der türkischen Regierung geleugnet wird. Dass die Kurden tatkräftig bei diesem Völkermord Unterstützung leisteten, schien der Höhepunkt einer langen Entwicklung zu sein, bei der Unterschiede wie Nationalitäten und Religion eine viel größere Rolle als zuvor spielten. Die verwendete Narrative: Muslimische Staatsbürger agierten gegen christliche *Volksfeinde*, obwohl beide der gleichen Nation angehörten. Es muss jedoch auch ganz klar davon gesprochen werden, dass die einfache Bevölkerung noch wenig Wissen über die neue Idee des *Nationalismus* zu dieser Zeit besaß. Kurdische und armenische Bauern verstanden nicht, warum sie plötzlich einander hassen sollten. Man kann also durchaus davon sprechen, dass diese Ideen der breiten Bevölkerung aufgezwungen wurden.<sup>98</sup> Die türkische Regierung spricht sich bis heute gegen jeden Vorwurf des Völkermords aus. Aus ihrer Sicht handelte es sich bei den Deportationen um Evakuierungen von Zivilisten aus dem Kriegsgebiet, angeordnete Exekutionen werden entschieden dementiert.

---

<sup>97</sup> Vgl. McDowall, modern, 99f.

<sup>98</sup> Vgl. McDowall, modern, 102 – 104.

Vgl. Findley, Nationalism, 209 -2011. Dieser spricht von 600.000 Toten durch die Deportationen der Armenier.

Es wirkt in diesem Zusammenhang ironisch, dass die Regierung der Jungtürken bereits zu diesem Zeitpunkt den Plan gefasst hatte, die kurdische Ethnie ebenfalls mittels Assimilation in türkische Staatsbürger zu verwandeln. 1917 entstand bereits der Plan, die Kurden zwangsweise in Gebiete zu deportieren, in denen sie dann maximal fünf Prozent der örtlichen Bevölkerung ausmachen sollten.

Der Plan wurde in Ansätzen auch durchgeführt: 700.000 Zivilisten wurden im Rahmen der vorrückenden russischen Armee zum Schein ihres Schutzes im Westen der Türkei neu angesiedelt.<sup>99</sup> Mit der Russischen Revolution 1917 schien sich das Blatt in der Region zu wenden. Osmanische Truppen konnten die desorganisierte russische Armee zurückschlagen und sogar Gebietserweiterungen anstreben. Armenische und russische Truppen töteten alle Muslime, die ihre Wege kreuzten. Aber auch eine große Anzahl von Christen wurde von kurdischen Briganten getötet. Trotz dieser breiten Gebietsgewinne im heutigen Georgien und Armenien, konnte die britische Armee in Syrien nicht gestoppt werden. Diese sollte bald darauf in Türkisch-Kurdistan von Süden her einrücken und ein desolates Land vorfinden. Britische Hilfsgüter wurden beim Vorrücken in der von Hunger und Krankheit gebeutelten Region verteilt. Von jeweils einer Million Kurden und Armeniern des Osmanischen Reiches sind fast alle Armenier sowie 800.000 Kurden - davon 500.000 Zivilisten - im Ersten Weltkrieg umgekommen.<sup>100</sup>

In welcher Lage befanden sich die Kurden in der osmanischen Armee? Für die damaligen Menschen abstrakte Ideale wie Patriotismus oder Nationalismus fanden auch im Ersten Weltkrieg kein Gehör unter kurdischen Offizieren. Diese kämpften als osmanische Staatsbürger, gemeinsam mit anderen Nationalitäten des Vielvölkerstaats, bis zum Ende des Konflikts. Durch die Niederlage des Osmanischen Reiches entstand jedoch ein neuer Freiraum in Kurdistan. Im Zuge des Rückzugs osmanischer Truppen wurde ein politisches Vakuum in Türkisch-Kurdistan zurückgelassen, das erst noch gefüllt werden musste. Die zukünftigen Siegermächte schmiedeten Pläne zur Besetzung und Aufteilung des Reiches, geschickte Einflussnahme könnte hier die Grundlage für neue Staaten schaffen.

---

<sup>99</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 105f. Kurden kämpften in der osmanischen Armee, vor allem in regionalen Regimentern, die von Kurden geleitet wurden. Diese Entscheidung entsprach jedoch mehr der Vorstellung, dass „Räuberbanden“ auf Seiten der Osmanen stehen sollen.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 210f.

<sup>100</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 107 -109. Diese Anzahl an Toten scheint mir jedoch übertrieben, im Angesicht der Bevölkerung der Kurden in den 1940er Jahren. Möglicherweise betraf dieser massive Bevölkerungsrückgang einen Teil und nicht ganz Kurdistan.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 208f. Mustafa Kemal kämpfte in der Kaukasus-Front.

Woodrow Wilson veröffentlichte zur gleichen Zeit seinen *14-Punkte Plan*, der die Selbstbestimmung der Völker als zentralen Punkt innehaben sollte. Nationalistische Gruppierungen wurden gegründet, die sich von diesem Plan Legitimierung in ihren Unterfangen erhofften.<sup>101</sup> Diese Sezession wurde jedoch nur von Randgruppen in Betracht gezogen. Quataert untermauert in diesem Zusammenhang die Narrative, dass die breite muslimische Bevölkerung des Osmanischen Reiches auch am Ende des Ersten Weltkrieges kein Interesse an Rebellion hatten.

„We also need to understand the unimportance, until after World War I, of Arab, Turkish, and Kurdish nationalism on the territories that remained under Ottoman sovereignty. Here, too, the basic point deserves reiteration: most Ottoman Muslims of whatever ethnicity remained fundamentally content with Ottoman rule and did not actively seek separation.“<sup>102</sup>

Der *Waffenstillstand von Moudros* wurde am 30. Oktober 1918 unterzeichnet, nachdem Streitkräfte der Entente in der Nähe von Istanbul gelandet waren und die Stadt nicht mehr effektiv verteidigt werden konnte. Findley spricht in diesem Zusammenhang von einer plötzlichen Kapitulation, die für die Truppen im Feld nicht unbedingt nachvollziehbar war. Die Osmanische Armee war immer noch in einem wehrfähigen Zustand und kontrollierte immer noch das türkische Kernland um Ankara. Die Demobilisierung der Armee und die Friedensverhandlungen ist nicht problemlos von Statten gegangen.

„The War was over. The Ottoman army was supposed to demobilized under the armistice, but it `was still in the field` with `approximately one million men still under arms`, and it `still retained possession of the Anatolian heartland.“<sup>103</sup>

---

<sup>101</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 90.

Vgl. Cay, Akte, 387. Auf Basis des 14-Punkte-Plans wurde 1919 Vertretern der Entente in Istanbul eine Denkschrift zur kurdischen Sachlage übergeben.

<sup>102</sup> Quataert, Empire, 190.

<sup>103</sup> Vgl. Findley, Nationalism, 215.

## Das Ende des Ersten Weltkriegs und das Sykes-Picot Abkommen

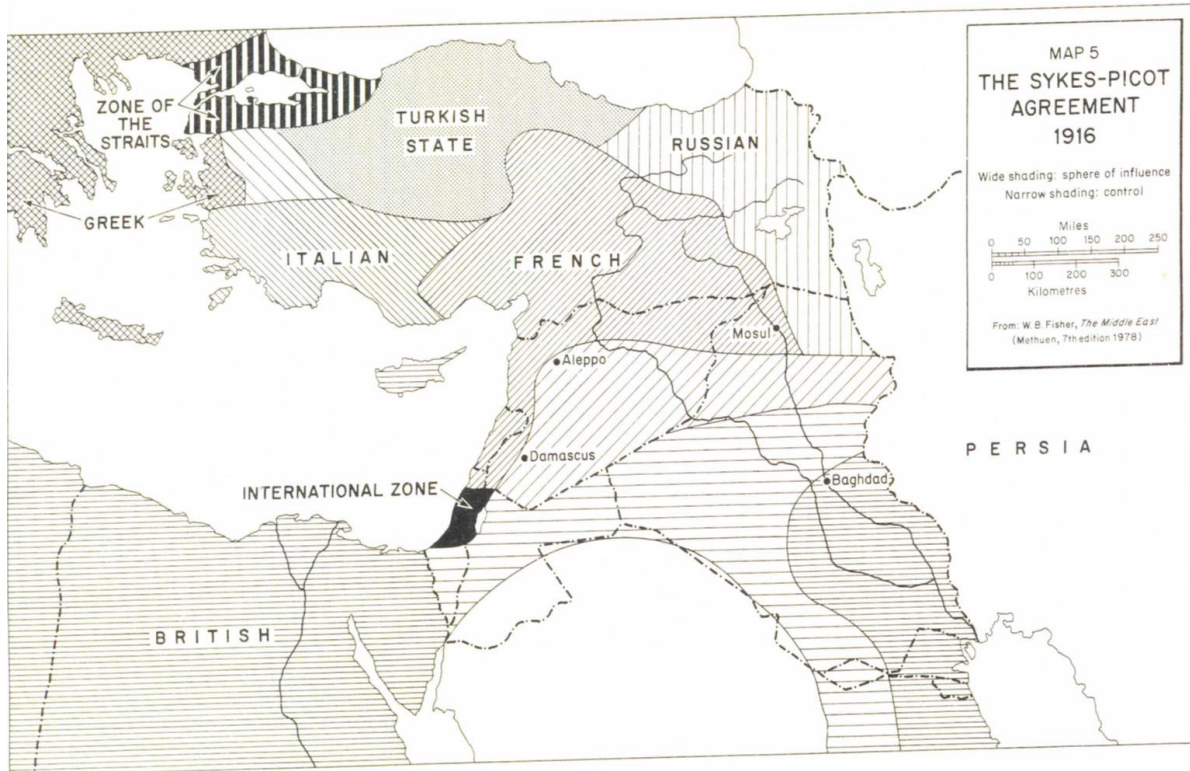


Abbildung 8: Sykes-Picot Linie nach McDowall. Die geplante russische Einflusszone wurde nach der Russischen Revolution unter anderem durch die Staaten Armenien und Kurdistan ersetzt. Auch wenn im Rahmen des türkischen Unabhängigkeitskrieges die Einflusszonen in der Türkei nicht durchgesetzt wurden, kam die Sykes-Picot Linie im restlichen mittleren Osten voll zu Stande.<sup>104</sup>

Wie sollte das Osmanische Reich nun aufgeteilt werden? Noch vor Ende des Ersten Weltkriegs versuchten der britische und französische Außenminister eine Aufteilung des Nahen Ostens vorzunehmen, die neben neuen Einflusszonen vor allem die Kontrolle über wichtige Ressourcen wie Öl bestimmen sollte: Die *Sykes-Picot Linie*. Diese hätte den Osten der Türkei sowie einen Teil der internationalen Zone in Istanbul dem Russischen Reich zugesprochen. Nach der Russischen Revolution veröffentlichte die neue sowjetische Regierung jedoch diese Pläne, wodurch es zu einem Aufschrei im Nahen Osten kam. Die Gebiete der russischen Einflusszone wurden so zu Kurdistan, Armenien und Georgien unter britischen Einfluss geändert. Daneben existierten noch Pläne für italienische und französische Einflusszonen in Anatolien. Nur ein sehr kleiner Teil sollte den türkischen Staat beinhalten und als Marionette den Siegermächten dienen, selbst Istanbul sollte von der Türkei abgeschnitten werden.

<sup>104</sup> McDowall, modern, 116.

Im gleichen Zusammenhang mit der Veröffentlichung der Pläne präsentierte Woodrow Wilson seinen *14-Punkte Plan*, welcher eine Unabhängigkeit von Armenien und Kurdistan in Aussicht stellte:

„The Turkish portions of the present Ottoman Empire should be assured a secure sovereignty, but other nationalities which are now under Turkish rules should be assured an undoubted security of life and an absolutely unmolested opportunity of autonomous development”<sup>105</sup>

Das Chaos im Osmanischen Reich war nach dem Waffenstillstand von Moudros groß. Trotz des 14-Punkte Plans waren große Teile des Osmanischen Reiches besetzt und ein Friedensvertrag musste erst ausverhandelt werden. Zu Recht fürchteten die Türken, dass selbst die ihnen versprochenen Teile militärisch oder politisch erst wiedererlangt werden mussten. Gleichzeitig wollte man mit den Siegermächten voll kooperieren, um möglichst viel Land aus den Ruinen des Reiches zu bekommen. Die Armenier und Kurden waren ebenfalls stark verunsichert, sollten doch ihre Gebiete auf französische und britische Einflusszonen aufgeteilt werden. Auch waren Konsequenzen für die Kurden aufgrund ihrer Mithilfe im armenischen Völkermord durchaus noch zu befürchten.<sup>106</sup> Eine komplizierte Nachkriegssituation entstand in der Türkei, bei der zumindest fünf Parteien um das Territorium stritten: Es begann der Wettkampf zwischen der damaligen osmanischen Regierung und Vertretern armenischer und kurdischer Nationalbewegungen, die jeweils um die Gunst der Siegermächte Großbritannien und Frankreich buhlten. Parallel versuchte aber auch die Regierung in Istanbul, die Loyalitäten der Kurden zu sichern und im Reich zu behalten. Großbritannien versuchte indes, den Kurden das Notwendigste an Autonomierechten zuzusichern, um deren Loyalität ebenfalls zu gewinnen. McDowall sieht den Beginn einer gemeinsamen kurdischen Ethnie in dieser Zeit, gab jedoch gleichzeitig einen Ausblick auf mögliche Interpretationen der pre-kurdischen Geschichte durch kurdische Nationalisten:

---

<sup>105</sup> McDowall, modern, 115.

Vgl. Findley, Nationalism, 217f. Sykes-Picot unterteilte den heutigen Irak und Syrien in 5 Zonen. Palästina sollte eine internationale Zone werden.

<sup>106</sup> Vgl. McDowall, modern, 117.

„In my view the Kurds only began to think and act as an ethnic community from 1918 onwards. Does that mean that a Kurdish nation did not exist previously? For Kurdish nationalists there can be no question that the nation has existed from time immemorial, long asleep but finally aroused during the course of the twentieth century. Kurdish nationalists are therefore likely to see the past in a particular light, with ancient myths and symbols that validate Kurdish identity“<sup>107</sup>

Aufgrund der militärischen Lage der Briten in der Region, Gebiete des heutigen Iraks und Syriens waren bereits von ihnen besetzt, hielten sich diese nicht an die ursprüngliche Sykes-Picot-Linie und besetzten Gebiete, die eigentlich den Franzosen zugestanden wären. Die Briten hätten aufgrund des großen zusammenhängenden Gebietes also beste Möglichkeiten gehabt, ein unabhängiges Kurdistan unter britischer Schirmherrschaft durchzusetzen. Dies kollidierte jedoch mit französischen Ansprüchen, die auf ihre, in der Sykes-Picot Vereinbarung zugesicherten, Regionen bestanden. Eine Aufteilung eines unabhängigen Kurdistans zwischen französischen und britischen Einflusszonen würde andererseits kurdische Nationalisten sehr verunsichern, eine mögliche zukünftige echte Unabhängigkeit Kurdistans wäre bedeutend schwerer umzusetzen. Die Frage, wer das kurdische Gebiet lenken sollte, war ebenfalls noch nicht geklärt. Großbritannien unterhielt zwar beste Kontakte mit kurdischen Stammesführern, suchte jedoch händeringend nach einem kurdischen Führer, der die kurdischen Völker vereinigen hätte können. Die großen Unsicherheiten in der aktuellen politischen Lage veranlasste einen Großteil der Kurden ihr Glück bei der Regierung in Ankara zu suchen, um dort ihre Ansprüche geltend zu machen. Zudem fürchteten sie doch Repressionen und waren aufgrund der kurdisch-armenischen Konflikte nicht mehr auf ihre alten armenischen Alliierten gut zu sprechen. Die möglichen Grenzziehungen von unabhängigen Staaten nördlich des Iraks stellte die Entente vor große Schwierigkeiten. Besonders die Grenzen eines Armeniens oder Kurdistans wurden heftig diskutiert, da die Gebiete in Kurdistan von beiden Parteien beansprucht wurden. Auch fehlte immer noch ein örtlicher Anführer, der die Kurden vereinigen könnte. Viele Führer oder Gruppierungen behaupteten, für alle Kurden zu sprechen, keiner tat dies aber wirklich. Es fanden sich lokale Fürsten und Kriegsherren im Irak, Iran und kurdische Kulturklubs in Istanbul. Darunter befand sich auch die 1918 neu gegründete *Gesellschaft für den Aufstieg Kurdistans*, deren Führungsanspruch außerhalb Istanbuls mit Skepsis betrachtet wurde.

---

<sup>107</sup> Vgl. McDowall, modern, 4.



Laut Strohmeier erreichte sie eine höhere Inklusion von kurdischen Kräften als alle anderen Bewegungen zuvor, spaltete sich jedoch über die Frage nach Autonomie oder Sezession.<sup>108</sup>

General Mustafa Kemal Pasa - welcher sich später *Atatürk* nannte - wurde im Jahr 1919 vom Sultan entsandt, um die Widerstände gegen den zukünftigen Friedensvertrag zu brechen. Atatürk nahm nach seiner Versetzung nach Anatolien bei den Kongressen in Erzurum und Sivas teil, die sich der „Rettung des Vaterlandes“ verschrieben hatten. Er wendete sich somit gegen den Sultan und setzte sich an die Spitze einer Bewegung, die die nationale Unabhängigkeit der ehemaligen osmanischen Provinzen durchsetzen wollte. Mit der Entstehung des *Nationalpakt* begann auch der tatsächliche türkische Freiheitskampf. Engländer besetzten das Parlament in Istanbul und erstellten eine Marionettenregierung während Atatürk in Anatolien agierte und aus den Resten der Osmanischen Armee eine neue Nationalarmee schuf.<sup>109</sup>

Ein weiterer genialer Schachzug von Atatürk bestand in der Gründung der *Gesellschaft der Verteidigung der Rechte*. Alle muslimischen Bürger des Osmanischen Reiches waren laut Satzungen Mitglieder in dieser Gesellschaft, die sich den Zielen der Kongresse in Erzurum und Sivas verschrieben hatten. Dadurch konnte Atatürk seine Position stärken und gleichzeitig Gegnern der Bewegung Verrat am Vaterland vorwerfen. Denn wer aus der Bewegung öffentlich austrat, musste seiner Argumentation zufolge Feind des Osmanischen Reiches sein.<sup>110</sup> Die Briten versuchten während der Kongresse in Siva Kurden, die nicht in Konflikt mit den Armeniern standen, zum Aufstand gegen die Kemalisten anzustacheln, versagten jedoch in dieser Mission. Geführt wurde sie von einem britischen Offizier namens Major Noel. Atatürk konnte diese Mission für seine Zwecke instrumentalisieren und die Briten als Provokateure für Aufstände stilisieren.<sup>111</sup>

Gingeras ging in diesem Zusammenhang auf die Schaffung des Namens *Türkei* ein. Der Nationalpakt verwendete erstmals 1920 das Wort *Türkei* im nationalen Kontext, das Wort war aber bereits seit 1299 im Umlauf. Im 19. Jahrhundert wurde die Verwendung von *Türkei* und *Türken* als Synonym für *Osmanischen Reich* und *Osmanen* immer gebräuchlicher.

---

<sup>108</sup> Vgl. McDowall, modern, 93, 118f, 120 – 123.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 94.

Vgl. Cay, Akte, 385f. Er beschreibt die Anhänger der „Gesellschaft für den Aufstieg Kurdistans“ als gemäßigter und dem Kalifen treu ergeben.

Vgl. Findley, Nationalism, 212 – 214.

<sup>109</sup> Vgl. Cay, Akte, 392 - 394.

<sup>110</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 75, 79, 80, 96f, 100, 131.

<sup>111</sup> Vgl. McDowall, modern, 128f.

Die Verwendung des Terms *Türkei* sollte nun aber als weitere Abgrenzung zum Osmanischen Reich forciert werden.<sup>112</sup> Quataert spricht in diesem Kontext über die unterschiedlichen Bedeutungen von *Türke*. Christen innerhalb des osmanischen Reiches meinten mit diesen Ausdruck Muslime, egal ob diese türkische, arabische oder kurdische Herkunft aufwiesen. Im arabischen Raum nannte man Menschen, die von außerhalb der Region stammten, ebenfalls Türken. Auch heute noch werden bosnische Muslime von serbischen Christen als Türken bezeichnet, obwohl diese einen gemeinsamen ethnischen Hintergrund haben.<sup>113</sup>

Cay versuchte den Begriff zu erklären, indem er in der Geschichte zurückging. Hierbei berichtete er vom Namen *Turkhia*, der das erste Mal in byzantinischen Quellen im sechsten Jahrhundert beschrieben wurde. Zu diesem Zeitpunkt verwendete man jedoch den Begriff für eine Region, die vom Fluss Wolga bis nach Mitteleuropa reichte. Ab dem zwölften Jahrhundert wurde dieser Begriff auch für Anatolien eingesetzt, sowie in Ägypten als das Land unter Herrschaft einer türkischen Dynastie der Mameluken stand. Für Cay war die Türkei dort, wo türkische Fürsten im Laufe der Zeit geherrscht hatten. Der Begriff der *Turkmenen* wurde als Vertreter der nomadischen Zivilisation in Anatolien eingesetzt.<sup>114</sup>

Am 28. Jänner 1920 verlegte die Bewegung um Atatürk ihren Sitz nach Ankara, nannte sich *Nationalpakt* und verkündete ihre Ziele: Die Unabhängigkeit der arabischen Länder wurde anerkannt, nicht jedoch die der kurdischen und armenischen. Das Osmanische Reich sollte rechtlich und finanziell wieder unabhängig werden. Im April 1920 entstand das Komitee zur *Großen Türkischen Nationalversammlung*, Atatürk wurde darin zum Präsidenten gewählt. Die zentrale Prämisse der Nationalversammlung: Der Sultan befand sich in Gefangenschaft der Siegermächte und handelte gegen seine Überzeugungen, er und das Reich mussten befreit werden. Dies führte zu einer Vereinigung der Widerstandskräfte auf Basis des Islam, da das Ziel die Befreiung des Sultans und Kalifen war. Des Weiteren wurde eine Resolution veröffentlicht, die die Staatsgrenzen der heutigen Türkei und ihrer Bewohner festlegte. Die Wortwahl zur Beschreibung der Staatsbürger umfasste dabei *Muslim*, Nennung von Nationalitäten wurden bewusst ausgelassen, um das Bild der vereinigten Muslime nicht zu gefährden.<sup>115</sup>

---

<sup>112</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 85.

Vgl. Findley, Nationalism, 222.

<sup>113</sup> Vgl. Quataert, Empire, 175

<sup>114</sup> Vgl. Cay, Akte, 118 -120.

<sup>115</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 4.

Vgl. McDowall, modern, 127f.

Vgl. Dismorr, Decoded, 25

Vgl. Strohmeier, Kurden, 91.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 22f.

Obwohl die Nationalversammlung das gemeinsame Ziel hatte, das eigene Land zu befreien, entwickelten sich Gegenströmungen zur kemalistischen Richtung von Atatürk. Um neuen Gruppierungen innerhalb der Nationalversammlung von Ankara zuvorzukommen, gründeten die Kemalisten eine Fraktion im Parlament, die *Gruppe zur Verteidigung der Rechte*. Damit wurde suggeriert, dass jeder, der nicht Mitglied dieser Gruppe war, gegen den türkischen Befreiungskampf sei.<sup>116</sup> Trotz erbitterter Gegnerschaft von Seiten des Sultans sah sich diese Vereinigung als Beschützer eines unabhängigen Osmanischen Reiches mit dem Sultan als Führer. Mustafa Kemal und seine Nationalen Kräfte erhielten große Unterstützung aus dem Ausland. Darunter befanden sich Libyen und Britisch Indien, die als verbindende Kraft den Kalifen als Führer aller Muslime gegen den westlichen Imperialismus sahen. Diese Erstarkung einer religiösen „sie oder wir“ Rhetorik verursachte auch eine große Angst innerhalb armenischer und griechischer Minderheiten, fürchteten sie sich doch vor einer möglichen bevorstehenden Säuberung durch diese Vereinigte Front. Religion spielte plötzlich eine viel größere Rolle. Diese Angst vor religiöser Gewalt sollte sich bewahrheiten. Bei der Rückeroberung von Izmir kam es zu Pogromen gegenüber der dortigen griechischen Bevölkerung. Auf dem Rückzug vor türkischen Truppen massakrierten griechische Truppen hunderte muslimische Zivilisten.<sup>117</sup>

Grundsätzlich konnten zu diesem Zeitpunkt drei unterschiedliche Lager unter den kurdischen Nationalisten ausgemacht werden: Kurdistan unter türkischer Schirmherrschaft; Kurdistan unter Alliiertes Schirmherrschaft; Kurdistan ohne Schirmherrschaft. Problematisch war jedoch, dass sich die Kurden nicht gerne öffentlich einem Lager zugetan zeigen wollten, um bei Änderungen der aktuellen politischen Lage flexibel zu bleiben. Doch sämtliche Entwicklungen wurden durch die griechische Landung über Nacht zum Stillstand gebracht. Die griechische Landung in West-Anatolien verursachte eine Panikreaktion der Kurden. Die Angst vor christlichen Machthabern war größer als der Drang zur eigenen Souveränität. Des Weiteren entstand auch der Glaube, dass nach einer Besetzung durch die Entente die Armenier als Garnisonstruppen eingesetzt werden könnten, welche sich für die Gräueltaten der Kurden rächen würden. All das trieb die Kurden in die Arme der islamischen Front unter Atatürk. Nach dem Überlaufen zum türkischen Lager wurden die kurdischen Kulturclubs in Istanbul geschlossen, man verwies auf die Gefahr kurdischen Fanatismus gegenüber Christen und deren Beteiligung am armenischen Massaker.

---

Vgl. Findley, Nationalism, 222.

<sup>116</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 12, 15.

<sup>117</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 75, 79, 80, 96f, 100, 131.

Des Weiteren wurde die kurdische Autonomie aufgrund der griechischen und armenischen Besetzungen ein Tabuthema in der Regierung in Ankara. Die offizielle Begründung wurde von Zeitungen geliefert. Diese sprachen davon, dass ein unabhängiges Kurdistan auch ein unabhängiges Armenien bedeuten würden, da sich beide auf den 14-Punkte Plan von Wilson berufen könnten. Um einen Dominoeffekt zu vermeiden, sollten die Kurden die Nationale Front nicht gefährden.<sup>118</sup> Und in der Tat gab es für Kurden wenig Argumente, die gegen die Unterstützung von Atatürk sprachen. Die Grundlage der Existenz des Osmanischen Reiches schien in Gefahr zu sein, McDowall fasste die Stimmung der Kurden gut zusammen:

„How could any Kurd reject the preservation of eastern Anatolia's integrity against the Christian threat or, for that matter, the preservation of the sultanate and caliphate, those elements that bound together Muslims of different ethnic origin?“<sup>119</sup>

In diesem Zusammenhang schaffte es Atatürk immer mehr kurdische Stämme auf seine Seite zu ziehen und sich und seine Regierung als alleinige Vertretung der Osmanischen Regierung zu etablieren. Zu guter Letzt gelang es ihm auch, Unterstützung durch die neue sowjetische Regierung zu Erlangen. Die letzte Entwicklung betraf die USA: Obwohl Präsident Woodrow Wilson an seinem Plan für ein unabhängiges Armenien festhielt, wollte die USA nicht das Mandat für das Land übernehmen oder dessen Gründung durchsetzen, wodurch sich dessen politische Position deutlich verschlechterte.<sup>120</sup> Nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten wurde die strategische Bedeutung Kurdistans für Großbritannien und Frankreich immer wichtiger. Es kam auf Bestreben der Briten zu einer armenisch-kurdischen Erklärung, bei der sich beide Ethnien anerkannten und gemeinsam die Unabhängigkeit anstreben wollten. Trotzdem gerieten Frankreich und Großbritannien in Streitigkeiten bezüglich der exakten Aufteilung der Gebiete, die Sykes-Picot Linie spaltete immer noch Kurdistan in zumindest zwei Teile.<sup>121</sup> Von einer gemeinsamen kurdischen Bewegung kann zu diesem Zeitpunkt nicht gesprochen werden, selbst die kurdische Nationalbewegung wurde nur von einer Minderheit der Bevölkerung unterstützt. Nationalismus war immer noch eine neue Idee, die erst in den Köpfen der Menschen langsam Gestalt annahm. Zu guter Letzt konkurrierten innerhalb der Nationalfront verschiedene Parteien um Macht und Kontrolle in Kurdistan. Ein Bericht des britischen Kommissariats liest sich folgendermaßen:

---

<sup>118</sup> Vgl. McDowall, modern, 125f, 129f.

Vgl. Findley, Nationalism, 221.

<sup>119</sup> McDowall, modern, 127.

<sup>120</sup> Vgl. Ebd., 129f.

<sup>121</sup> Vgl. Ebd., 131f.

“There exists much doubt whether independence or autonomy of Kurdistan is a proposition at all and in any case no such thing as “Kurdish opinion” in the sense of coherent public opinion can be said to exist ... few [Kurds] looking higher than tribal aghas or religious Sheikhs amongst whom there is little common ground ... [the] few educated Kurds outside Kurdistan holding Separatist ideas are very apt to exaggerate their own influence and importance”<sup>122</sup>

Diese Streitigkeiten zwischen kurdischen Führern sollten die kurdischen Bestrebungen bedeutend unterminieren. Klare Konflikte traten auch zwischen den alevitischen und sunnitischen Kurden auf. Der Gegnerschaft zwischen Aleviten und Sunniten kann bis auf das 16. Jahrhundert zurückgeführt werden, als die Großreiche der Osmanen und Perser gegeneinander Kriege führten und die Kurden sich in den Grenzregionen der Reiche wiederfanden. Die Aleviten unterstützten damals die Schiitischen Perser, die Sunniten die Osmanen. Zudem waren im Ersten Weltkrieg die alevitischen Stämme aufgrund ihrer regionalen Position von den meisten armenischen-kurdischen Konflikten verschont geblieben. Dadurch hielten sie nicht viel von der Rhetorik, dass nationalistische kurdische Revolten den „armenischen Feind“ unterstützen würden. Die Grundlage für eine Rebellion war auch auf Seiten der Aleviten eher gegeben, da diese bereits während der Konferenzen von 1919 gegen die Kemalisten aufbegehrten, wenn auch erfolglos.<sup>123</sup> Dies alles führte zu einer konfusen politischen Situation innerhalb der Türkei. Neben der Regierung in Istanbul, hatte sich nun eine zweite Bewegung mit Regierungsanspruch in Ankara gebildet. Diese beiden Gruppierungen kämpften um die Legitimität, das Osmanische Reich als alleiniger weltlicher Führer zu vertreten. Die Kurden waren zudem gespalten und zu keiner einheitlichen Front fähig, die meisten sahen sich immer noch als osmanische Staatsbürger und nahmen die Regierung in Ankara als einzige logische Rettung für das Osmanische Reich wahr. Währenddessen verhandelten die Regierungsvertreter in Paris einen Friedensvertrag aus, der das Schicksal des Osmanischen Reiches besiegeln sollte. McDowall fasste die Situation der Kurden im Jahr 1920 gut zusammen:

---

<sup>122</sup> McDowall, modern, 132.

<sup>123</sup> Vgl. Ebd., 184 -186.

“Thus, on the eve of the peace treaty to be forged by the Allies, the Kurds found themselves without a representative in Paris, deeply divided by personal rivalry and factionalism in Istanbul, and divided by the harsh choices that had to be made in the face of Kemalist and Armenian forces in Anatolian Kurdistan. [...] The failure of the Kurds to produce a credible leadership was undoubtedly a blow to British hopes, but the greater failure was that of the Allies. They failed to offer a credible alternative to Sykes-Picot in 1918 and so failed to give the people of eastern Anatolia clear indications for their future. More damaging, they allowed time to slip by. The length of interval between Mudros and Sévres proved a hostage to fortune: the Greek and Armenien attempts on Anatolia, the rise of the Kemalists and quibbling between the Allies. No wonder most Kurds of eastern Anatolia responded to the Muslim call of Mustafa Kemal in the autumn of 1919, for it was the only credible proposition to hand”<sup>124</sup>

### Der türkische Unabhängigkeitskrieg 1920- 1923

Nur Wochen vor der Unterzeichnung des Vertrages veränderte sich die Situation in Istanbul massiv. Nach der Niederlage der Franzosen gegen die kemalistischen Truppen, besetzten die Briten Istanbul erneut und installierten Ahmed Tevfik Pascha als Marionettenherrscher. Tevfik hatte bereits zwei Mal das Amt des Sultans inne und sollte nun nach Vorstellungen der Siegermächte agieren. Diese Entwicklungen bekräftigten Atatürk dahingehend, seine Regierung als die einzig legitime darzustellen. Die Alliierten erkannten die Bedrohung durch Atatürk und zwangen der Regierung in Istanbul den *Friedensvertrag von Sévres* auf. Dieser beinhaltete die *Artikel 62 bis 64*, die eine kurdische Unabhängigkeit in Aussicht stellten, sollte die Region ein gewisses Maß an Autonomie ein Jahr nach Unterzeichnung bei den Vereinten Nationen vorweisen können. Jedoch wurden keine klaren Grenzen mit Armenien benannt und nicht alle kurdische Gebiete zu Kurdistan gezählt. Griechische Verbände eröffneten bereits eine neue Offensive, um die ihnen zugesicherten Gebiete zu besetzen, während Franzosen, Briten und Italienern ihrerseits Pläne für die endgültige Aufteilung des Osmanischen Reiches schmiedeten.<sup>125</sup>

---

<sup>124</sup> McDowall, modern, 134.

<sup>125</sup> Vgl. Ebd., 136f.

Die Niederlage des Osmanisches Reiches im Ersten Weltkrieg wurde offiziell im *Friedensvertrag von Sévres* 1920 eingestanden. Akkaya und Özbek beschreiben wie der Marionettensultan den Diktatfrieden der Siegermächte annahm und danach als Verwalter und Befehlsübermittler agierte, was großen Unmut in der Bevölkerung hervorrief. Große Teile des Landes wurden besetzt und es entstand ein großes Machtvakuum, das von vielen Akteuren genutzt wurde: Griechenland besetzte offiziell Izmir, Armenien annektierte Teile der östlichen Provinzen und eine *kurdische Liga* versuchte sich an der Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staaten um Diyarbakir.<sup>126</sup> Für die Kurden, die sich als osmanische Bürger sahen, glich diese Situation einem Weltuntergangsszenario. Im Stich gelassen vom eigenen Sultan, gab es nur eine tragbare Alternative für die Rettung der Nation. McDowall brachte die Situation auf den Punkt.

„For any self-respecting Turk there was only one government now, the government that was willing to fight to the end, be it on the eastern, western or southern fronts, the government of Mustafa Kemal. Sévres, as far as the Turks were concerned, was void before the ink was dry.“<sup>127</sup>

Zur Veranschaulichung der Härte des Diktatfriedens wurde die nachfolgende Darstellung zu diesem Thema in die Arbeit eingefügt.

---

<sup>126</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 3.

Vgl. Gingeras, Heir, 92.

Vgl. Dismorr, Decoded, 26.

Vgl. Cay, Akte, 126. Cay postuliert, dass diese aufgezwungene Aufteilung dem der westlichen Politik des „Divide et Impera“ folgte, um das Osmanische Reich vollständig zu zerstören.

Vgl. Cay, Akte, 388f.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 24.

Vgl. McDowall, modern, 125f.

Vgl. Quataert, Empire, 61. Dieser berichtet auch über die Errichtung der Sykes-Picot Linie, die die Entstehung der heutigen Länder Syrien, Irak, Iran, Israel, Libanon, Palästina und Jordan: Alles ehemalige Länder des osmanischen Reiches.

Vgl. Findley, Nationalism, 218f.

<sup>127</sup> McDowall, modern, 137.



Abbildung 9 Vertrag von Sévres nach Findley. Hier ist die Zerstückelung der Türkei dargestellt. Nur noch ein kleiner Rumpf in Nordanatolien wäre vom ehemaligen Osmanischen Reich übrig geblieben, das restliche Land wäre in Einflusszonen aufgeteilt worden.<sup>128</sup>

Die Situation der Regierung von Ankara war zu Beginn eine schwierige: griechische Truppen besetzten den Westen des Landes, armenische Truppen plünderten den Osten, und die politische Sachlage in Kurdistan veränderte sich ständig. Ausschlaggebend für einen Sieg gegen Armenien war der Haltung von Russland, das sich als Alliierte der Armenier positioniert hatte. Russische Kräfte konnten in den Wirren des *Russischen Bürgerkriegs* ihre Verbündeten nicht adäquat unterstützen, wodurch türkische Truppen mehrere Siege feierten und die alten Grenzen von 1877 wiederhergestellt werden konnten. Damit war die Möglichkeit eines unabhängigen armenischen Staates und somit auch eines kurdischen nicht mehr in greifbarer Nähe. 1921 kam es zu einem Versuch der Alliierten, die kemalistische Regierung in London zu einer Zustimmung des Vertrages von Sévres zu bewegen, was diese entschieden ablehnte. Auch der britische Wille zur Unterstützung von Türkisch-Kurdistan wurde immer geringer, einer stabilen Grenze zum Irak kam zunehmend immer größere Priorität zu. 1921 kam es zudem zu einem Freundschaftsvertrag zwischen der *Sowjetunion* und der Regierung in Ankara, wodurch diese das erste Mal offiziell anerkannt wurde.

<sup>128</sup> Vgl. Findley, Nationalism, 220.



Die Griechen wussten um die mögliche Wirkung einer kurdischen Unabhängigkeitsrebellion während ihrer eigenen Offensive und drängten so auf ein Eingreifen der Alliierten. Dies geschah jedoch nicht.<sup>129</sup> Gingeras berichtete darüber, dass Rebellionen gegen Atatürk in dieser Zeit erfolgreich als reaktionäre Kräfte oder als von britischen Spionen inszeniert dargestellt werden konnten. Ähnliche Argumentation fanden sich auch bei Warnungen und offenen Briefen von Kalif-Befürwortern aus muslimischen Ländern der Welt wie Indien. Diese wurden als Propaganda von britischen Spionen interpretiert und führten sogar zur einer noch stärkeren Abwehrhaltung gegen das Amt von Seiten des Nationalpaktes.<sup>130</sup>

Im gleichen Jahr konnte Atatürk auch die Schlacht um Anatolien für sich entscheiden und die griechischen Truppen aus dem Land werfen. In einem genialen Schachzug schloss er zudem einen Separatfrieden mit Frankreich, wodurch er einerseits weitere Gebiete und andererseits die Anerkennung eines übrigen europäischen Staates gewann. Bei einer anderen Verhandlung zwischen Türkei und Alliierten erteilte Atatürk erneut eine Absage an einen unabhängigen armenischen Staat. 1922 wurden die letzten griechischen Truppen an der Westküste der Türkei besiegt und die entmilitarisierte Region um Istanbul angegriffen.<sup>131</sup> Der Kommandant der britischen Truppen wollte Kämpfe vermeiden und schloss einen Waffenstillstand mit den kemalistischen Truppen. Ein neuer Ansatz im Umgang mit möglichen kurdischen Rebellen im Osten schien ebenfalls Früchte zu tragen: Atatürk vereinte die muslimischen Kräfte gegen die christlichen, britischen Besatzer. Aufgrund der neuen Gegebenheiten verhandelten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zum zweiten Mal mit der Regierung des Osmanischen Reiches. Zu den Friedensgesprächen in Lausanne wurde sowohl die Regierung aus Ankara als auch aus Istanbul eingeladen. Wenig später wurde jedoch das Sultanat durch den Nationalpakt aufgelöst, womit die Kemalisten die einzige legitime Regierung der Türkei darstellten. Obwohl diese Entscheidung sehr großen Unmut bei den religiösen Anhängern in Ostanatolien verursachte, konnte Atatürk fast alle Forderungen bei den Verhandlungen durchsetzen. Beinahe alle territorialen Beschneidungen der heutigen Türkei wurden zurückgenommen, nur das Gebiet um Mossul sollte erst durch eine Entscheidung der Vereinten Nationen dem Irak oder der Türkei zugesprochen werden. Dieser Friedensvertrag wurde am 24. Juli 1923 unterzeichnet und beendete den Ersten Weltkrieg für das Osmanische Reich.<sup>132</sup>

---

<sup>129</sup> Vgl. McDowall, modern, 137f.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 5.

<sup>130</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 98, 132..

<sup>131</sup> Vgl. McDowall, modern, 139f.

Vgl. Findley, Nationalism, 222 – 224.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 92f.

<sup>132</sup> Vgl. McDowall, modern, 141f.

Die grundsätzliche Ordnung des Osmanischen Reiches, so Ryan Gingeras, bestand noch bis zum Zeitpunkt des *Waffenstillstandes von Moudros* 1918. Erst im Rahmen des türkischen Unabhängigkeitskrieges geriet diese immer mehr ins Wanken. Wo zuvor Minderheiten friedlich als osmanische Bürger koexistierten, herrschte nun Nationalismus und Chaos. Große Teile Anatoliens sollten erste Gewaltakte ebenfalls erst im Unabhängigkeitskrieg erfahren.<sup>133</sup> Zudem erlebte das Land eine Zeit der Besetzung durch ausländische Mächte. Aus diesen Erfahrungen entwickelte sich ein stark zentralisierter Staat mit einer starken türkischen Nationalidee im Kern.<sup>134</sup> 1922 kam es, laut Gingeras, zu Aufständen von kurdischen und armenischen Minderheiten im Osten der Türkei, später griffen muslimische Milizen griechisch-orthodoxe Minderheiten am Schwarzen Meer an. Die Folge war die Rache von griechischen nationalen Kräften an muslimischen Zivilisten in West-Anatolien.<sup>135</sup> Donald Quataert beschrieb die Wandlung des Konfliktes von einer Rebellion eines abtrünnigen osmanischen Generals zu einem türkischen Unabhängigkeitskrieg sehr gut. Ob dieser Wandel von Anfang an gewollt oder aufgrund der Entwicklungen während des Krieges geschah, lässt sich nicht mehr nachvollziehen.

„In the ensuing months and years, as Great Powers claims to the Arab provinces of the empire were implemented, general strategies of Ottoman resistance against foreign occupation transmuted into ones for the liberation of Anatolia only. Fighting and defeating the invading forces of the Athens government that claimed western and northern Anatolia for Greece, the resistance leaders gradually redefined their struggle as a Turkish one, for the liberation of a Turkish homeland in Anatolia. That is, the Ottoman struggle became a Turkish war.“<sup>136</sup>

Die Entscheidung bezüglich des Gebietes um Mossul sollte erst 1924 von den Vereinten Nationen getroffen werden, nachdem das Kalifat zuvor abgeschafft worden war und kurdische Ambitionen von der Türkei stark unterdrückt wurden. Im folgenden Kapitel wird die Thematik des Kalifats noch näher erläutert, es soll jedoch eines vorweggenommen werden: Das Argument der Türkei, dass alle Kurden unter türkischer Herrschaft stehen sollten, wurde unterminiert und nicht mehr ernst genommen.

---

Vgl. Findley, Nationalism, 224.

<sup>133</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 109f. Religiöse Konflikte wurden durch die britischen, griechischen, armenischen und französischen Besatzungen ebenfalls unterstützt.

<sup>134</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 22.

<sup>135</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 107.

<sup>136</sup> Vgl. Quataert, Empire. 61.

Auch einen möglichen kurdischen Pufferstaat zwischen Irak und der Türkei wurde eine Absage erteilt, zu groß waren die Differenzen innerhalb der Kurden. Letztlich wurde das Gebiet um Mossul dem Irak zugesprochen. Garantien bezüglich der Autonomie der Kurden oder ihren Minderheitenrechten wurden zwar eingefordert, es kam jedoch zu keiner nennenswerten Reaktion seitens der Regierung in Ankara.<sup>137</sup> 1922 wurde den Kurden kurzzeitig ein autonomer Staat im Osten der Türkei versprochen, die tatsächlichen Planungen des Nationalpaktes entsprachen nicht diesem Versprechen. Die Zentralregierung reservierte sich die Kontrolle der Polizei sowie Veto-Rechte in politischen Entscheidungen einer kurdischen Nationalversammlung, wodurch man nicht von einer autonomen Region hätte sprechen können.<sup>138</sup>

### Zur Situation der Kurden 1923

Die Türkische Republik entstand 1923 in einer Zeit, in der sich in Europa autoritäre und faschistische Bewegung erstarkten und teilweise die Macht übernahmen. Larabee zog auch Parallelen zwischen dem Aufstieg der Sowjetunion und der Türkei: Beide versuchten ihre Vorstellungen von Modernisierung mittels starker staatlicher Eingriffe umzusetzen, also von oben nach unten.<sup>139</sup> Atatürk unternahm laut Akkaya und Özbek viele Schritte, um die alte Ordnung abzuschaffen, indem er die Macht des Sultans und Kalifen beschnitt.<sup>140</sup>

Wie bereits berichtet, wurde das Amt des Sultans abgeschafft, damit nur noch die Zentralregierung in Ankara als weltlicher Vertreter bei den Friedensverhandlungen zugegen war. Diese Vertreter handelten 1923 den *Friedensvertrag von Lausanne* aus, wodurch die Türkei am 29. Oktober desselben Jahres gegründet wurde. Kleinasien unterstand wieder der Türkei, die Meerenge um Istanbul blieb ebenfalls unter türkischer Souveränität, auch wenn diese entmilitarisiert wurde.<sup>141</sup> Findley warf hier jedoch einen interessanten Punkt auf: Dieser sprach davon, dass die Türkei nur ein Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches ist, wenn auch der direkteste. Nicht alle osmanischen Vorstellungen von Nationszugehörigkeit könnten daher direkt an die Türkei angelegt werden.<sup>142</sup>

---

<sup>137</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 143 – 147.

<sup>138</sup> Vgl. Ebd., 188.

<sup>139</sup> Vgl. Larrabee, *Foreign*, 21

<sup>140</sup> Vgl. Akkaya, *Länderbericht*, 6f, 16f.

<sup>141</sup> Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 97.

Vgl. Dolzer, *Konflikt*, 24.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 224.

<sup>142</sup> Vgl. Findley, *Nationalism*, 4

McDowall stellt in diesem Zusammenhang die berechtigte Frage, ob die Repressalien gegenüber den Kurden bereits von langer Hand geplant oder erst nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg entwickelt wurden. Ähnliche Pläne zur Assimilierung der Kurden postulierten die Jungtürken 1908, es ist jedoch fraglich wie publik diese Ideen waren.

„Yet at first this was neither apparent nor necessarily planned by the Kemalists. Kurds helped the Kemalists prevent the infidel, Greek, Armenian, French or British overrun the homeland. It is unclear whether Mustafa Kemal premeditated his ruthless suppression of Kurdish identity, or whether his thinking underwent a radical change in 1923”<sup>143</sup>

Einen endgültigen Umschwung in seiner Rhetorik vollführte Atatürk auf einer Wirtschaftskonferenz in Izmir im Februar 1923, jegliche Referenz zu einer kurdischen Ethnie kam in seiner Rede nicht vor. Bis dahin wurde Kurden mit unterschiedlicher Intensität eine eigene Ethnie zugestanden. Vermutlich ebnete die Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Istanbul und damit die Niederwerfung der äußeren Feinde den Weg für die Errichtung eines Staates und die Lösung innerer Probleme.<sup>144</sup> Nach dem erfolgreichen Unabhängigkeitskampf gegen den *Diktatfrieden von Sévres* wurde den Kurden im *Friedensvertrag von Lausanne* buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Minderheiten wurden auf Basis der Religionszugehörigkeit festgelegt, nur Armenier, Griechen und Juden konnten einen solchen Status innehaben. Muslimischen Minderheiten, wie Arabern und Kurden, wurde dieses Recht nicht zugestanden. Laut türkischer Verfassung sollte niemand aufgrund der Sprache und Nationalität diskriminiert werden. Die Türkei interpretierte diese Passage jedoch für ihre eigenen Zwecke und verstand später darunter den Auftrag, Minderheiten aktiv zu assimilieren.<sup>145</sup> Dezentralisierung und Autonomie sind den Kurden während des Unabhängigkeitskrieges von den Kemalisten zugesichert worden. Mit dem Vertrag von Lausanne 1923 waren diese Versprechungen aber plötzlich hinfällig, die kurdische Nationalbewegung wurde nun endgültig ausgehebelt. Etliche Mitglieder von kurdischen Vereinigungen mussten das Land verlassen, da sie aufgrund ihrer Kontakte zu den Alliierten als Kollaborateure galten.<sup>146</sup>

---

<sup>143</sup> McDowall, *modern*, 184.

<sup>144</sup> Vgl. Ebd., 190f.

<sup>145</sup> Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 97.

Vgl. Dolzer, *Konflikt*, 24.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 250.

<sup>146</sup> Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 94.

## Die neue türkische Ordnung 1924

Mit der Gründung des türkischen Staates begann Atatürk mit dem Umbau des ehemaligen osmanischen Staatsapparates, um seine Vision für einen modernen Staat in die Tat umzusetzen. Akkaya sieht in diesem Zusammenhang einen klaren Auftrag zur Umgestaltung des Staates nach westlichen Vorbildern, trotz rigoroser Widerstände.

„Die Säkularisierung des Staates wurde nach der Gründung der Republik 1923 entscheidend vorangetrieben. Die kemalistischen Reformen signalisierten eine völlige Abkehr von dem islamisch fundierten Osmanischen Reich und führten zu einer Adaptation westlicher Normen.“<sup>147</sup>

Trotz der Abschaffung des Amtes des Sultans könnte sich der ehemalige weltliche Anführer des Osmanischen Reiches mit seinem Amt des Kalifen als geistliche Führer aller religiösen Widerstandskräfte gegen die kemalistische Regierung etablieren. Die Furcht vor der Macht des Kalifen war nicht unbegründet: So agierte der Sultan des Osmanischen Reiches seit dem 14. Jahrhundert als geistlicher Anführer aller Muslime und genoss Anerkennung und Respekt in allen muslimischen Ländern. So wurden Münzen mit dem Abbild des Kalifen in Kashgar (Stadt in der chinesischen Provinz Xinjiang) hergestellt oder der Kalif im Freitagsgebet in Afghanistan inkludiert.<sup>148</sup> 1924 schaffte die Nationalversammlung das Kalifat ab. Damit wurde mit einem 600 Jahre alten Amt gebrochen und der Prozess der Entmachtung des ehemaligen Sultans des Osmanischen Reiches ein weiteres Stück vorangetrieben. 1927 sollten die Mitglieder der royalen Familie endgültig zu Staatsfeinden erklärt und des Landes verwiesen werden. Zudem wurden sämtliche religiöse Träger des ehemaligen Osmanischen Staates in die neue säkulare Regierung untergeordnet oder aufgelöst, anschließend das *Direktorat für religiöse Angelegenheiten* gegründet. Religionsschulen wurden abgeschafft und man versuchte mit einer Bildungsreform ein einheitliches staatliches Schulsystem aufzubauen. Um den Neubeginn zu unterstreichen, kam es zu Eingriffen im alltäglichen Leben der Bevölkerung. Der Fez wurde 1925, das Tragen des Schleiers in der Öffentlichkeit 1926 verboten.<sup>149</sup> Mustafa Kemal schockierte weite Teile der Bevölkerung als er anstatt eines Fez einen westlichen Anzug im Sommer 1925 in den östlichen Provinzen des Landes bei einem öffentlichen Auftritt trug.

<sup>147</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 167.

<sup>148</sup> Vgl. Quataert, Empire, 84f.

<sup>149</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 6f, 16f.

Vgl. Larrabee, Foreign, 46. Atatürk versuchte alle Systeme des Osmanischen Reiches, welche er für dessen Rückständigkeit verantwortlich machte, abzuschaffen.

Vgl. Gingeras, Heir, 111 – 113, 117, 120f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 96, 102.

Vgl. Quataert, Empire, 40, 61.

Vgl. Findley, Nationalism, 252f.

Das Verbot des Fez wurde durch die Mittel- und Oberschicht schnell akzeptiert während die religiösen und vor allem ländliche Unterschicht mit Ablehnung reagierte. Die muslimische Welt außerhalb der Türkei nahm keinen Anteil an dieser Gesetzesänderung.<sup>150</sup>

Auch das Strafrecht und die Urteilssprechung wurden reformiert und westlichen Standards angepasst. Um die Reformen genauer aufzuschlüsseln: Mit wenigen Änderungen wurde das Schweizer Zivilrecht, das italienische Strafrecht sowie das deutsche Handelsrecht übernommen. Dies sollte den traditionellen Rechtsprechungen der muslimischen Gelehrten ein Ende bereiten.<sup>151</sup> 1929 wurde zudem die Polygamie verboten und religiös geschlossene Ehen für unwirksam erklärt. Des Weiteren erhielten 1930 Frauen das aktive und passive Wahlrecht, zudem durften sie frei einer Arbeit nachgehen, erben, und erhielten mehr Rechte in Heiratsangelegenheiten. Obendrein wurde die türkische Schrift von arabischen auf lateinische Buchstaben umgestellt und eine Alphabetisierungskampagne durchgeführt. Dieser radikale Umbau war so tiefgreifend und versperrte Gegnern der Regierung eine schnelle Rückkehr zum Osmanischen System. Eine eigene Stiftung wurde eingesetzt, um die staatliche Aufklärung der Bevölkerung über den „korrekten Islam“ durchzuführen. Dies beinhaltete Kurse, Publikationen und staatliche Programme zur Gewährleistung einer einheitlichen Rechtslehre.<sup>152</sup>

Darüber hinaus wurden zwei Grundprinzipien der kemalistischen Regierung durch Atatürk definiert, Vertreter dieser Ideologie sollten sich in Anlehnung an den Staatsbegründer *Kemalisten* nennen. Die orientierte sich am *türkischen Nationalismus* und *Laizismus*.<sup>153</sup> Diese zwei Prinzipien wurden als oberstes Direktiven der Politik des Landes festgelegt. Wann auch immer diese Prinzipien nicht befolgt wurden, kam es zum Einschreiten des türkischen Militärs, welches sich als Wächter der kemalistischen Prinzipien sah. Im Osmanischen Reich kam es zu einem Zusammenleben vieler verschiedener Völker, die nur aufgrund der Religion einen Zusammenhalt besaßen. Das Prinzip des *Nationalismus* sollte zu einer türkischen Identität führen. Jeder, der die Türkei als Nation akzeptierte und im Land lebte, die türkische Sprache beherrschte und die türkische Kultur lebte, sollte ein Türke sein - ungeachtet seiner Herkunft oder Religion. Separatismus durfte in dieser Nation keinen Platz mehr beanspruchen, sie sollte unter allen Umständen in ihren territorialen Ausmaßen geschützt werden.

---

<sup>150</sup> Vgl. Dismorr, Decoded, 20f.

<sup>151</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 141.

<sup>152</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 8f, 68.

Vgl. Findley, Nationalism, 256f.

<sup>153</sup> Vgl. Dismorr, Decoded, 22.

Im Osmanischen Reich konnten sich viele Ethnien als Osmanen fühlen, auch die nötige Verbindung zur islamischen Religion war nicht unbedingt notwendig. Griechen, Armenier und Araber waren ebenso osmanische Bürger. In der modernen Türkei war diese Identität viel genauer, man musste Türke sein oder vielmehr, dem muslimischen Glauben angehören. Die von Säkularen abgelehnte Einmischung der Religion in die Politik wirkt ironisch, stellte doch die islamische Religion eine wichtige Stütze in der Identität der türkischen Nation dar. Bereits in der ersten Version der türkischen Verfassung 1924 wurde der Islam als zentrale Religion in der türkischen Identität festgehalten. Trotzdem wurde die islamische Kirche in die säkulare Regierung untergeordnet. Man wollte die Unabhängigkeit der Institution eindämmen und sie für die Lenkung der Bevölkerung in einen modernen türkischen Staat nutzen.<sup>154</sup>

Ein moderner Staat benötigte laut Atatürk eine weltliche Gesetzgebung. Nach den Lehren des *Laizismus* wurde Religion eine Gewissensangelegenheit und durfte keinen Einfluss auf den Staat haben.<sup>155</sup> Säkularisierung stellte im Westen eine lange geschichtliche Entwicklung dar, an dessen Ende die Trennung Staat-Kirche erfolgte. Die Kirche wurde nun aus weltlichen Dingen zurückgedrängt, der türkische Laizismus stellte eine Reform von oben dar.<sup>156</sup>

Am Beginn der Republik existierte auch nur eine Partei, die *Cumhuriyet Halk Partisi* (türkisch: Republikanische Volkspartei; CHP). Diese sah sich als Sprecherin aller Gruppen, eine weitere Repräsentation war daher nicht nötig.<sup>157</sup> Fast 30 Jahre lang regierte in der Türkei nur eine Partei. Diese Prinzipien wurden auch auf die Region von Türkisch-Kurdistan angewendet. Der türkische Nationalismus war sehr offen gegenüber willigen Ausländern, man konnte sehr schnell die türkische Staatsbürgerschaft erhalten. Innerhalb des türkischen Staatsgebietes wurde jedoch die Assimilierung der Bevölkerung zur Schaffung einer reinen türkischen Ethnie als oberste Direktive gesehen. Administrative Positionen wurden mit Türken besetzt und alle Nennungen von Kurdistan als politischer Nationalbegriff von offiziellen Dokumenten gestrichen. Kurdische Ortsnamen wurden durch türkische ersetzt und Kurden in der türkischen Armee zunehmend drangsaliert. Im März 1924 kam es zu einem weiteren Schnitt: Nur noch die türkische Sprache war in Gerichten erlaubt, auch die Verwendung der kurdischen Sprache in Schulen wurde verboten.

---

<sup>154</sup> Vgl. Gingeras, Heir, 128f, 135.

Vgl. McDowall, modern, 7.

<sup>155</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 10.

<sup>156</sup> Vgl. Ebd., 167

<sup>157</sup> Vgl. Ebd., 12, 15.

Vgl. Findley, Nationalism, 258.

Die bereits genannte Alphabetisierungskampagne betraf zum Großteil allerdings nur den Westen der Türkei. So gab es 1925 nur 215 von 4875 Schulen in der Türkei in Türkisch-Kurdistan. Zudem kam es zu einer Ansiedlung von türkischen Veteranen in Regionen, die der Krieg oder Deportationen entvölkert hatten.<sup>158</sup>

Diese rasanten Veränderungen, die mit der Gründung des türkischen Staates einhergingen, wurden von den Kurden sehr negativ betrachtet. Es formierte sich eine Gegenbewegung, die eine Rückkehr zum alten osmanischen System anstrebten. 1923 kam so es zur Gründung der *Gesellschaft für kurdische Freiheit (Azadi; kurd. Freiheit)*, die erstmals mehr Menschen als die bloße Bildungselite Istanbuls erreichen konnte. Die Führungsmitglieder bildeten sich in erster Linie aus Teilen der Armee und es kam bald zu einem Treffen, bei dem ein Aufstand für 1925 geplant wurde. Ein erster Versuch am dritten September endete in einem Fiasko, bei dem 500 Offiziere und Soldaten in den Irak fliehen mussten, nachdem sie keine Stämme auf ihre Seite ziehen konnten. Die türkische Regierung war zudem sehr gut über die Vorgänge informiert und verhaftete wichtige Führungspersonlichkeiten der Gesellschaft.<sup>159</sup> Man wandte sich nun auch den religiösen Bewegungen zu, um eine größere Bewegung im Osten der Türkei zu entwickeln. Dieser Versuch sollte sich im Aufstand von Scheich Said zuspitzen.

### Der Scheich Said Aufstand

Nach der Inhaftierung der militärischen Anführer der *Azadi* Organisation bildeten die religiös motivierten Mitglieder die Mehrheit und man hoffte noch auf einen weiteren Aufstand im Jahr 1925. Scheich Said, ein Kurde aus der Zaza-sprechenden Gemeinschaft Türkisch-Kurdistans, war einer dieser neuen Machthaber. Es gelang ihm problemlos, das eigene religiöse Gefolge zu aktivieren, außerhalb dieser Zaza-sprechenden Region in Ost-Anatolien hatte er aber kaum Einfluss. Am 8. Februar kam es bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Anhängern von Said zu einer Schießerei, wodurch der Aufstand frühzeitig losbrach. Said versuchte seine Rebellion zu legitimieren, indem er ein Manifest veröffentlichte, das den Wiederaufbau des Kalifats verkündete und einen Sohn des ehemaligen Sultans als kurdischen König einsetzen wollte. Kleinere Städte fielen an die Rebellion, welche 10.000 bis 15.000 Bewaffnete bereitstellen konnte. Diyarbakir, die größte Stadt der Region wurde belagert, konnte jedoch nie erobert werden. Gegner waren neben türkischen Kräften auch alevitische Kurden und andere Stämme.

---

<sup>158</sup> Vgl. McDowall, modern, 191f.

<sup>159</sup> Vgl. Ebd., 192f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 99.

Vgl. Cay, Akte, 400. Laut Verfasser wurde sie von kurdischen Offizieren gegründet.

Vgl. Findley, Nationalism, 250. Dieser spricht von einer Organisation von der Bewegung im Jahr 1914.



Die Regierung reagierte sehr spät, der Ausnahmezustand wurde erst 14 Tage später über Türkisch-Kurdistan verhängt. Lokale Kräfte konnten der Rebellion nichts entgegensetzen, erst durch eine Bereitstellung von 52.000 Soldaten von der Regierung in Ankara und die Einleitung von drakonische Maßnahmen kam es zu einer Wendung. Ende März konnte die Hauptstreitmacht der Rebellen geschlagen werden, im April wurden die letzten Rädelsführer gefangen genommen.<sup>160</sup>

Atatürk nutzte diesen Moment, um gegen andere Oppositionelle vorzugehen. Nach dem Aufstand wurden viele Stämme in Türkisch-Kurdistan entwaffnet, Waffen stellten ein wichtiges Symbol in der Kultur der Kurden dar. Man beschlagnahmte Herden und siedelte die Angehörigen der Rebellen in den Westen der Türkei zwangsweise um. Die religiöse Rhetorik des Aufstandes wurde von der Regierung zu einer Anti-Modernen, anti-Fortschritt Bewegung verzerrt, wodurch sich Atatürk weitere Legitimität in seiner Vorgehensweise erhoffte.<sup>161</sup> Es folgte das Gesetz „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“, welches sämtliche Publikationen und Organisation, die aus Sicht des türkischen Staates als separatistisch einzustufen waren, verbat. Zur Verurteilung wurde ein außerordentliches Gericht geschaffen, ein machtvolles Mittel der Zensur sämtlicher oppositioneller Bewegungen, indem jede Art von Kritik als Bedrohung des Staatsgebietes interpretiert wurde.<sup>162</sup> Das Ausmaß dieser Maßnahmen verblüffte selbst die britischen Zeitgenossen, McDowall schrieb hier:

„The British ambassador found it difficult to imagine how the net for repression could have been thrown out more widely, for it gives the Government a free hand to do what it will”<sup>163</sup>

Die Konsequenzen für die Kurden waren weitreichend und äußerst brutal. 7.500 Verdächtige wurden im Rahmen der „Aufräumarbeiten“ festgenommen, davon verurteilten „unabhängige“ Gerichte 660 zum Tode. Dörfer wurden von der Armee niedergebrannt oder die Lebensgrundlage der Nomaden, ihre Tierherden, beschlagnahmt. Der Aufstand wurde auch als weiterer Beweis verwendet, dass die Säkularisierung Atatürks nun vollständig durchgeführt werden musste.

<sup>160</sup> Vgl. McDowall, modern, 194 – 196.

<sup>161</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 100 – 102.

<sup>162</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 17f.

Vgl. Gingeras, Heir, 138f, 142. Auch wenn der Sait-Aufstand auch von nationalistischem Gedankengut getrieben wurde, nahm eine Vielzahl von Kämpfer eher aufgrund von regionalen Problemen am Aufstand teil.

Vgl. Cay, Akte, 403. Dieser berichtete genauer über den Scheich Sait Aufstand. Dies Scheichs konnten erfolgreich als Vermittler zwischen verfeindeten Stämmen agieren um eine einheitlichere Front schaffen zu können.

Vgl. Findley, Nationalism, 250f.

<sup>163</sup> McDowall, modern, 195.

Religiöse Institutionen wurden aufgelöst und selbst Dissidenten, die am Aufstand nicht beteiligt waren, eingesperrt oder exekutiert. Das inkludierte auch Kurden, die die Regierung während der Rebellion unterstützten. Die Schwäche der kurdischen Bewegung wurde wieder offensichtlich: Nur die Gruppe der Zaza-Sprecher rebellierte im größeren Ausmaß, von einer Massenbewegung konnte man hier noch nicht sprechen. Zu wenig Reichweite besaß das Netz von Scheich Said. Ankara besaß zudem eine kriegsbewährte Armee, die nötige Infrastruktur und Ressourcen, um sie zu bewegen, und ein gutes Kommunikationsnetzwerk zur besseren Organisation.<sup>164</sup> Cay verteidigte die Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach erfolgreicher Niederschlagung des Aufstandes mit der immer noch herrschenden Unruhe in der Region.<sup>165</sup>

Was war nun das Ziel des Scheich Said Aufstandes? Am ehesten wohl die Wiederherstellung des Kalifats, jedoch mit einem nicht-kurdischen König. Obwohl es kurdische Anwärter auf den Thron gab, kam die Rolle der Religion in der kurdischen Identität wieder zum Tragen. Nicht die Nationalität, sondern die religiöse Identität stand im Fokus der Forderungen. Das Kalifat wurde in diesem Aufstand das letzte Mal als Legitimierung von Gewalt verwendet, die kurdische islamische Religiosität sollte jedoch noch lange eine Rolle spielen. Darüber hinaus wurden durch den Aufstand weitere Prinzipien der kemalistischen Regierung gefestigt, die Verwendung der Armee. Diese hatte ihre Hauptaufgabe gefunden, die Unterdrückung und Kontrolle von Türkisch-Kurdistan mit Hilfe von Militäreinsätzen, Deportationen und der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Die Kurden fügten sich jedoch nicht dieser Behandlung, sondern leisteten Widerstand oder flohen in die benachbarten Staaten.<sup>166</sup>

Die Idee des Pan-Islamismus war innerhalb des Osmanischen Reiches stark verbreitet, jedoch äußerst kontraproduktiv in Anbetracht des Versuches der Entwicklung einer türkischen Nation. Der armenische Völkermord oder die Exekution arabischer Anführer ist weniger nationalistischem Überlegenheitsgedanken, sondern mehr der Gewalt einer zentralistischen Regierung zuzuschreiben. Die Stabilität des Reiches stand im Vordergrund. Auch die betroffenen Kurden sprachen sich in der Mehrheit für einen Verbleib im Osmanischen Reich aus. Die spätere Feindschaft der arabischen, armenischen, kurdischen Nationalitäten gegenüber der Türkei wird eher dem Fakt geschuldet, dass zur Formung der neuen Identitäten die Erstellung von „Erzrivalen“ hilfreich war.<sup>167</sup>

---

<sup>164</sup> Vgl. McDowall, modern, 196f.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 25. Dieser spricht von der Deportation von einer Million Menschen.

Vgl. Findley, Nationalism, 251.

<sup>165</sup> Vgl. Cay, Akte, 409 – 412.

<sup>166</sup> Vgl. McDowall, modern, 197f.

Vgl. Findley, Nationalism, 250f.

<sup>167</sup> Vgl. Quataert, Empire, 190 – 192.

## Zusammenfassung

Im folgenden Teil der Arbeit sollen noch einmal die wichtigsten Punkte zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage behandelt werden. Diese lautete: Existierte zum Zeitpunkt der Abschaffung des Amtes des Kalifen 1924 ein kurdischer Nationalismus in der Türkei? Grundsätzlich muss klargestellt werden, dass *Nationalismus* einen sehr jungen Gedanken der Neuzeit darstellt. Vor dem Aufkommen dieser Idee identifizierten sich Bewohner von Herrschaftsgebieten über deren Herrschaftsfamilien, Religion oder andere regionale Gegebenheiten. Am Beispiel der Kurden in der Türkei funktionierte der Islam lange Zeit als Identifikationsmerkmal, wodurch Kurden und Türken als osmanische Bewohner koexistierten. Aufgrund dieser Nähe konnte Mustafa Kemal auch die Kurden zu einem gemeinsamen Widerstand gegen die Griechen motivieren. Dieses Band wurde 1923 durch die Trennung des Amtes des Kalifen und Sultans zunächst geschwächt, 1924 durch die Abschaffung des Kalifats zerstört.

Durch die türkische Staatsgründung wurde erstmals auch die türkische Identität definiert. Diese wurde einerseits durch ihre Offenheit – sie war nicht an die Ethnie geknüpft –, andererseits durch ihre festen Verbindung zur islamischen Religion geprägt. Kurden befanden sich nun in einer Position, bei der der eigene Staat die eigene Kultur nicht anerkannte und versuchte die Ethnie zu assimilieren. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass aufgrund dieser Abgrenzung durch den türkischen Staat es erst 1924 zu einer Bildung eines kurdischen Nationalismus kommen konnte.

Die türkische Lösung für das Kurdenproblem hat vor allem mit dessen geschichtlichen Ursprung zu tun. Im 19. Jahrhundert wurde die Stabilität des Osmanischen Reiches durch kurdische Bewegungen gefährdet. Diese Stabilität wurde durch den Friedensvertrag von Sévres in große Gefahr gebracht, plötzlich stand die Möglichkeit einen unabhängigen kurdischen Staat auf Kosten türkischer Staatsfläche im Raum. Als Reaktion steht die türkische Regierung bis heute jeder Art von kurdischer Autonomie äußerst feindlich gegenüber.<sup>168</sup>

Quataert spricht auch über den größeren muslimischen Anteil der Bevölkerung nach dem Wegfall der christlichen europäischen Provinzen. Die Idee des Pan-Islamismus war sehr stark. Der armenische Völkermord oder die Exekution arabischer Anführer ist weniger nationalistischem Überlegenheitsgedanken, sondern mehr der Gewalt einer zentralistischen Regierung zuzuschreiben.

---

<sup>168</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 59.

Die Stabilität des Reiches stand im Vordergrund. Auch die Betroffenen selbst sprachen sich in der Mehrheit für einen Verbleib im Osmanischen Reich aus. Rebellionen in diesem Kontext zielten auf eine Machterweiterung innerhalb des Systems ab, nicht auf einen Ausbruch daraus.

Aufgrund der genannten Fakten komme ich zu dem Schluss, dass es bis 1924 keinen kurdischen Nationalismus in der Türkei gegeben hat. Auch wenn die Idee eines kurdischen Herrschaftsraum in kleinen Kreisen immer wieder zirkulierten, so war das verbindende Band durch den muslimischen Glauben stärker und präsenter in den Köpfen der Menschen. Man könnte sogar so weit gehen, dass ein kurdischer Nationalismus für die Identität der Kurden gar nicht benötigt wurde. Wenn es kurdische Aufstände gegeben hatte, so zielten diese nicht auf die Errichtung eines unabhängigen kurdischen Staates ab, sondern strebten eine Machtvergrößerung innerhalb des gegebenen Herrschersystems oder die Bekämpfung regionaler, sozialer Probleme an. Erste Anzeichen für den Ausbruch aus dem Herrschersystem zeigten sich in dem von Scheich Said geführten Aufstand, der somit eine neue Phase von kurdischen Aufständen einleitete.

### Auffassungen zum kurdischen Nationalismus zwischen 1960 und 1999

In den folgenden Kapiteln soll nun die Behandlung der zweiten Forschungsfrage erfolgen, diese lautet: Existierte im Jahr 1999 eine vereinte kurdische Nationalfront in der Türkei? Es wird zunächst versucht, einen historischen Umriss der kurdischen Geschichte von 1925 bis in die 1980er Jahre zu zeichnen. Hauptaugenmerk wird hierbei auf die innenpolitischen Aktivitäten des türkischen Staates gegenüber den Kurden gelegt, der Zweite Weltkrieg wird nicht behandelt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Entstehung der *Partiya Karkeren Kurdistanê* (kurmandschi: Kurdischen Arbeiterpartei; PKK) und ihr Kampf gegen den türkischen Staat bis 1999. In diesem Jahr rief der Anführer der Bewegung einseitiger Waffenstillstand aus. Zur Beantwortung der Forschungsfrage wird versucht, einen Überblick über die Situation der Kurden in der Türkei zu geben und der Frage nachzugehen ob eine breite Unterstützung bezüglich eines unabhängigen kurdischen Nationalstaates in der Bevölkerung gegeben war. Zusätzlich wird auch der Kampf der PKK untersucht, ob dieser von der breiten Bevölkerung gutgeheißen oder verurteilt wurde.

## Türkei bis 1960

Der erste Roman in kurdischer Sprache (kurmandschi) entstand laut Strohmeier erst 1935 und entstammte der Feder eines armenischen Kurden. Die Verbindung von Sprache und Identität war laut Strohmeier vorhanden: Wer kurdisch sprach oder schrieb, konnte als Unterstützer der kurdischen Identität bewertet werden. Wer die kurdische Identität ablehnte, benutzte auch die Sprache nicht. Als Beispiel kann hier Ziya Gokalp genannt werden, der bei der Erstellung des türkischen Nationalgedankens beteiligt war.<sup>169</sup> Artikel 39 des Lausanner Vertrages bestimmte, dass alle Sprachen türkischer Staatsbürger zulässig waren. Ein direktes Verbot der Sprache sollte in diesem Zusammenhang vorerst nicht eintreten, der mündliche Gebrauch der kurdischen Sprache war vor Gericht noch zugelassen. Die Abschaffung der kurdischen Sprache trieb man indirekt voran, indem man in Türkisch-Kurdistan religiöse Bildungseinrichtungen abschaffte, die den größten Teil der schulischen Erziehung trugen. Reformen unter Kemal Atatürk betrafen in erster Linie die westliche Türkei und nicht die kurdischen Gebiete, Enttäuschung machte sich dort breit. Kurden versuchten sich trotz alledem mit der Regierung zu arrangieren und sich als treue Regierungsanhänger zu etablieren, um mehr Chancen auf Autonomie zu erhalten.<sup>170</sup> Diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen, sogar das Gegenteil trat ein.

Die jungtürkischen Ideen zur Assimilierung der kurdischen Ethnie sollten unter Atatürk Anwendung finden. Ein Gesetzeserlass im Juni 1927 ermächtigte die Regierung unlimitiert Kurden aus dem Osten ihres Landes in den Westen zu deportieren, dabei starben viele von ihnen. Zwölf Jahre nach dem armenischen Massenmord erlitten die Kurden ein ähnliches Schicksal. McDowall sprach davon, dass Genozid in den Köpfen der Regierung von Ankara herumspukte. Ob es sich wirklich um einen expliziten geplanten Genozid der Kurden handelte, ist jedoch fraglich. Der Ausspruch „Es gibt kein kurdisches Problem, wo ein türkisches Bajonett auftaucht“ stammte aus dieser Zeit. Von einer Zusammengehörigkeit zwischen Türken und Kurden konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gesprochen werden. Türkische Politiker sprachen davon, dass die Kurden aufgrund ihrer Kultur nicht fähig seien, die türkische Lebensweise anzunehmen. Berichte über die Verwüstung kurdischer Dörfer zirkulierten in der Welt, diese Behandlung der Kurden warf einen Schatten auf die Türkei, welche sich international in gutem Licht positionieren wollte.<sup>171</sup>

---

<sup>169</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 35f, 38. Umgekehrt gab es auch Kurdische Nationalisten, die in französischer Sprache veröffentlichten.

<sup>170</sup> Vgl. Ebd., 96 - 98.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 27f.

<sup>171</sup> Vgl. McDowall, modern, 199f.

Dieser Schatten wurde wohl der Regierung von Ankara 1928 zu groß. Nach drei Jahren stetig wachsender Gerüchte über Deportationen und Massakern, versuchte man einen anderen Weg einzuschlagen. Ibrahim Tali wurde neuer Gouverneur-General der östlichen Provinzen und begann mit der lokalen Bevölkerung zusammenzuarbeiten. Amnestien wurden durchgeführt und deportierte Menschen konnten in ihre Dörfer zurückkehren, darunter auch zwei Brüder und zwei Söhne von Scheich Said. Um die Infrastruktur des Landes zu verbessern, wurde ein Straßenbauprogramm in die Wege geleitet und eine Landumverteilung geplant. Dieses Wiederaufbauprogramm existierte jedoch nicht zur bloßen Verbesserung der kurdischen Lebensbedingungen: Von besseren Straßen profitierte das Militär am meisten, um eine bessere Mobilität in den Bergen von Türkisch-Kurdistan zu gewährleisten. Zudem wurden Kurden aus sämtlichen staatlichen Schaltungen der Macht entfernt, darunter befanden sich Banken oder administrative Positionen der Regierung. Die Amnestie von Gefangenen war zudem nicht allumfassend: Sie betraf die Gefangenen im Gefängnis von Diyarbakir nicht, es fanden dort weiterhin Exekutionen von Dissidenten statt. Daneben setzte auch die großflächige *Türkisierung* der Region ein. Die türkische *ocaks* (türkisch: Herz) Organisation sendete hierzu Missionare nach Türkisch-Kurdistan, um die Kurden davon zu überzeugen, von ihrem nomadischen Lebensstil abzulassen. Die wirtschaftliche Ausgangssituation von 1925 war jedoch katastrophal:

Im Rahmen des türkischen Unabhängigkeitskrieges sowie des Scheich Said Aufstandes wurde Türkisch-Kurdistan in vielen Teilen entvölkert und seiner wirtschaftlichen Grundlage beraubt. 1930 gab es immer noch leerstehende ehemalige christliche Dörfer, mit deren Verschwinden auch die osmanische Mittelschicht nicht mehr existierte. Die Ungleichheit zwischen produzierendem und nicht-produzierendem Sektor war in Türkisch-Kurdistan gigantisch. 47.000 Soldaten und 1.300 Beamte mussten von 80.000 Arbeiter, Bauern und Handwerker versorgt werden. Darüber hinaus verfielen die neuen gebauten Straßen wieder schnell und es existierten fast keine Banken mehr, bei denen sich Kurden Geld leihen konnten. Importware war aufgrund der Infrastruktur zehn Mal teurer als lokal hergestellte Ware, die es jedoch nicht in genügend Ausmaßen gab. Viele Kurden mit Aufstiegschancen oder Kapital vermieden es in ihrer Heimat zu bleiben und migrierten stattdessen in den Westen der Türkei.<sup>172</sup>

---

<sup>172</sup> Vgl. McDowall, modern, 201f.

Vgl. Findley, Nationalism, 204, 254f. Dieser spricht von einer Einsetzung der Herz Organisation von 1913 in Anatolien. Man musste jedoch auch mit massiven Flüchtlingsströmen von Muslimen aus den Balkankriegen fertig werden.

McDowall kommentierte hierzu, dass ein Großteil dieser Aufstiegschancen mit einer türkischen Ausbildung zusammenhing, wodurch erste Ergebnisse in der *Türkisierung* der Kurden erzielt werden konnten. Das Erlernen der türkischen Sprache und Sitten stellte oftmals den einzigen Weg zum Aufstieg in der türkischen Gesellschaft, wie das nachfolgende Zitat nahelegte.

„[...] even among the native Kurdish population, Turkish language classes soon began to have an impact. Education meant turkification Every young urban Kurd knew his future depended on functional competence in the language of his masters. In Diyarbakir, for example, the library and reading room were heavily used. The town boasted the only primary-level teacher-training institute east of the Euphrates, the other nineteen such institutes being located outside Kurdish areas. In the meantime, young Kurdish conscripts were automatically posted to western Anatolia where they could be turned into dutiful Turks“<sup>173</sup>

Am Ende dieser Kampagne stellte sich eine relative Ruhe in der Region von Türkisch-Kurdistan ein. Nationalistische Kurden im Ausland versuchten dessen ungeachtet weiterhin, Kräfte für die Nationalbewegung zu mobilisieren. Im Oktober 1927 kam es zur Gründung einer neuen Gruppe mit dem Namen *Ciwata Serxwebuna Kurd* (kurmandschi: Organisation für die kurdische Unabhängigkeit), Kurform *Khoybun* (kurmandschi: Unabhängigkeit), die einen neuen Ansatz zur Vorbereitung und Durchführung von Aufständen verfolgte:

Das Hauptquartier wurde in Aleppo (Syrien) bezogen und man wollte eine Revolutionsarmee, die nicht von Stammesführern geführt wurde, nach Türkisch-Kurdistan schicken. Das Hauptquartier entzog sich in Syrien einem direkten Angriff der türkischen Armee und eine Unabhängigkeit von Stammesfürsten sollte unkontrollierten Aktionen vorbeugen. Diese Bewegung missfiel den ansässigen Kurden in Syrien sehr, bedrohte sie doch die eigene Machtposition in Syrien. Im gleichen Jahr kam es jedoch zu einer Rebellion in Ararat (Grenzregion Türkei-Armenien-Iran), welche taktisch günstig an der türkischen Grenze lag und dessen Gebirgsregion den Rebellen Vorteile einbrachte. Der dortige Stammesführer Ibrahim Haski Talu hatte mit seinem Stamm zu den Waffen gegriffen, nachdem er ebenfalls deportiert werden sollte, obwohl er die Regierung bis dahin unterstützt hatte. Unterstützung erhielt *Khoybun* von einer Kalifat-Gruppierung sowie der *Haj Heghapochagan Daschnakzutjun* (armenisch: Armenischen Revolutionären Föderation), Kurzform *Dashnak*, eine nationalistische politische Partei, die im heutigen Georgien gegründet wurde. Das Training der Rebellen sollte von italienischen und amerikanischen Söldnern übernommen werden.

---

<sup>173</sup> McDowall, modern, 201f.

Trotz Zusicherungen an Großbritannien und Frankreich, die syrischen Kurden nicht zu einem ähnlichen Aufstand zu bewegen, wurden die Aktivitäten bereits 1928 von Frankreich verboten und die Operationsbasis in Syrien aufgelöst.

Dieser Rückschlag bedeutete jedoch nicht das Ende von *Khoybun*. Ziel war es, den Aufstand am Berg Ararat zu einem heroischen Widerstand gegen die türkischen Unterdrücker zu instrumentalisieren und die kurdische Frage vor den Völkerbund zu bringen. Kulturell konnten ebenfalls Fortschritte erzielt werden, so kam es in dieser Zeit zu ersten Entwicklungen einer organisierten schriftlichen kurdischen Sprache.<sup>174</sup> Bis in den Herbst 1928 konnten sich 5.000 Rebellen halten und auch Siege gegenüber der türkischen Armee hervorbringen. Sie verwickelten dabei die türkische Armee in Guerillakämpfe und glichen so die militärische Überlegenheit des Gegners aus, während sie von Kurden aus dem Iran unterstützt wurden und durch die internationale Grenze nicht eingekesselt werden konnte. Die türkische Regierung wurde jedoch von einer erstarkten Sowjetunion unterstützt und konnte letztlich 50.000 Mann in den Kampf schicken. Zudem kam es nun zu bewussten Grenzverletzungen gegenüber dem Iran, um die Kurden einzukesseln. Hier zeigte sich auch, dass kurdische Aufstände oftmals keine langfristige Planung zur Durchsetzung ihrer Ziele besaßen. Das Ziel dieser Rebellionen bestand in den meisten Fällen daraus, Gebiete zu besetzen und zu halten, bis die türkische Armee aufgrund von Kriegsmüdigkeit in Verhandlungen treten würde.

Der Militärapparat der Türkei war jedoch während keiner einzigen Rebellion seit der Gründung der Türkei in wirkliche Bedrängnis geraten. Im September konnte der Großteil der Rebellen besiegt werden und es begannen erneute Vergeltungsmaßnahmen. Männer, Frauen und Kinder wurden exekutiert während Gesetz Nr. 1850 die Täter vor jeglicher Strafverfolgung schützte. Es kam sogar zu einer nachträglichen Grenzverschiebung zwischen dem Iran und der Türkei, um Militäroperation in den Bergen der Region zu erleichtern. Eine Konsequenz aus dem Aufstand war die die Bedeutung der internationalen Grenzen zwischen der Türkei und ihrer Nachbarstaaten. Die Kurden konnten sich nur so lange halten, wie der Iran oder andere Nachbarstaaten die Augen vor der Ausnutzung der internationalen Grenze verschlossen. Parallel dazu wurde der türkische Staat immer noch von einigen kurdischen Stämmen unterstützt.<sup>175</sup> McDowall berichtet über eines der weitreichendsten Gesetze, die der türkische Staat in dieser Zeit verabschiedet und Türkisch-Kurdistan auf lange Sicht verändern sollte.

---

<sup>174</sup> Vgl. McDowall, modern, 203f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 103. 1927

<sup>175</sup> Vgl. McDowall, modern, 204 – 207.



“In June 1934 a draconian new law was enacted, granting the state wide-ranging powers over the population. Law No. 2510 divided Turkey into three zones: (i) localities to be reserved for the habitation in compact form of persons possessing Turkish culture; (ii) regions to which populations of non-Turkish culture for assimilation into Turkish language and culture were to be moved; (iii) regions to be completely evacuated”<sup>176</sup>

Der alte Plan der Jungtürken, dass Kurden nur mehr 5 Prozent der Bevölkerung in einer Region ausmachen sollten, wurde wieder aufgegriffen. Jegliche Organisationen, die aus einer Mehrheit von Kurden bestanden, wurden aufgelöst. Kurdische Kinder sollten in türkische Internate geschickt werden, um von ihrer Herkunftskultur entfremdet zu werden. Um jedoch die Minderheitsrechte des Lausanner Vertrags nicht offiziell zu brechen, vermied die türkische Regierung jegliche Benennung einer betroffenen Ethnie. Obwohl während dieser Entwicklung das Wort *Kurde* kein einziges Mal erwähnt wurde, waren die Ziele der neuen Deportationen offensichtlich. Die repressive Regierung arbeitete weiter an der *Zivilisierung* von Nicht-Türken ohne jemals das Wort *Kurde* zu verwenden. Um eine lokale Selbstverwaltung durchzusetzen, kam es im Jahr 1937 zum letzten großen erfolglosen Aufstand von alevitischen Kurden in der Provinz Dersim in Anatolien. Im gleichen Jahr entsandte die türkische Regierung 50.000 türkische Soldaten, die mit Giftgaseinsätzen und Bombenangriffen den Aufstand brechen sollte. Letztlich wurden mehr als 10.000 Kurden, fast zehn Prozent der Bevölkerung der Provinz, im Rahmen des Konfliktes getötet. Die Überlebenden wurden deportiert und Dersim in Tunceli umbenannt.

Ausländischen Berichterstatern wurde der Zugang zur Region verwehrt, selbst in großen Zeitungen wurde nur wenig Notiz von den Aktionen der türkischen Regierung genommen. Die einzige türkische Pressekonferenz zu dieser Thematik sprach von Zwangserziehung der Bevölkerung, diese Aussage entsprach bei Weitem nicht den Tatsachen. In dieser Zeit wurde der Begriff *Bergtürke* als Beschreibung der Kurden immer geläufiger in der Türkei. Hilferufe an den Völkerbund blieben ebenfalls ungehört. Der 1927 ausgerufene Ausnahmezustand wurde erst 1946 aufgehoben und erlaubte deportierten Familien zurückzukehren. All diese Bestrebungen der Regierung in Ankara führten allerdings zu keinem Genozid. 1927 lebten 870.000 Menschen in Ostanatolien, davon 543.000 Kurden. 1935 lebten eine Million Menschen in Ostanatolien, davon waren 765.000 Kurden. Ihr Anteil in der Bevölkerung stieg also von 62 Prozent auf 70 Prozent. Zu dieser Zeit schienen sich die Kurden dennoch ohne jeglichen Widerstand ihrem Schicksal zu fügen.

---

<sup>176</sup> McDowall, modern, 207.

Diese Entwicklung vollzog sich allerdings nicht nur in der Türkei. Auch in anderen europäischen Ländern wie Deutschland und Frankreich gab es ähnliche Versuche der Assimilierung von Bevölkerungsgruppen, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Die Praxis zeigte jedoch, dass drei Millionen Kurden eine vollständige Assimilation praktisch unmöglich machen würden. Bis 1965 hielt das Einreiseverbot für Missionare und internationale Berichterstatter, die seit 1930 die Region nicht mehr betreten durften.<sup>177</sup>

Im gleichen Zusammenhang sollte auch der Islam nicht unbenannt bleiben. Trotz der Versuche der säkularen Regierung konnten religiöse Traditionen nicht aus dem ländlichen Bereich vertrieben werden. Sie spielte jedoch in der klassischen Widerstandsbewegung der Kurden keine wesentliche Rolle mehr. 1950 unterstützten Scheichs religiös-konservative oder rechte Bewegungen und standen somit der Parteilinie der Regierung näher. Dem gegenüber standen kurdische Nationalisten, die die politische Linke bevorzugten. Dadurch stellten religiöse Figuren keine Gefahr gegenüber Ankara dar, sie bestärkten sogar eher die Zersplitterung der kurdischen Nationalfront.<sup>178</sup>

Bis 1946 existierte in der Türkei nur eine Partei, die *Cumhuriyet Halk Partisi* (türkisch: Republikanische Volkspartei; CHP). Diese geriet jedoch unter immer größer werdende Kritik und musste eine Oppositionspartei zulassen, welche aus den eigenen Reihen die *Demokrat Parti* (türkisch: Demokratische Partei; DP) bildete. Diese Partei sollte als kontrollierte Opposition dienen, die die Vormachtstellung der CHP nicht infrage stellte. Die Wirkung einer Möglichkeit zur politischen Opposition wurde jedoch massiv unterschätzt. Gegner des Regimes, darunter vor allem religiöse Autoritätspersonen, formierten sich innerhalb der Partei und erlangten die absolute Mehrheit 1950. Woher kam diese Macht der religiösen Autoritätspersonen? Zu diesem Zeitpunkt lebten in der Türkei immer noch 80 Prozent türkischen Bevölkerung am Land, viele davon tief religiös. Dies führte zu großen Wahlerfolgen von Parteien, die den Islam als Thema für sich instrumentalisieren. 5.000 Moscheen wurden gebaut, im Radio durfte der Koran verlesen werden und Muezzins riefen wieder zum Gebet. Dennoch ging man mit dem Problem vorsichtig um, man wollte religiösen Themen oder Fanatikern nicht zu viel Freiraum einräumen. So kam es zu einer angeordneten Auflösung der *Muslimischen Demokratischen Partei* 1952 aufgrund des religiösen Schwerpunkts der Partei. Türkisch-Kurdistan war bisher für die damalige Parteienlandschaft nicht interessant, Kurden stellten nicht die idealen Türken dar und sollten deswegen auch nicht repräsentiert werden.

---

<sup>177</sup> Vgl. McDowall, modern, 207 – 211.

<sup>178</sup> Vgl. Ebd., 210f.

Durch den großen Einfluss der Landbewohner, die religiöse orientierte Parteien wählten, kam es langsam zu einer Verbesserung der Situation in kurdischen Gebieten. Kurdische Eliten erwarteten sich durch die Beteiligung am Politikprozess aber vor allem eine Beibehaltung ihrer Machtstellung. Generell sehen Forscher die Position der kurdischen Eliten kritisch. Haben sie ihr Volk verkauft? Oder ließ es die Situation nicht anders zu? <sup>179</sup> Auf diese Weise kam es in der säkularen Türkei sogar zu einer Unterstützung von religiösen Bewegungen während zeitgleich im Iran und Irak die religiösen Netzwerke bekämpft wurden. Die *Demokratische Partei* versuchte auf diese Weise ihren Einfluss in Türkisch-Kurdistan zu erhöhen, dazu gehörte auch die Verwendung von Scheichs und Aghas, religiöse Anführer und die Großgrundbesitzer der Region. Scheichs konnten mit Hilfe ihrer religiösen Autorität über eine große Menge an Stimmen verfügen. Obwohl diese in den Jahrzehnten vorher deportiert, verfolgt und eingesperrt wurden, pflegten diese ihre Netzwerke in den Dörfern. <sup>180</sup>

Dies führte dazu, dass 20 Landbesitzer den Bezirk Diyarbakir vollständig kontrollierten. Ähnliche Entwicklungen gab es auch in der Entwicklung der Landwirtschaft, welche die Fundamente für die zukünftige Aufkeimung des kurdischen Nationalismus legte. Die CHP plante einer Landreform, bei der es zu einer Landverteilung zugunsten kleinerer Bauern kommen sollte. Auf der anderen Seite versuchte sich die DP als Partei des Privatbesitzes zu präsentieren, welche die großen Landbesitzer unterstützten. Im religiösen Türkisch-Kurdistan waren die Landbesitzer, häufig Scheichs oder Aghas, auch die Anführer ihrer jeweiligen Anhänger und konnten sie zu einer bestimmten Stimmabgabe aufrufen. Die Aghas wiesen ihre Gefolgschaft an, für die Demokraten zu stimmen. So gewannen diese mit Hilfe der Bauern, die von der geplanten Reform am meisten zu gewinnen gehabt hätten. Anschließend begann der Versuch die Landwirtschaft zu modernisieren und zu mechanisieren, was den Import von Traktoren ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Konsequenzen zur Folge hatte. 1948 gab es 1.750 Traktoren im Land, 1954 bereits 40.000. Die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe waren gegen die mechanisierten Großgrundbesitzer nicht konkurrenzfähig, mussten oftmals ihre Länder verkaufen und als landlose Pächter arbeiten.

---

<sup>179</sup> Vgl. McDowall, modern, 395f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 104 - 105.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 27.

Vgl. Findley, Nationalism, 258, 266. Bereits 1930 gab es eine experimentelle Oppositionspartei, die unter ähnlichen Umständen gegründet wurde. Diese hatte ebenfalls beträchtlichen Erfolg bei der ersten Wahl und wurde sogleich von ihrem Gründer wieder aufgelöst, da Atatürk noch nicht für einen Wechsel vom Einparteiensystem bereit war.

<sup>180</sup> Vgl. McDowall, modern, 397f.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 21.

Die Aghas versuchten jedoch, den Bauern zumindest einen kleinen Teil der Grundstücke als Pacht zu überlassen, damit diese nicht aus der Region abwandern würden. Die Macht der religiösen Führer definierte sich über die Anzahl an Stimmen, die sie durch ihre Anhänger generieren konnten. Aus diesem Grund war eine Abwanderung von ehemaligen Bauern kontraproduktiv. Die Konsequenzen für die Wirtschaft der Region waren entsprechend groß. Aus den vielen kleinen Bauern der Region wurden landlose Saisonarbeiter. Die zukünftigen „Wahlkämpfe“ entschieden sich über die Versprechen von landwirtschaftlichen Hilfen und das Bauen von Schulen oder Moscheen, für diese Großgrundbesitzer. Diese Saisonarbeit hatte große Auswirkungen auf die Beschäftigungsrate: 1960 führte das zu einer Arbeitslosigkeit von 80 Prozent in den Wintermonaten und nur 10 Prozent in den Sommermonaten.<sup>181</sup> Verschiedene Erklärungsmuster existieren laut Strohmeier bezüglich der wirtschaftlichen Unterentwicklung von Türkisch-Kurdistan. Spielt die Ethnie der Kurden eine Rolle oder nicht? Die kapitalistische Entwicklung diente vor allem den bereits herrschenden Schichten der Kurden, welche ihrerseits die eigene Volksgruppe ausnutzten. Das Gebiet der Kurden eignete sich ausgezeichnet für Viehwirtschaft, dieser landwirtschaftliche Zweig stürzte jedoch in eine Krise, nachdem es zu Verboten aufgrund des PKK-Konfliktes kam.

Entwicklungen in dieser Region waren jedoch immer teuer und boten nur niedrige Gewinne. Kurdische Nationalisten vermuteten ein bewusst gesteuerte Unterentwicklung der Region: Der Staat hätte bewusst keine Investitionen getätigt, um die Entstehung einer Mittelschicht, und damit einen aufkommenden Nationalismus, zu verhindern. Die meisten Bewohner von Türkisch-Kurdistan lebten an der Armutsgrenze, politische Aktivitäten hatten kaum Platz.<sup>182</sup>

Zu dieser Zeit setzte auch eine größere Migrationswelle aus Türkisch-Kurdistan ein, die die Türkei langfristig beeinflussen sollte. Istanbul (41 Prozent) und Ankara (18 Prozent) stellten die beliebtesten Ziele für die Binnenwanderung dar, wodurch die kurdische Frage auch in den öffentlichen Raum dieser Städte getragen wurde. Diyarbakir wurde innerhalb Türkisch-Kurdistans eine Hochburg der Kurden. Die bewusste Versetzung von kurdischen Soldaten in Gebiete außerhalb von Türkisch-Kurdistan beeinflusste die Migrationsbewegungen ebenfalls. Kurdische Veteranen versuchten ihr Glück in Westanatolien, wo sie zuvor lange Zeit gedient hatten.

---

<sup>181</sup> Vgl. McDowall, modern, 398f.

Vgl. Findley, Nationalism, 267 -269, 307, 325f. Dieser widerspricht der These der Großgrundbesitzer im Jahr 1945. Es wird behauptet, dass 99,75Prozent der Farmen 50 Hektar oder weniger groß waren. Die Machtanhäufung muss also später stattgefunden haben.

<sup>182</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 201 – 206.

Zudem muss auch auf das Bevölkerungswachstum eingegangen werden, welches bei den Kurden um einiges höher als bei den Türken war. Zwischen 1940 und 1965 konnte sich die kurdische Bevölkerung verdoppeln, während die türkische um 80 Prozent wuchs.<sup>183</sup> Diese demografischen Veränderung bewirkten jedoch kaum Auftrieb für eine kurdische Nationalbewegung. Bauern, der Großteil der Bevölkerung von Türkisch-Kurdistan, waren immer noch fest in den feudalen Strukturen der Aghas verankert. McDowall beschrieb das politische Klima in Türkisch-Kurdistan, nach drei Jahrzehnten der Repression und Entbehrungen, folgendermaßen.

„In the oppressive circumstances of the mid-1950s, however, when a deeply ignorant peasantry was held in thrall by its aghas, it is hardly surprising there was barely a glimmer of national feeling. As a young diplomat, Anthony Parsons spent three weeks touring Turkish Kurdistan in the autumn of 1956, meeting Kurds and travelling widely: 'I did not catch the faintest breath of Kurdish nationalism which the most casual observer in Iraq cannot fail to notice', he reported”<sup>184</sup>

Die Wurzeln des neuen kurdischen Nationalismus sollten sich dort finden, wo die türkische Regierung junge Kurden in westlichen Internatsschulen zusammenbrachte. Die gemeinsame Unterbringung brachte junge kurdische Intellektuelle zusammen, die durch spätere äußere Entwicklungen beflügelt werden sollten. Nach einem Massaker von Turkomanen im Irak durch Kurden litten auch die Verhältnisse in der Türkei. Ein türkischer Politiker rief daraufhin zu Racheaktionen auf, auf dessen Rede hin protestierten jedoch 80 Kurden. Dieser Protest sollte zur Verhaftung von 49 kurdischen Intellektuellen führen, für die die Todesstrafe angedacht war. Nur internationale Berichterstattung und Interesse der Westmächte hielt die Regierung von der Verurteilung der Kurden ab. Dies führte zu einem gesteigerten Interesse an der kurdischen Frage innerhalb anderer gebildeter Kurden in der Türkei. So brachten kurdische Radiosender in Kairo oder Yerevan (Armenien) nationalistische Ideen in den Irak, Iran und der Türkei. Auch gab es eine Revolution im Irak 1958, bei der ein gewisser Mulla Mustafa aus dem Exil zurückkehrte. Mulla Mustafa war für die Veröffentlichung einer Zeitung in Diyarbakir mit dem Namen *Ileri Yurt* (türkisch: Vorwärts Land) verantwortlich, die das erste Mal seit Jahrzehnten wieder schriftliche kurdische Nationalideen verbreitete.<sup>185</sup>

---

<sup>183</sup> Vgl. McDowall, modern, 401f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 195. Gründe für Abwanderung sind vielfältig: Wirtschaftliche Not, Sicherheitsprobleme, Stammeskonflikte

<sup>184</sup> Vgl. McDowall, modern, 402.

<sup>185</sup> Vgl. Ebd., 402f.

### Türkischer Militärputsch 1960

Die Regierung von Ankara wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend autokratischer unter Präsident Adnan Menderes. Eine seiner politischen Ziele war eine Rückkehr des Islams in den öffentlichen Bereich, was das genaue Gegenteil der kemalistischen Ideen darstellte. Um seine Gegner auszuschalten, kam es im April 1960 zur Errichtung eines Ausschusses, dem es erlaubt war, die Presse zu zensieren, Zeitungen zu verbieten und Haftstrafen zu verhängen. Dies sollte ohne Kenntnis der Bevölkerung geschehen, die freie Presse durfte darüber nicht berichten. Die Gefahr einer möglichen Diktatur versetzte die Bevölkerung in Unruhe, es kam zu Demonstrationen gegen die aktuelle Regierung. Dies verursachte eine Reaktion des Militärs, die noch im gleichen Jahr gegen die Regierung putschte. Es kam zur Schaffung des *Nationalen Einheitskomitees*, das die politischen Versäumnisse der vorherigen Regierung zu korrigieren versuchte.<sup>186</sup> Eines dieser Probleme war die erstarkende Regionalisierung der Politik in Anatolien. Darunter befand sich die verzwickte politische Situation der religiösen Führer in Türkisch-Kurdistan.

Die Konkurrenz zwischen den Demokraten und Republikanern hatte zu einer Spaltung der Region geführt, bei der jede Seite die Großgrundbesitzer mit Zugeständnissen überhäufte um ihre Loyalität zu sichern. So kam es zu einer halbherzigen Verbannung von 55 Aghas und dem Versuch einer Umverteilung des Landes, die jedoch nie durchgeführt wurde. Zu groß war die Abhängigkeit von religiösen Führern in der Region. Diese agierten bis in die 1980er Jahre als Stimmenfänger für die jeweilige favorisierte Partei während sie sich immer mehr von der kurdischen Identität entfernten und sich stattdessen als türkische Führungselite sahen. Die großen Verlierer stellten die Bauern dar, die in einer vergleichsweise stark verarmten Region lebten, die Aghas als einzige politische Verbindung nach außen besaßen und als Saisonarbeiter am Existenzminimum lebten.<sup>187</sup> Findley beschäftigte sich intensiv mit den verschiedenen Militärputschen der türkischen Geschichte. Sein Kommentar zum ersten Putsch liest sich folgendermaßen:

---

<sup>186</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 28.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 106.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 28. Dieser unterstellt den Putschen zusätzlich die Erhaltung der türkischen Oligarchie.

Vgl. McDowall, modern, 400f.

<sup>187</sup> Vgl. Ebd., 400f.

„The 1960 military coup set a precedent for armed intervention whenever the civilian politicians had made too great a mess of things. It also set the precedent that military rule should be temporary and that power should be returned to civilians after corrective measure had been taken. In their self-understanding the officers should save the nation when it was in peril, but they should not sink into the bog of politics. [...] The greatest damage done by the DP `was that it almost forcibly brought the army into politics, permanently injuring the tradition of civilian rule meticulously preserved since Atatürk”<sup>188</sup>

Nicht alle Maßnahmen der vorherigen Regierung wurden jedoch als Fehler angesehen. So sollte das *Einheitskomitee* das Dogma der vorherigen Regierungen bezüglich der Kurden weiterführen. Gesetz Nr. 1587 gestattete bereits die Änderung von kurdischen Ortsnamen zu türkischen, ein weiteres Gesetz zur Schaffung von Schulen mit dem Ziel der Türkisierung folgte 1961. Im gleichen Jahr veröffentlichte der Kurde Muszafer Sherif Firats das Buch *Dogu Illeri ve Varto Tarihi* (türkisch: Geschichte von East Illeri und Varto), wodurch die kurdische Frage wieder heftig diskutiert wurde. Firat argumentierte, dass die kurdische Ethnie nicht existierte und sie die Brüder von Türken seien. General Gürsel verkündete daraufhin, dass keine kurdische Nation existierte, wodurch es zu einer der größten kurdischen Demonstrationen der Geschichte der Türkei kam. Laut kurdischen Quellen kamen dabei 315 Demonstranten ums Leben und weitere 754 wurden verletzt.<sup>189</sup> Kurdische Studenten nahmen diese Entwicklungen mit in sich auf und organisierten weitere Demonstrationen. Beflügelt wurden diese durch positive Entwicklungen im Nord-Irak, Kurden hatten dort bereits ein autonomes Gebiet etablieren können. Verschiedene Zeitungen debattierten über die Herkunft der kurdischen Ethnie, manchen davon wurde sogar Separatismus und Verrat an der türkischen Nation vorgeworfen. Während die kurdische Elite zuvor in die Regierung integriert und das Thema totgeschwiegen wurde, kam es nun zu einer Mobilisierung der städtischen und ländlichen Bevölkerung, um eine Antwort auf die kurdische Frage zu erzwingen. Demonstrationen forderten wirtschaftliche und politische Reformen in der Ost-Türkei.<sup>190</sup> Die bloße Erwähnung der kurdischen Frage wurde von der Regierung immer weniger zugelassen. Wissenschaftliche Publikationen versuchten, den Ursprung der Kurden auf türkische Vorfahren zurückzuführen, bereits die Existenz einer kurdischen Herkunftsgeschichte wurde als Bedrohung des Staates wahrgenommen.<sup>191</sup>

---

<sup>188</sup> Vgl. Findley, Nationalism, 310f.

<sup>189</sup> Vgl. McDowall, modern, 404f.

<sup>190</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 107-109.

<sup>191</sup> Vgl. Ebd., 107-109.

Es verwundert in diesem Zusammenhang, dass General Gürsel Intellektuelle mit der Schaffung einer Verfassung beauftragte, welche im Mai 1961 veröffentlicht wurde. Sie sollte die liberalste Verfassung des Staates der Türkei darstellen, die das erste Mal versuchte, einen Rechtsstaat zu installieren und weitreichende Menschenrechte zu garantieren. Grundrechte wurden beteuert, dazu gehörte die Unantastbarkeit der Person, Schutz der Privatsphäre, Meinungs- und Religionsfreiheit. Neu war auch die Installation eines Verfassungsgerichtshofs sowie Anstalten des öffentlichen Rechts. Des Weiteren wurde das Streik-, Versammlungs- und Demonstrationsrecht garantiert. An Universitäten kam es zu einer neuen Phase des kritisch-reflektierten Forschens und Lehrens, sogar Gewerkschaften wurden eingeschränkt zugelassen. Trotz dieser liberalen Verfassung wurde weiterhin die kurdische Frage in der Öffentlichkeit totgeschwiegen, man verbat Veröffentlichungen zu der Thematik und inhaftierte Autoren auf Basis des Separatismus-Vorwurfs. Für Kurden stellte sich nun die Frage, ob sie mit dem System zusammenarbeiten sollten oder nicht. Zahlreiche entschieden sich für ersteres und fanden Arbeit in der türkischen Armee oder der Politik. Ismet Inonu, Präsident der Türkei von 1938 bis 1950 soll Kurde gewesen sein.<sup>192</sup>

#### Türkei bis 1980

Trotz der repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung gegenüber den Kurden konnte die liberale Verfassung die Grundlage für Parteigründungen legen. Bis heute müssen sich kurdische Parteien jedoch der Problematik stellen, dass ihre Aktivitäten sehr schnell als illegal eingestuft werden könnten, wenn der Verdacht einer Sezessionsbewegung entsteht. Die erste kurdische Partei war die *Partiya Demokrat a Kurdistan– Tirkiye* (kurmandschi: Demokratische Partei von Kurdistans-Türkei), welche aufgrund ihres Namens bereits illegal war und aufgrund ihrer veralteten Methoden zur Stimmengewinnung sich kaum größerer Beliebtheit erfreuen konnte. Sie benutzte dieselben Methoden wie andere Großparteien, die den Aghas Zugeständnisse machten, um ihre Stimmen zu erhalten. Im politischen Spektrum der Türkei gab es kaum Parteien, die sich der kurdischen Sache annahmen. Besonders das rechte Lager sah die Kurden, im Gegensatz zum offiziellen politischen Dogma, nicht als gleichwertig an.

---

<sup>192</sup> Vgl. McDowall, modern, 404f.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 29.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 107.

Vgl. Findley, Nationalism, 311f. Der Präsident sollte für sieben Jahre gewählt werden, damit er ohne Druck einer Wahl arbeiten konnte und auch nicht mit der viere Jahre Amtszeit des Nationalrats zusammenfallen würde.



Eine viel wichtigere Rolle innerhalb des kurdischen Nationalismus spielten linke Parteien wie die *Türkiye İşçi Partisi* (türkisch: türkische Arbeiterpartei), da die Verfassung von 1960 auch erstmals sozialistische Parteien zuließ. Generell war die politische Linke der kurdischen Frage gegenüber eher aufgeschlossen und lehnte Kurden in ihren Reihen nicht ab.<sup>193</sup>

1967 wurde die *Türkiye Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu* (türkisch: Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften) gegründet, eine Splittergruppe der staatlichen Gewerkschaften. 1969 entstand eine linksradikale universitäre Gruppe namens *Türkiye Devrimci Gençlik Dernekleri Federasyonu* (türkisch: Föderation der Revolutionären Jugend der Türkei). Gemeinsam mit Mitgliedern der türkischen Arbeiterpartei kam es zu den größten Massenprotesten von Türkisch-Kurdistan, mit 10.000 Teilnehmern in Silvan und 25.000 in Diyarbakir.<sup>194</sup> Diese Protestbewegung stellte einen weiteren wichtigen Schritt zur Formulierung eines breiten nationalen kurdischen Gedankenguts dar, das auch die herrschenden Strukturen in Türkisch-Kurdistan infrage stellte. Auch die Mobilisierung der Bevölkerung erreichte eine neue Dimension in der türkischen Gesellschaft. McDowall schrieb dazu:

„It signalled the critical shift in social mobilization away from the aghas and semi-tribal peasantry, towards urban-based, modestly educated students and young professionals, including a growing number who were themselves the scions of agha families but who rejected the values they had inherited. These formed the basis of a bourgeois intellectual leadership, largely of mildly leftist inclination, for growing Kurdish national feeling“<sup>195</sup>

Diese neue Bewegung erkannte auch früh die Bedeutung von Literatur als Grundlage einer kurdischen Identität. 1967 verbot die Regierung offiziell jegliche Publikationen mit kurdischer Sprache. 1968 wurde dennoch ein türkisch-kurdisches Wörterbuch herausgebracht. Ein Jahr später verhaftete die Regierung bereits einen Kurden, der ein kurdisches Kindergartenbuch geschrieben hatte.<sup>196</sup> Bis 1970 konnte die türkische Arbeiterpartei eine große Gefolgschaft aufbieten, man versuchte auch die Macht der Aghas zu brechen und endlich eine Landreform durchzuführen. Der Todesstoß der Partei kam, nachdem die kurdische Frage bei einem Parteitag im Oktober 1970 öffentlich angesprochen wurde; bereits im darauffolgenden Jahr wurde die Partei für illegal erklärt.<sup>197</sup> McDowall sah die kurdische Arbeiterpartei als wichtiges Werkzeug der kurdischen Nationalbewegung.

<sup>193</sup> Vgl. McDowall, modern, 406f.

Vgl. Findley, Nationalism, 313.

<sup>194</sup> Vgl. McDowall, modern, 408.

<sup>195</sup> Ebd., 408.

<sup>196</sup> Vgl. Ebd., 408.

<sup>197</sup> Vgl. Ebd., 406f.

Immer mehr Kurden sahen Möglichkeiten der Veränderungen in der türkischen Politik. Die türkische Arbeiterpartei wurde zwar verboten, aber: „[...] as far as Kurds were concerned, it had been an effective vehicle for awakening a growing number of young Kurdish students, particularly in Ankara and Istanbul, who in their turn were to provide crucial leadership for the national movement”<sup>198</sup>

Von 1969 bis 1971 folgte eine Zeit der Unruhe. Ausbildet in Camps im Libanon, gründeten kurdische Nationalisten Kulturclubs in Ankara, Istanbul und Türkisch-Kurdistan. Man versuchte Bildung und kurdisches Selbstverständnis den Kurden näherzubringen. Zwei weitere Gruppen entstanden im Jahr 1971, die *Türk Popülist Kurtuluş Ordusu* (türkisch: Türkische Populistische Befreiungsarmee) und die *Popülist Kurtuluş Cephesi* (türkisch: Populistische Befreiungsfront), welche dazu übergingen, Banken auszurauben und US-Soldaten zu entführen. Die Regierung in Ankara rief als Reaktion den Ausnahmezustand in 12 der 67 Provinzen der Türkei aus, darunter Diyarbakir. Tausende Menschen wurden verhaftet, die Begründung durch den Innenminister betrafen die Entwicklungen der radikalen Linken und deren Guerillakrieg. Gefundene illegale Waffendepots in Türkisch- Kurdistan sowie die wachsende gewaltbereite Rechte sorgten ebenfalls für eine aufgeheizte Atmosphäre.

Verhaftungen beruhigten zwar die offenen Gewaltakte, lösten jedoch nicht die Ursachen der Probleme. Bereits im Jänner des gleichen Jahres entsandte die Türkei Kommandotruppen, die in Türkisch-Kurdistan die linken Bewegungen bekämpfen sollten. Es kam erneut zu ähnlichen Entwicklungen wie vier Jahrzehnte zuvor: Deportationen, Folter und Erschießungen. Mitglieder der Kulturvereine wurden ebenfalls verhaftet und die Vereine geschlossen.<sup>199</sup> 1971 kam es zu einem kalten Putsch. Das Militär drohte mit einem Einschreiten, sollte keine stabile Regierung gebildet werden können. Diese Forderung wurde nicht erfüllt, es kam zu Neuwahlen 1973. Diese konnte die CHP unter Bülent Ecevit (Politiker des Demokratischen Sozialismus, fünfmaliger Ministerpräsident der Türkei) für sich entscheiden. Er gewann viele kurdische Stimmen, da er als einziger Gesprächsbereitschaft mit ihnen signalisierte. Die Regierungen von Ankara sollten dennoch von Instabilität gebeutelt werden. Bis 1980 sollte es zehn Regierungen geben, von denen nur die Hälfte in Form von Koalitionen überhaupt eine Mehrheit in der Nationalversammlung hatte.<sup>200</sup>

---

Vgl. Findley, Nationalism, 313.

<sup>198</sup> McDowall, modern, 497f.

<sup>199</sup> Vgl. McDowall, modern, 409f.

<sup>200</sup> Vgl. Ebd., 410.

Vgl. Findley, Nationalism, 316f.

Neue linke Gruppierungen mit marxistisch-leninistischem Einfluss entwickelten sich nach der Wahl von 1973 immer stärker. Diese Gruppen konnten auf einen neuen Pool an möglichen Mitgliedern blicken, nämlich Studenten. Auch rechtsextreme Organisationen profitierten von dieser Situation, wie die *Bozkurtlar* (türkisch: Graue Wölfe), die sich selbst *Idealisten* nannten und extrem feindlich gegenüber Kommunisten und Kurden waren. Nach einem erneuten Militäreinsatz in Türkisch-Kurdistan und ohne weitere Hilfe der Sowjetunion zersplitterten sich die linken Lager innerhalb der Bewegung. Im Juli 1974 wurden tausende Gefangene begnadigt und kehrten aus dem Exil zurück. Die Zahl der Studenten erhöhte sich von 100.000 in 1965 auf 150.000 in 1969. Die unzufriedenen Studenten, die in der katastrophalen Lage der Wirtschaft keine Aussicht auf Beschäftigung hatten, wurden von den Organisationen gezielt angesprochen. 1977 kamen auf 60.000 Studienplätze 360.000 Bewerber, die Arbeitslosigkeit stieg 1967 von 600.000 auf 1,5 Millionen in 1977. Auch die Größe des religiösen Lagers stieg weiter: So besuchten 1965 10.000 Schüler religiöse Schulen, 1969 waren es bereits 50.000.<sup>201</sup> McDowall beschrieb die Entwicklung bis zu den Zusammenstößen der linken und rechten Gruppen sehr gut:

„Rightist groups were significantly different from the leftist ones in three vital respects. They were more united, more disciplined and most vital of all, being anti-Communist and anti-Kurd, they were perceived as useful by the state. [...] It was not long before Left and Right groups clashed, with fight on campus leading to fights elsewhere as ideological feuds spread across Turkey. In a number of cases these overlaid older clan or religious ones which students had brought with them to university. Thus Left-Right ideology, dangerous as it intrinsically was, also constituted both a vehicle and camouflage for other contests: Turk versus Kurd, Sunni versus Alevi, Sunni versus secularist, artisan/trader class versus rural migrant and urban proletariat. Between autumn 1973 and summer 1977 no fewer than 477 students were killed in such clashes, and in the latter year the two-month period leading up to the general election in June a further 70 died“<sup>202</sup>

---

<sup>201</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 410f.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 315. Rechte Gruppen entstanden und vergrößerten sich massiv nach dem Putsch und der nachfolgenden Verfassung von 1960.

Vgl. Findley, *Nationalism*, 334f.

<sup>202</sup> McDowall, *modern*, 411 – 413.

### Türkischer Militärputsch 1980

Akkaya schrieb auch über die explizite Rolle des Militärs in der Türkei, mehr als 30 Prozent der Produktionsmittel und des Kapitals gehörten dieser Institution. Darüber hinaus konnte es über die rohstoffreichsten und fruchtbarsten Landesteile verfügen. Des Weiteren existierte seit 1961 der *Nationale Sicherheitsrat*: Darin führten Militärangehörige offiziell nur Beratungstätigkeiten aus, hatten jedoch faktisch die Macht. Dolzer spekulierte in diesem Zusammenhang, dass ein Zuwiderhandeln gegen den Rat zur eigenen Ermordung oder einen Putsch führen konnte und nennt mehrere „Unfälle“ von türkischen Politikern. Dazu zählten beispielsweise ungeklärte Autounfälle sowie verschwundene Personen. Auch hier muss man jedoch Vorsicht walten lassen, da Wikipedia teilweise zitiert wurde.<sup>203</sup>

Kurdische Untergrundgruppen wurden gegründet, da eine immer größere Zahl von Kurden mit den etablierten linken Parteien unzufrieden waren. Sozialistische Parteien wollten in der Regel erst am Ende der sozialistischen Revolution Kurdistan thematisieren. Die Untergrundgruppen verbreiteten ihre Lehren über Jugendorganisationen in Türkisch-Kurdistan, wo diese mit den örtlichen Aghas und anderen religiösen Institutionen zusammenstießen. Konflikte zwischen Grauen Wölfen und linken Gruppierungen wurden immer häufiger, die Armee machte jedoch nur Jagd auf die politische Linke. Ein allgemeiner Ausnahmezustand in Türkisch-Kurdistan im Jahr 1978 konnte das Problem ebenfalls nicht lösen, erste religiöse Kundgebungen wetterten öffentlich gegen die säkulare-kemalistische Regierung.

Strohmeier erwähnte hier die große Instabilität von Regierungen, die sich teilweise kaum ein Jahr halten konnten. Bis zum 12. September waren seit Beginn der Unruhen 3.856 Menschen gestorben, davon wurden 1.500 Menschen aus allen politischen Spektren ermordet. 1980 wurde ein Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der Wirtschaft verkündet, welches jedoch die desolate Lage nicht verbesserte. Dreistellige Inflationsraten sowie Devisen- und Warenengpässe waren neben der Ausbreitung von links- und rechtsradikaler Gruppierungen in der Türkei zusätzliche Faktoren. 1980 kam es daher zu einem weiteren Militärputsch, welches tiefgreifende Veränderungen nach sich zog.<sup>204</sup> McDowall sieht hier das Eingreifen einer Institution, die sich als Beschützer der kemalistischen Ideale sah.

---

<sup>203</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 68 – 70.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 68 – 70.

<sup>204</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 39f.

Vgl. McDowall, modern, 412f.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 29.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 112f.

„On that day certain generals, led by General Evren, intervened for the third time, suspending civil government and imposing direct rule. They were galvanized by what they perceived as the imminent disintegration of certain core values of the Ataturk legacy: national unity, ethnic Turkism, populism and secularism, all of which were now under assault from the war between leftist and rightist groups, from Kurdish nationalist, Marxists and from Islamic revivalists.“<sup>205</sup>

Über 60.000 Menschen sind laut McDowall und anderer Autoren daraufhin verhaftet worden: 54 Prozent der Inhaftierten konnten der Linke, 14 Prozent der Rechten und nur 7 Prozent den kurdischen Nationalisten zugeordnet werden. Die Zahl der kurdischen Inhaftierten ist hier sehr interessant, durfte doch die Militärregierung nicht zu viele Kurden verhaften ohne das eigene Argument „Es gibt keine Kurden“ zu entkräften. Die Liga der Menschenrechte gab an, dass zwar nur 4.500 Kurden offiziell verhaftet, 81.000 Kurden aber zumindest von der Polizei zeitweise festgehalten wurden. Auch waren zwei Drittel der türkischen Armee während dieser Aktionen in Türkisch-Kurdistan stationiert. Eine neue Verfassung von 1982 spiegelte diese Gedanken wider, nichts war mehr von der liberalen Verfassung von 1961 übriggeblieben: Die Macht des Präsidenten wurde massiv gestärkt, er konnte sogar die Nationalversammlung auflösen und mit Dekreten regieren. Die Rolle von Parteien wurde ebenfalls geschwächt und der *Artikel 14* eingeführt, der jegliche politische Bewegung bezüglich einer bestimmten Klasse, Sprache oder Ethnie untersagte.

Gewerkschaften wurden verboten, Verbände und lokale politische Parteien aufgelöst. Man musste in weiterer Folge in zumindest 34 der 67 türkischen Provinzen vertreten sein, um als Partei zugelassen zu werden, eine klare Kampfansage an lokale Gruppierungen wie den Kurden. Bei den nächsten freien Wahlen von 1983 kam Tugut Özal an die Macht, ein Technokrat und Kritiker des kemalistischen Wirtschaftssystem.<sup>206</sup>

---

Vgl. Dolzer, Konflikt, 29. Hier wird der Befreiungskampf in den Mittelpunkt gestellt. Neben der Aufbrechung der kolonialen Unterwerfungspraxis zielt es auch auf die Schaffung einer kulturellen Identität ab.

Vgl. Findley, Nationalism, 320f. Dieser spricht von 2.812 Toten bevor das Militär einschritt.

<sup>205</sup> McDowall, modern, 413.

<sup>206</sup> Vgl. McDowall, modern, 414f.

Vgl. Dismorr, Decoded, 30. Die säkulare Ordnung fand ihren Eingang in die türkische Verfassung von 1980. In Artikel 14 und 24.

Vgl. Findley, Nationalism, 321f, 351 – 353. Dieser spricht von der Verhaftung von über 43.000 Menschen. Manche wurden bezüglich des Vorwurfs des Terrorismus verurteilt, obwohl sie nur Rechte der Verfassung von 1961 genossen.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 39f. Weiters wurden Politikverbote für Politiker, welche vor 1980 aktiv waren, ausgesprochen. Studentenvereine, Parteien, Vereine, Verbände wurden untersagt, auch nicht oppositionelle waren davon betroffen. Ziel war die Entpolitisierung der Gesellschaft.

Er öffnete die Wirtschaft für den internationalen Exportmarkt, unterstützte die Gründung von privaten Universitäten, sowie die Bildung für Mädchen. Er pilgerte nach Mekka und schaffte das Verbot der kurdischen Sprache von 1983 im Jahr 1991 ab.<sup>207</sup> Kurdische Parteien wurden unter Artikel 14 der türkischen Verfassung von 1980 verboten, die Betonung von kurdischen Interessen wurde als Gefährdung der nationalen Einheit gesehen. Darunter fiel auch die kurdische Partei *Halkın Emek Partisi* (türkisch: Arbeitspartei des Volkes; HEP). Kurden versuchten dennoch kulturelle Entwicklungen anzustreben, 1992 wurde das *Kulturzentrum Mesopotamiens* gegründet, literarische Werke wurden ins kurdische übersetzt und ein Wörterbuch erarbeitet. Kulturelle Beiträge erschienen in der Zeitschrift *Zend* (Eine Puplication des kurdischen Instituts von Istanbul; Erscheint bis heute), 1992 wurde zudem ein kurdischsprachiges Fernsehprogramm eingeführt.<sup>208</sup>

### Die Kurdische Arbeiterpartei

In diesem Kapitel soll der Kampf der PKK nicht in seiner Gänze im Detail dargestellt werden. Stattdessen wird versucht, die ideologischen Hintergründe sowie die Meinungen der breiten kurdischen Bevölkerung in das Zentrum zu rücken. Es ist bekannt, dass auch andere kurdische Parteien bereits aktiv waren, man möchte sich jedoch mit der PKK auf das bekannteste Beispiel stützen. Zu den anderen Beispielen zählt die *Devrimci Doğu Kültür Ocakları* (türkisch: Revolutionäre Kulturgruppen des Ostens; DDKO), *Partiya Sosyalist a Kurdistan* (türkisch: Sozialistische Partei des türkischen Kurdistans; PSK-T) sowie die *Partiya Demokrat a Kurdistan* (kurmandschi: Demokratische Partei Kurdistans in der Türkei; TKDP)<sup>209</sup>

Der Gründer der PKK, Abd Allah Öcalan, war zurzeit des 1970er Putsches Student in Ankara und konnte, wie viele Kurden, nur Türkisch sprechen. Nach der landesweiten Amnestie von 1974 gründete er mit sechs weiteren Männern eine marxistisch-leninistische Bewegung, die sich auf den Klassenkampf und kurdischen Nationalismus stützte. Dazu wurden sämtliche Verbindungen zu türkischen und linken Organisationen getrennt.

<sup>207</sup> Vgl. Findley, Nationalism, 354 -356.

<sup>208</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 197 - 199.

<sup>209</sup> Vgl. Cay, Akte, 442, 447, 533. Die PKK ist eine marxistisch-leninistische Organisation, die ihren Einfluss im Osten der Türkei auch mit Hilfe der Religion erhöht.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 194f. Kampf der PKK begann 1984. Über 20.000 Menschen getötet im Rahmen des Konflikts.

Vgl. Dismorr, Decoded, 33. In den Jahren des Konflikts zwischen PKK und der Türkei sind mehr als 30.000 Menschen gestorben.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 29. Nennt den Konflikt einen Bürgerkrieg und spricht von 50.000 – 60.000 Toten.

Vgl. Findley, Nationalism, 3201f. Dieser sieht neben der PKK auch die „Nationalen Befreier von Kurdistan“ als wichtigen Akteur.

Die Gruppe wurde nach dem Spitznamen *Apo* ihres Anführers noch *Apocularer* benannt und konzentrierte sich ab 1975 auf das Rekrutieren neuer Gefolgsleute in Teilen Türkisch-Kurdistans. In dieser Gruppierung sollte explizit der Klassenkampf eine zentrale Bedeutung besitzen, man rekrutierte daher nur Mitglieder der Arbeiterklasse der Region.<sup>210</sup> McDowall fasste die Strategie der PKK zusammen, die auch Mitglieder der eigenen Ethnie als Gegner der Bewegung ausmachte.

„In 1977, the Apocular identified the enemies of the Kurdish people as the fascists (Greywolves and similar groups); agents of the state and those who supported them; the Turkish Left which subordinated the Kurdish question to the leftist revolution and finally the exploitative Kurdish landlord class. [...] Rather than assaulting the agha class as a whole, the PKK operated with fine calculation, exploiting blood feuds where these existed, helping to create them where they did not and, according to Western intelligence, becoming `involved in local politics by offering their services to local politicians and influential families in the Urfa region.’”<sup>211</sup>

Nach dem Militärputsch von 1980 erfuhr die PKK einen Rückschlag durch die umfassenden Verhaftungswellen. 1.790 verdächtige PKK-Mitglieder wurden festgenommen, die damit den mit Abstand größten Anteil der kurdischen Inhaftierten ausmachten. Bereits hier wurde jedoch die bekannte Strategie der Ausnutzung der internationalen Grenzen wieder aufgenommen. Alle Führungsmitglieder konnten während des Putsches nach Syrien fliehen, um von dort aus eine Rückkehr zu organisieren. Während der Militärherrschaft von 1980 bis 1983 verhielten sie sich ruhig und griffen nur manchmal türkische Soldaten in der Grenzregion an. Die türkische Regierung versuchte diese Angriffe abzuwehren und führte Gegenangriffe durch. In dieser Zeit, als vor allem iranische Kurden zu den Opfern türkischer Militäraktionen im Mai 1983 zählten, willigte eine kurdisch-iranische Gruppierung zu einer Zusammenarbeit mit der PKK ein. Die PKK hatte nun einen Operationsraum im Nordirak, sowie in den Grenzregionen zum Iran und zu Syrien zur Verfügung und konnte so außerhalb der türkischen Staatsgrenzen agieren. Beim ersten Kongress der Partei im Juli 1981 wurde der Konflikt mit anderen kurdischen Gruppen kritisch betrachtet und man versuchte, neue Bündnisse mit Kurden außerhalb der Türkei zu schmieden.

---

<sup>210</sup> Vgl. McDowall, modern, 418.

Vgl. Findley, Nationalism, 365. Öcalan sprach kein Kurdisch, nur Türkisch.

Vgl. Cay, Akte, 448f. Wurde 1974 als demokratische und patriotische universitäre Union der Türkei ins Leben gerufen, Aktivitäten sind bis 1970 zurückzuverfolgen. Es kam auch zur Verbreitung einer Deklaration, die gemeinsam mit der „Armenischen Geheimarmee“ (ASALA) herausgegeben wurde.

<sup>211</sup> McDowall, modern, 419.

Bei einem zweiten Kongress 1982 wurde die Taktik für die Rückkehr in die Türkei gewählt: Zunächst sollte der Guerillakrieg angestrebt werden, jedoch mit der Hoffnung auf einen offenen konventionellen Krieg, um die Unabhängigkeit von Kurdistan durchzusetzen.<sup>212</sup>

Die bereits genannte Problematik bezüglich des Landbesitzes in Türkisch-Kurdistan konnte auch durch den Militärputsch von 1980 nicht gelöst werden. Immer noch kontrollierten 3 Prozent der Bevölkerung 33 Prozent des Landes in der Region. Die Bauern hatten zwar an Protestbewegungen gegen die Aghas teilgenommen, wurden jedoch immer wieder durch kleine Zugeständnisse beschwichtigt, die am grundlegenden System keine Änderungen hervorbrachten. Erst die PKK änderte diese Situation als sie begann, die Aghas anzugreifen. Aus mehreren Hinterhalten konnte sie sowohl Vertreter des Staates als auch des Militärs ausschalten. Ziel war es, Angst zu verbreiten und zu zeigen, dass der Staat diese nicht immer und überall schützen konnte. Dies spaltete jedoch die Kurden in der Frage, ob diese Vorgehensweise unterstützungswürdig war oder nicht. Dies sollte sich vor allem in den Jahren 1987 bis 1988 zeigen, als die Regierung begann, Dorfschützer einzusetzen und zu bewaffnen.

213

Die türkische Regierung reagierte auf zweierlei Weise auf die Angriffe der PKK. Zunächst versuchten sie das Unterstützungsnetzwerk auszuhebeln, indem die dazugehörigen Dörfer zwangsgeräumt wurden. Diese Räumungen führte man ohne finanzielle Entschädigung der Bewohner durch, Fälle von Folter kamen dabei ans Tageslicht. Da sich oftmals kurdische Klanführer für oder gegen die PKK positionieren mussten, stand hier die Zivilbevölkerung besonders unter Druck. Das zweite Standbein der türkischen Regierung war die Bewaffnung von Milizen im Gebiet, die sich selbstständig gegen Übergriffe der PKK verteidigen konnten. Diese *Dorfschützer* unterstützten das Militär auch in Offensiven, obwohl das nicht den offiziellen Vorgaben der Regierung entsprach. Die Vorteile lagen auf der Hand: Die Entlohnung war um einiges höher als das durchschnittliche Einkommen der Region. 1992 verdienten Dorfschützer monatlich 230\$, während das Jahreseinkommen noch bei 400\$ lag. Diese Bewaffnung wurde jedoch von den Dorfschützern ausgenutzt. Scheingefechte wurde inszeniert, um die eigene Existenz zu rechtfertigen und es kam zu Abkommen mit PKK Kämpfern, die einen Teil des Gehalts erhielten.

---

<sup>212</sup> Vgl. McDowall, modern, 420f.

Vgl. Findley, Nationalism, 365f.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 29. Hier wird der Befreiungskampf in den Mittelpunkt gestellt. Neben dem Aufbrechen der kolonialen Unterwerfungspraxis zielt es auch auf die Schaffung einer kulturellen Identität ab.

Vgl. McDowall, modern, 8, 420f.

<sup>213</sup> Vgl. McDowall, modern, 420f.

Vgl. Findley, Nationalism, 321f.



In weiterer Folge nutzten die Stämme die Bewaffnung zur Ausweitung ihrer eignen Macht in der Region. Manche Stammesführer eroberten ihre Nachbardörfer und zwangen ihre Herrschaft der Region mit Gewalt auf. Ein Vergleich zur Geschichte des Osmanischen Reiches, bei dem lokale kurdische Herrscher autonome Gebiete beherrschten, ist hier durchaus angebracht. Derzeit sind noch ungefähr 50.000 Dorfschützer in Ostanatolien im Einsatz. Das System wird auch heute noch stark kritisiert.<sup>214</sup>

Die PKK ging skrupellos gegen die Dorfschützer vor: Die Milizen, sowie ihre Frauen und Kinder wurden bei Vergeltungsmaßnahmen nicht verschont. Durch diese Vorgehensweise ging die Zahl der Dorfschützer zeitweise auf 6.000 Mann zurück, doch die PKK machte entscheidende Fehler und überschätzte ihre eigene Position. Auf Verhandlungsversuche einiger Stämme wurde nicht eingegangen, was diese wieder in die Arme der Dorfschützer trieb. Die bereits genannte Skrupellosigkeit kostete sie auch das Abkommen mit den irakischen Kurden, wodurch ihr Bewegungsfeld eingeschränkt wurde. Trotzdem gab es auch Fortschritte auf der zivilen Ebene. So wurde 1985 die *Kurdische Populistische Befreiungsfront* gegründet, die in Kurdistan für die nötige Infrastruktur, Aufklärung und Unterstützung der PKK aufkommen sollte. Sie erhielt großen Zuspruch, was die Massenbewegung für den Staat gefährlich wachsen ließ.<sup>215</sup>

Die Gegenmaßnahmen der Regierung waren erneut drakonisch und führten zu einer Vergrößerung der Anhängerschaft zur PKK. 1983 wurde im Gesetz Nr. 2932 die kurdische Sprache verboten (ohne explizit das Wort *Kurde* zu verwenden), bereits 1982 forderte der Bildungsminister die örtlichen Gouverneure auf, kurdische Gesänge zu unterbinden. Unter Gesetz Nr. 1587 konnten kurdische Kinder mit kurdischen Namen keine Geburtsurkunde erhalten. Ebenso ging die Namensänderung kurdischer Ortsnamen voran. 1987 wurde der Ausnahmezustand über acht kurdische Provinzen verhängt und ein Gouverneur-General für Türkisch-Kurdistan ernannt, der mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet wurde: Darunter auch die Befugnis zur temporären Evakuierung von Dörfern ohne Rücksprache mit Ankara. Die Sicherheitskräfte selbst agierten ebenfalls drakonisch. Es kam zu willkürlichen Verhaftungen und Gewaltakten gegenüber der kurdischen Bevölkerung.

---

<sup>214</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 81, 113.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 195.

Vgl. Dismorr, Decoded, 117. 2007 existierten noch 57.000 dieser Dorfschützer.

Vgl. McDowall, modern, 422f, 424. 1990 gab es vermutlich 20.000 Dorfschützer.

Vgl. Findley, Nationalism, 366.

<sup>215</sup> Vgl. McDowall, modern, 422f, 424

Folter schien ebenfalls an der Tagesordnung zu stehen, um Geständnisse zu erzwingen. 1988 wurden die Befugnisse des Gouverneur-Generals noch erweitert, er konnte nun auch endgültige Deportationen durchführen. Dies führte dazu, dass bis 1994 2.000 kurdische Dörfer zerstört und 750.000 Menschen obdachlos wurden. Selbst die örtliche Polizei wurde durch das Militär ersetzt, man wollte lokale Unsicherheiten wie Korruption und Verbrüderung mit dem Feind vermeiden. Die Spitze des Militäreinsatzes wurde in den 1990er Jahren erreicht, als die Truppenstärke der Armee in Türkisch-Kurdistan 200.000 Mann betrug.<sup>216</sup> Diese Maßnahmen brachten jedoch die kurdische Frage endgültig ins Rampenlicht der türkischen Öffentlichkeit. McDowall beschreibt diese Veränderung der Wahrnehmung des Konfliktes:

„These processes of transformation had taken place largely unnoticed by the Turkish public until 1990 when the qualitative change in the struggle for Turkish Kurdistan could no longer be ignored. In March that year the PKK offensive was eclipsed by the burgeoning civil resistance to the security forces. For the first time, families of PKK martyrs dared collect the corpses for burial from the authorities and arranged public funerals which rapidly became opportunities for mass protest. On 20 March 10.000 Kurds demonstrated in Cizre [...]”<sup>217</sup>

Um das Image in der Öffentlichkeit zu verbessern, stellte die PKK ihre Angriffe auf Zivilisten 1990 ein. Die türkische Regierung hatte eine gespaltene Meinung, wie mit der kurdischen Frage umzugehen sei. Auf der einen Seite sollte das Militär die Antwort sein, auf der anderen Seite wurde es immer offensichtlicher, dass das Militär allein nicht die Sympathien der kurdischen Bevölkerung wecken würde. Die Regierung konnte sich nicht dazu durchringen, ihre Vorgehensweise zu ändern, das Ergebnis war eine erneute Ausweitung der Befugnisse des Gouverneur-General von Türkisch-Kurdistan. Dieser konnte nun die Schließung von jeglichen Verlagshäusern in der Türkei befehlen, die nicht der Linie der Zentralregierung folgten. Jene Zensur führte dazu, dass die illegale Untergrundzeitung *Serxwebun* (kurmandschi: Unabhängigkeit) der PKK paradoxerweise damit als letzte „objektive Berichterstattung“ ihre Auflage und Einfluss vergrößern konnte.<sup>218</sup>

---

<sup>216</sup> Vgl. Ebd., 424 – 426.

Vgl. Findley, Nationalism, 367f. Bis 1999 sollen mehr als 3.000 Dörfer zwangsgeräumt worden sein. 1997-1998 drohte die Türkei Syrien mit dem Krieg, sollte sie ihre Unterstützung der PKK nicht einstellen.

<sup>217</sup> McDowall, modern, 427.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 116.

<sup>218</sup> Vgl. McDowall, modern, 427.

Die kurdische Frage wurde nun immer öffentlicher debattiert. Im gleichen Jahr 1990 machte die *Sosyal Demokrat Halkçı Parti* (türkisch: Sozialdemokratische Volkspartei; SHP; eine Nachfolgepartei der nach 1980 verbotenen CHP) Partei erste Vorschläge zur Entspannung der Sicherheitslage, die nicht mit einem größeren Einsatz des Militärs zusammenhingen. Es sollte wieder erlaubt werden, die kurdische Identität in der Öffentlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Ein Jahr zuvor sollten noch Parteimitglieder ausgeschlossen werden, die die kurdische Frage zum Thema machen wollten. Der türkische Präsident Özal versuchte eine Gradwanderung zu überstehen: Auf der einen Seite wollte das mächtige Militär die PKK besiegen, auf der anderen Seite durfte man die Stimmung von zwölf Millionen Kurden nicht noch mehr aufheizen. Im Frühling 1991 versuchte Özal, Gesetz Nr. 2932 zurückzunehmen, um die kurdische Sprache, außer im Radio, Publikationen und Bildung wieder zu erlauben. Obwohl dies bereits im Alltag in ganz Türkisch-Kurdistan und in Istanbul umgesetzt wurde, kam es zu heftigen politischen Kontroversen in der türkischen Politik.

Gesetz Nr. 2932 wurde zurückgenommen, es entstand jedoch zeitgleich zur Erhaltung des Status Quo ein neues Anti-Terrorgesetz, das die Definition von Terrorismus ausweitete. Als Terrorismus galt nun jede Betätigung, die eine Änderung der Grundprinzipien der Republik zum Ziel hatte, darunter fielen auch demokratische Methoden wie Demonstrationen oder Publikationen. Auch das rechte Spektrum dachte über ähnliche Schritte nach. Mesut Yılmaz wollte die kurdische Sprache zur zweiten Amtssprache erheben, kurz bevor er Premierminister des Landes wurde. Im Dezember 1991 wurde die erste kurdische Zeitung in der Türkei mit dem Namen *Rojname* (kurmandschi: Zeitung) gegründet, die bis heute aktiv ist. Viele andere Zeitungen folgten, doch sie alle wurden immer wieder von staatlicher Seite drangsaliert oder unter dem Terrorismusvorwurf aufgelöst. *Yeni Ülke* (türkisch: Neues Land), eine andere kurdische Zeitung, bekam 44 Anzeigen innerhalb des ersten Monats ihres Erscheinens und die meisten Publikationen wurden konfisziert oder verboten.<sup>219</sup>

Außenpolitisch ging die paradoxe Entwicklung weiter: Ein halbe Million Kurden flüchteten vor Saddam Hussein aus dem Irak in die Türkei, wobei sich die türkische Regierung international als Retter der Kurden stilisierte. Ankara knüpfte zudem Kontakte mit den zwei größten kurdischen Parteien im Irak, um mit der ankommenden Flüchtlingssituation fertig zu werden.

---

<sup>219</sup> Vgl. McDowall, *modern*, 428f.

Vgl. Strohmeier, *Kurden*, 113, 197. Ab 1990 macht der Konflikt um die PKK die Hälfte der Beweggründe für Flucht aus. Staatliche Investitionen betreffen vor allem das Militär, privates Kapital wird aus östlichen Provinzen Richtung Westen abgezogen.

Eine neue Partei trat zudem auf den Plan: *Halkın Emek Partisi* (türkisch: Die Arbeiterpartei des Volkes; HEP.), die pro-kurdisch agierte, als politischer Arm der PKK gesehen wurde und in der Wahl von 1991 teilweise 70 Prozent der Stimmen in Türkisch-Kurdistan erhielten. Im März 1991 gaben Führungsmitglieder der PKK auch erstmals das Einverständnis zu einer föderalen Lösung innerhalb des türkischen Staates. Der Anführer Öcalan sprach ebenfalls seine Zustimmung zu dieser Lösung sechs Monate später in einem Interview aus. 1992 wurde sogar die Freilassung und Amnestie von Guerillas, sowie die Teilnahme der PKK am politischen Weg ins Auge gefasst.<sup>220</sup> McDowall sah Präsident Özal als wichtigen Vermittler während dieses Konfliktes, der das Paradox der türkischen Regierung aufzubrechen versuchte.

„Özal represented the radical school of thought. The conservatives, led by Demirel, had no intention of allowing any such thing, not because Kurds did not exist but because the concessions Özal had in mind were `unconstitutional`. Indeed, on becoming prime minister Demirel himself had uttered the fateful words `Turkey has recognized the Kurdish reality`. That, in itself, was arguably `unconstitutional`“<sup>221</sup>

Der Islam sollte ebenfalls eine größer werdende Rolle in der Gesellschaft spielen: Diese Re-Islamisierung wurde mit dem Bau von religiösen Instituten wie Moscheen und Schulen vorangetrieben und von saudischen und iranischen Geldern finanziert, welche damit Einfluss generierten. 1990 sollten 20.000 Gläubige an einer Veranstaltung in Ankara teilnehmen, was für die damaligen Kemalisten eine enorm hohe Zahl bedeutete. Religion half aber auch dem Staat, den säkularen Nationalismus der Kurden zu schwächen. Trotzdem wurde der Glaube nicht gerne in staatlichen Institutionen gesehen, so wurden 1990 noch hunderte Soldaten aus der Armee aufgrund der Praktizierung des Glaubens verwiesen. Dies sollte sich später ändern. Die *Tanrı yumruk* (türkisch: Faust Gottes), ein gegen Ethnien und Säkularisierung gerichtete islamistische Bewegung entstand in den 1980er Jahren. Diese begann ab 1991 ausgewählte linke Ziele in Türkisch-Kurdistan zu eliminieren. Bis 1993 starben 500 Aktivisten. Im Rahmen der gezielten Tötungen durch *Faust Gottes* wurden Organisationen, die unter den Attentaten litten, weiterhin vom Staat drangsaliert. So musste eine große kurdische Zeitung *Ozgur Gundem* (türkisch: Freie Agenda) schließen.

---

<sup>220</sup> Vgl. McDowall, modern, 430f.

Vgl. Larrabee, Foreign, 28, 36. Die Rolle des türkischen Militärs war immer eine große in der Innenpolitik, gerade in Anbetracht der größten innerpolitischen Sicherheitsfrage PKK. Dieser Kampf mündete auch in dem Verbot einer islamischen Partei sowie einem Politikverbot für Recep Tayip Erdogan, welches erst 2001 wieder aufgehoben wurde.

<sup>221</sup> McDowall, modern, 431.

Währenddessen übte sich der türkische Staat in taktischer Zurückhaltung, es wurden keine Verhaftungen oder Ermittlungen durchgeführt was einer Duldung gleichkam.<sup>222</sup>

Die PKK versuchte ihrerseits den islamischen Glauben zu instrumentalisieren um nicht als Feind des Islams stilisiert zu werden. Die meisten gläubigen Türken tendierten jedoch zur politischen Rechten. Um die Gruppe für religiöse Muslime attraktiver zu gestalten wurden Mullahs als Mitglieder aufgenommen, um eine Verbindung zwischen Islam und dem kurdischen Freiheitskampf herzustellen. So wurde auf die Geschichte Kurdistan hingewiesen: Während die Kemalisten den Islam lange Zeit aktiv bekämpften, konnte er währenddessen in Türkisch-Kurdistan ungestört gepflegt werden. Dieser Miteinbezug des Islams verschaffte der PKK viele Wählerstimmen in der Region. So wurden auch Zentren im Iran etabliert und die islamische Revolution im Iran durch Öcalans Bruder Osman gelobt. Das Einbeziehen des Islams hatte jedoch auch Schattenseiten. Religiöse Gruppierungen, die mit der PKK in Verbindung standen, wurden politisch aktiv und schockierten das Land mit Bombenanschlägen. Darunter befand sich auch die *İslam partisi Kürdistan* (türkisch: Islamische Partei Kurdistan; PIK), die mit Angriffen in Ankara und Istanbul im März 1990 internationale Schlagzeilen hervorrief.<sup>223</sup>

Auch die Streitigkeiten innerhalb der breiten Bevölkerung zwischen Türken und Kurden nahmen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer mehr zu. Zunächst wurden kurdische Rebellionen als von außen angestachelte gesehen, wobei die „wirklichen“ Akteure ausländische Agenten waren. Ab 1990, als sich die kurdische Bewegung zu einer Massenbewegung entwickelte, wurde die kurdische Minderheit selbst als Problem wahrgenommen. 1992 konnten sich nur 25 Prozent der Türken vorstellen, mit Kurden zusammenzuleben. Obwohl 70 Prozent der Kurden keinen eigenen Staat wollten, glaubten 89 Prozent der Türken genau das. Die Thematik konnte jedoch, gerade in Bezug auf die Demografie der Türkei, nicht so weiter behandelt werden. Die Geburtenrate in Türkisch-Kurdistan war viel höher und immer mehr kurdische Migranten lebten in großen türkischen Städten wie Istanbul und Ankara. Auch zerfiel die alte Agha-Ordnung in Türkisch-Kurdistan, die eine staatliche Kooperation immer schwieriger machte. Man konnte nun nicht mehr ein Gebiet befrieden, indem man den örtlichen religiösen Anführer auf seine Seite zog.

---

<sup>222</sup> Vgl. McDowall, modern, 432f.

<sup>223</sup> Vgl. Ebd., 433f.

Eine neue Generation von jungen Menschen, die aus diesem System ausbrechen wollten, entzog sich dem Führungsanspruch der Aghas, wodurch diese immer weniger Stimmen der Regierung in Ankara bringen konnten und somit immer obsoleter wurden.<sup>224</sup> Auch nach der offiziellen Anerkennung einer eigenen kurdischen Ethnie durch die türkische Regierung, scheint diese immer noch keine langfristige Konfliktlösungsstrategien zu verfolgen. 1992 liefen die Analysen über die Kurden unter dem Stichwort „Die Situation der türkischen Bevölkerung in der Osttürkei“

Die türkische Regierung sah sich im gleichen Jahr aufgrund der zunehmenden Gewalt dazu gezwungen, die liberale Herangehensweise von Präsident Özal aufzugeben und die Entscheidungsfreiheit über das Vorgehen in Türkisch-Kurdistan wieder dem Militär zu überlassen. Was folgte, war ein massiver militärischer Einsatz in der Stadt Sirnak (Stadt in Südostanatolien), die 20.000 Menschen in die Flucht trieb. Die PKK reagierte mit einem konventionellen Gegenangriff und tötete Dorfschützer, verübte Anschläge auf Konvois und blockierte sogar den Nachschub irakischer Kurden, da diese nicht mehr mit der PKK zusammenarbeiten wollten. Dies sollte einen massiven Fehler darstellen, konnte doch die türkische Regierung ein Abkommen mit den irakischen Kurden schließen, um deren Territorium für einen massierten Schlag zu verwenden. 5.000 PKK Kämpfer wurden so erfolgreich umzingelt und bekämpft. Diese zweite Phase des PKK Kampfes, der konventionelle Krieg, endete für sie in einem Fiasko. Im Guerillakrieg hatte die PKK viele Vorteile und konnte die militärische Überlegenheit des Gegners ausgleichen. Der Übergang zum konventionellen Krieg wurde dem Anführer Öcalan zu Lasten gelegt. Dieses Desaster führte zu einem Friedensangebot von Öcalan, der einen einseitigen Waffenstillstand im Frühling 1993 verkündete und zu Verhandlungen aufrief.<sup>225</sup> Dessen Forderungen hatten sich den militärischen Gegebenheiten angepasst. McDowall beschrieb die Reaktion der türkischen Regierung sowie die konkreten Forderungen von Öcalan zu diesem Zeitpunkt.

---

<sup>224</sup> Vgl. McDowall, modern, 440f.

Vgl. Findley, Nationalism, 368.

<sup>225</sup> Vgl. McDowall, modern, 435f.

„In Turkey it was taken as a sign that Ocalan had undergone military defeat and now sought whatever he could gain politically. On 16 April he renewed the ceasefire indefinitely. It seemed he had lost his stomach for the fight. His demands were no more than had been mooted by leading Turkish politicians, 'We should be given our cultural freedoms and the right to broadcast in Kurdish. The village guard system should be abolished and the Emergency legislation lifted. The Turkish authorities should take the necessary measures to prevent unsolved murders and should recognise the political rights of Kurdish organization. 'Significantly, Ocalan made no mention of self-determination.‘<sup>226</sup>

Der größte Befürworter einer liberalen Herangehensweise in der kurdischen Frage, Präsident Özal, starb einen Tag nach Veröffentlichung der Forderungen an einem Herzinfarkt. Der Nachfolger war an keiner politischen Lösung interessiert, Militäraktionen mit dem Ziel der kompletten Vernichtung der PKK wurden wiederaufgenommen. 7.000 PKK Kämpfer sollte es noch in der Türkei zu diesem Zeitpunkt geben. Durch eine eigenmächtige Aktion eines PKK-Kommandanten, bei dem 35 türkische Soldaten zu Tode kamen, musste Öcalan den einseitigen Waffenstillstand aufkündigen und die Kämpfe ebenfalls wieder aufnehmen. Beide Parteien ließen den Konflikt nun auch außerhalb von Kurdistan eskalieren. Die kurdische Partei HEP wurde verboten, die Mitglieder wichen auf die neu gegründete *Demokrasi Partisi* (türkisch: Demokratische Arbeiterpartei; DEP) aus. Umgekehrt begann die PKK mit Anschlägen in Tourismusgebieten und gezielten Angriffen auf Türken außerhalb der Türkei. Des Weiteren übte sie großen Druck auf türkische Nachrichtenagenturen in Türkisch-Kurdistan aus, wodurch diese ihre Arbeit zum Großteil einstellten. 1994 starteten 300.000 türkische Soldaten eine neue Militäroffensive, begleitet von Deportationen und Zerstörung von Dörfern. Diyarbakir beherbergte eine Million Flüchtlinge zu dieser Zeit, obwohl offiziell nur 350.000 Menschen dort lebten. Daneben flohen mehr als 20.000 Kurden in den Irak. Ende 1994 sprachen Strohmeier und McDowall von 20.000 Toten seit Beginn des Konfliktes 1984.<sup>227</sup>

---

<sup>226</sup> Vgl. McDowall, modern, 436f.

Vgl. Dolzer, Konflikt, 30. 1999 wurde ein einseitiger Waffenstillstand von der PKK ausgerufen. Strohmeier, Kurden, 118. Eine Ankündigung des Einseitigen Waffenstillstands wurde von der türkischen Regierung als Eingeständnis der Niederlage verstanden. Die bedingungslose Kapitulation wurde immer gefordert. Waffenstillstand 2004 aufgekündigt.

<sup>227</sup> Vgl. McDowall, modern, 437f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 114.

Die Kombination der türkischen Regierung aus politischen Repressalien und militärischen Einsätzen führten zu einem kontinuierlichen Rückgang der Schlagkraft der PKK. Öcalan wurde von türkischen Einsatzkräften in Syrien entführt und in der Türkei vor Gericht gestellt, was die Beziehung zwischen der Türkei und Syrien stark verschlechterte. Die Streitkräfte der PKK waren aber auch vor der Festnahme ihres Anführers Abdullah Öcalan 1999 im offenen Kampf besiegt. Im Rahmen des Konfliktes zwischen der PKK und dem türkischen Staat verloren 30.000 bis 40.000 Menschen ihr Leben seit den 1980er Jahren. Dieser Kampf führte auch zu einer massiven Unterentwicklung von Ost-Anatolien sowie zu zahlreichen Menschenrechtverletzungen auf beiden Seiten. Die Hauptbasen der PKK lagen außerhalb von türkischem Staatsgebiet, nämlich in Syrien und im Nord-Irak. Die Türkei versuchte demnach ihre Operationen auf irakischen Boden durchzuführen und den Feind in seiner Heimat anzugreifen. Dies führte zu einer inoffiziellen Etablierung einer türkischen Sicherheitszone im Nord-Irak. Die Gefangennahme von Abdullah Öcalan sowie das Ende der offiziellen Unterstützung von Seiten der syrischen Regierung schwächte die PKK stark. Zudem kam es durch das Machtvakuum zu inneren Streitigkeiten<sup>228</sup> Von einer militärischen Schlagkraft der 1990er war die Kurdische Arbeiterpartei weit entfernt.

McDowall kommentiert die düstere politische Situation nach dem Tod von Präsident Özal.

„Under Ozal’s aegis there had been the brief mirage of a prosperous Turkey with its once disaffected Kurds brought into a productive relationship as a recognized community. In 1994, with Tansu Ciller as prime minister, that mirage vanished under intensified military repression in Kurdistan, at the enormous annual cost of US\$8 billion, and the banishment of the Kurd’s more moderate representatives from the National Assembly. Meanwhile, Turkey’s options narrowed. It faced international odium concerning its worsening human rights abuses, deepening economic crisis and the continued rise of Islamic identity which now threatened the Kemalist legacy as much as Kurdish irredentism. Indeed, with Kemalism itself obsolete yet without any natural ideological heir, the pressures leading to Turgut Ozal’s ‘social earthquake’ continued to grow unabated.”<sup>229</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 38.

<sup>229</sup> McDowall, modern, 441f.



Gleichzeitig erweckte die öffentliche Erniedrigung des PKK Chefs Öcalan in Gefangenschaft das Interesse der internationalen Öffentlichkeit. Immer wieder kam es zu Widersprüchen der türkischen Regierung: Nach Bombenangriffen auf kurdische Städte wurde wirtschaftliche Hilfe versprochen. Gleichzeitig wurden kurdische politische Vereine zu Terrororganisationen erklärt und Mitglieder eingesperrt, was moderate Kurden in den Untergrund oder die Illegalität trieb. Die Beziehungen zur USA, Russland, Syrien und der EU waren ebenfalls nicht frei von Spannungen.<sup>230</sup> Haluk Cay betonte in seinem Werk jedoch die geopolitische Wichtigkeit der Türkei in der Region. Neben der geografischen Wichtigkeit ist die Türkei gegenüber seinen Nachbarstaaten wie dem Iran und dem Irak ein sicheres Land, sowie ein Sprachrohr in den islamischen Nahen Osten.

#### Situation der Kurden bis 1999

Nach jahrelangen Versuchen gelang es ersten kurdischen Parteien sich innerhalb der türkischen Gesetzgebung zu bewegen und sich trotzdem der kurdischen Frage anzunehmen. Die *Refah Partisi* (türkisch: Wohlfahrtspartei; RP) von Necmettin Erbakan, eine islamische Partei, konnte nach einem Bruch mit einer rechts-außen Partei neue kurdische Stimmen gewinnen. 1992 setzte sich der Parteivorsitzende immer öfter mit der kurdischen Frage auseinander, wählte jedoch bewusst seine Worte aus, um nicht den Staatsapparat zu aktivieren. Den Fokus legte er dabei auf die humanitäre Situation in Türkisch-Kurdistan und nicht die kurdische Frage. Aufgrund demographischen Entwicklung in der Region, konnte er eine Politik zur Verbesserung der Lebensbedingungen betreiben, welche natürlich den Kurden zugutekam. Mit dieser Strategie konnte Erbakan im März 1994 19 Prozent der Wählerstimmen der Türkei erhalten. Um 1995 schien sich zudem die alte Spaltung zwischen religiösen und nationalistischen kurdischen Kräften wieder zu reparieren, der Abfall der Sowjetunion machte die kurdische Nationalsache nicht mehr zu einer reinen linken-säkularen Thematik. Neuer Konflikte könnten jedoch durch die religiösen Differenzen zwischen Aleviten und Sunniten zu Tage kommen.<sup>231</sup>

Larabee warnt davor, eine langfristige Lösung der kurdischen Frage immer weiter in die Ferne rücken zu lassen. Doch wie konnte diese gefunden werden? 5-20 Millionen Kurden leben in der Türkei, jedoch nur 50 Prozent in traditionellen kurdischen Gebieten in Ost-Anatolien, der Hauptteil hatte sich mittlerweile in den Metropolen von Istanbul und Ankara angesiedelt. Ein Viertel der Abgeordneten im Parlament weisen kurdische Abstammung auf.

---

<sup>230</sup> Strohmeier, Kurden, 118, 121.

<sup>231</sup> Vgl. McDowall, modern, 439f. 1994 wurde DEP nach Bombenanschlägen und Anschlägen auf Parteimitglieder im Juni vom türkischen Staat aufgelöst. Die Folgepartei Hadep (People's Democratic Party) sollte auch Ziel dieser Angriffe werden.

Die meisten moderaten Kurden wünschten keinen eigenen Staat, sondern mehr kulturelle Freiheiten. Der Konflikt in Türkisch-Kurdistan fordert immer noch seine Opfer in der türkischen Bevölkerung, 91 Prozent der kurdischen Binnenmigranten verlassen ihren Wohnort nicht freiwillig.<sup>232</sup>

Eine der Lösungsvorschläge betraf die Errichtung einer türkischen-kurdischen Föderation. Akkaya vermutet jedoch, dass aufgrund der starken Verwurzelung der türkischen Zentralmacht in der Bevölkerung, diese einen solchen Vorschlag nicht unterstützen würde. In den 1990er Jahren kam es jedoch definitiv zu einer Liberalisierung im Bereich kurdischer Publikationen.<sup>233</sup> Dismorr beschrieb, dass Minderheiten immer wieder den Zustand beklagten, dass diese in der Administration und dem Militär besonders unterrepräsentiert wären. Offizielle Gesetze in diesem Bereich existierten nicht, es wurde jedoch in gewissen Bereichen definitiv aussortiert. Es war kaum möglich, dass ein Angehöriger einer Minderheit Gouverneur einer Provinz wurde. Auch im Militär konnten Minderheiten höchstens als Ersatzoffiziere eingesetzt werden, aber eine ordentliche militärische Laufbahn war ihnen verschlossen. Ängste bezüglich der Weitergabe von Geheiminformationen an die jeweiligen Stammländer wie Griechenland oder Armenien könnten hier der Anlass sein. Im akademischen Bereich war diese Auslese jedoch nicht der Fall, hier waren Minderheiten sogar überrepräsentiert.<sup>234</sup> Der politische Diskurs war generell eingeschränkt. Akkaya berichtete über die aktuelle Situation in Türkisch-Kurdistan und war aufgrund der türkischen Gesetzeslage skeptisch gegenüber möglichen Lösungsansätzen, die nicht eine tiefgreifende Veränderung der türkischen Verfassung nach sich ziehen würden.

„Hier kommt es ebenso zu Menschenrechtsverletzungen durch die Behörden und Sicherheitskräfte, die sich nicht nur gegen Kurden richten, sondern gegen jeden, der durch seine Aktivitäten die Unteilbarkeit des Staatsterritoriums und des Staatsvolkes vermeintlich zu gefährden droht [...] Grundsätzlich gestatten die Verfassungsartikel über die Einschränkung von Grundrechten sowie Artikel 8 des Antiterrorgesetzes ein Vorgehen gegen Personen, deren Aktivitäten eine Unterminierung des Staatssystems zur Folge haben könnten“.<sup>235</sup>

---

<sup>232</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 39.

Vgl. Akkaya, Länderbericht, 193f. Anteil Kurden in Ost-Anatolien bei 42 Prozent, Südost-Anatolien bei 65 Prozent. Zahl der leeren Dörfer/Siedlungen aufgrund von Flucht im Rahmen des PKK Konfliktes wird auf 1500 geschätzt. Diese flohen in den Westen der Türkei in die großen Städte.

<sup>233</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 196. 84 Prozent haben keinen finanziellen Rückhalt, wenn sie das abwandern. 23.000 Dorfschützer wurden aufgrund von Machtmissbrauch bereits entlassen.

<sup>234</sup> Vgl. Ebd., 200.

<sup>235</sup> Vgl. Ebd., 83. Folter ist auch 1996 noch aktuell. Europäische Komitee zur Verhütung von Folter berichtete darüber im Anschluss einer Reise.

Akkaya schrieb weiterhin, dass Journalisten, Wissenschaftler und Abgeordnete besonders gefährdet sind, unter Anwendung des Anti-Terrorgesetzes in ihren Grundrechten eingeschränkt zu werden.<sup>236</sup> Anatolien weist teilweise einen kurdischen Anteil von 85-90 Prozent auf, Positionen wie Richter, Militärs und Lehrer werden jedoch nur von Türken ausgeübt.<sup>237</sup>

Dolzer sah eine politische Zusammenarbeit erst nach einer wirtschaftlichen Lösung realisierbar. Die ökonomischen Hintergründe des kurdischen Konfliktes der Region wurden immer mehr Türken bewusst. In Türkisch-Kurdistan lag das Pro-Kopf Einkommen nur bei 42 Prozent gegenüber der restlichen Türkei. So wurde GAP, das *South East Anatolia Development Project* von Özal eingeführt, um die Flüsse Euphrats und Tigris mit Wasserkraft und Staudämmen nutzbar für die Region zu machen. Das Land sollte besser bewässert werden und Strom für eine mechanisierte Landwirtschaft bieten. Diese Idee sollte jedoch viel zu kurz greifen: Immer noch gehörten 8 Prozent der Menschen mehr als 50 Prozent des Landes in Kurdistan, die meisten Bauern waren landlos. Die Großgrundbesitzer hatten wenig Interesse an einer effektiven Landwirtschaft solange sie genügend Geld pro Monat erlangen konnten. Ohne fundamentale Landreform würden die meisten Menschen nicht von GAP profitieren. Des Weiteren benötigten die Kurden dringend mehr Bildung. Überfüllte Klassenräume, türkische Lehrer die nur auf Türkisch unterrichteten brachten ihr übriges. 1990 konnten nur 48 Prozent der Menschen in Kurdistan lesen und schreiben im Gegensatz zu den 77 Prozent in der restlichen Türkei und kaum jemand schloss den Pflichtschulbereich überhaupt ab. 60 Prozent der Bevölkerung von Anatolien lebten in absoluter Armut, zudem sind mehr als 1.000.000 Menschen zwangsausgesiedelt worden.<sup>238</sup> Dolzer nahm das GAP Projekt stark in die Kritik. Mit 32 Milliarden Euro sollte das Ziel des Projektes eine verstärkte türkische Präsenz sein. Laut ihm soll die lokale Bevölkerung am Wenigsten davon profitieren. Auch wurden die Nachbarstaaten, in denen die Flüsse fließen, nicht konsultiert.

---

<sup>236</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 84.

<sup>237</sup> Vgl. Dismorr, Decoded, 115.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 201 – 206. Die ländlichen Siedlungen in Kurdistan sind klein und weit verstreut. Eine Verbesserung der Infrastruktur ist damit sehr teuer und aufwendig. Es existieren zurzeit im Gebiet immer noch fast 50.000 Dorfschützer, die keiner produktiven Tätigkeit nachgehen.

<sup>238</sup> Vgl. McDowall, modern, 434f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 198. 1990 konnten im Gebiet um Diyarbakir nur 60 Prozent der Bevölkerung Lesen und Schreiben. (Rest Türkei im städtischen Milieu 75 Prozent)

Vgl. Larrabee, Foreign, 24. Illegale Aktivitäten finden sich vor allem in den von der PKK betroffenen Gebieten in Ostanatolien.

Vgl. Dismorr, Decoded, 116.

Vgl. Cay, Akte, 487 – 492.

Vgl. Findley, Nationalism, 366f.

Vgl. Strohmeier, Kurden, 24.

Vgl. Findley, Nationalism, 377 . 379.

Dies geschah unter Berufung auf die Standorte der Quellen innerhalb der Türkei, die Gefahr der Kontrolle des Wassers wurde hier näher erläutert. Auch sollten im Rahmen des Projektes mehr als 100.000 Menschen erneut vertrieben worden sein.<sup>239</sup> Kurdische Migranten in westlichen türkischen Städten standen vor der Problematik, dass sich ihre Stammeskultur nur schwer der Stadtkultur anpassen ließ. Qualifikationen konnten zwar erhöht werden, die Verbindung zur Stammesgesellschaft wurde dabei jedoch getrennt. Dadurch gingen Migranten für die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in der Heimat verloren.<sup>240</sup> McDowall sah zwei große Hindernisse, die für einen wirtschaftlichen Wachstum erst noch überwunden werden mussten.

„Thus the two essential prerequisites for the region`s economic progress, the final removal of the landowning agha class and the introduction of Kurdish-medium primary education could not be implemented because both measure contradicted state policy regarding the control of Kurdistan. By 1994 Ankara remained locked in contradictions of its own making and Kurdistan in the poverty borne of state neglect and paranoia “<sup>241</sup>

Von einer Verleumdung der kurdischen Ethnie konnte in der türkischen Regierung zu diesem Zeitpunkt nicht mehr gesprochen werden. Trotzdem fragte man nur einmalig bei Volksbefragungen nach der Muttersprache seiner Staatsbürger. McDowall sah in der kurdischen Identität selber ebenfalls ein großes Hindernis:

„The main internal obstacle, however, remained in the political structure of Kurdish society. Tribalism had been in retreat since the early ethno-nationalists inveighed against it in the 1940s. Yet the process proved painfully slow. The continuing ability of tribal chiefs in Iraq and Turkey to field hundreds of thousands of retainers demonstrated the tenacity of tribal feeling. It also testified to tribalism`s ability to adapt to the demand of nationalism and socio-economic change. Both in Turkey and Iraq tribal, or neo-tribal, solidarity would undoubtedly have been weaker had there been no temptation to co-opt Kurds for one cause or another. This had been true of the Hamidiya, the British-sponsored aghas, the post-1945 political life of Turkey [...] and Turkish village guard systems.<sup>242</sup>

---

<sup>239</sup> Vgl. Dolzer, Konflikt, 115

<sup>240</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 217.

<sup>241</sup> McDowall, modern, 435.

<sup>242</sup> Ebd..f

### Zusammenfassung

Abschließend sollen noch einmal die wichtigsten Argumente zur Beantwortung der zweiten Forschungsfrage genannt werden. Diese lautete: Existierte in der Türkei im Jahr 1999 eine vereinte kurdische Nationalfront?

Zu Beginn muss festgestellt werden, dass der türkische Staat seit seiner Entstehung die kurdische Bevölkerung mit unterschiedlicher Intensität immer Repressalien ausgesetzt hat. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass manche Repressalien bis heute von Teilen der Kurden selbst unterstützt werden, wie sich etwa am Beispiel der Dorfschützer zeigte. Bei früheren Rebellionen griffen kurdische Milizen auf Seiten der Türkei in das Geschehen ein. Auch innerhalb der kurdischen Unabhängigkeitsbewegung konnte man von keiner gemeinsamen Linie sprechen. Die PKK, mit ihrer marxistisch-leninistisch Grundlage, bot keine Anknüpfungspunkte für religiöse Kurden, die immer noch einen Großteil der Bevölkerung im heutigen Türkisch-Kurdistan ausmachen. Zudem existieren nach wie vor Konflikte zwischen Kurden verschiedener Religionszugehörigkeiten wie Aleviten, Sunniten und Yeziden.

Die Ausübung der Gewalt im Rahmen des PKK Konfliktes muss auch thematisiert werden. Seit 1984 beherrschte dieser die Region in Ostanatolien, der mit über 30.000 Toten tiefe Gräben in der Bevölkerung zog. Die schlechte wirtschaftliche Situation Türkisch-Kurdistans war entsprechend, das Pro-Kopf Einkommen war bedeutend niedriger als in der restlichen Türkei. Investitionen waren zudem mit riesigen Kosten und vergleichsweise wenig Gewinn für Investoren verbunden und wurden dadurch fast nur von staatlicher Seite durchgeführt. Diese Investitionen sollten jedoch primär dem Militär dienen, kurdische Bewohner profitierten nur vom verbesserten Straßennetz.

Auch das Argument der kurdischen Kulturnation wurde zunehmend schwächer: Nur noch die Hälfte der heute lebenden Kurden der Türkei lebt in Türkisch-Kurdistan. Große Teile haben sich in türkischen Metropolen wie Ankara oder Istanbul niedergelassen, oder wanderten nach Europa aus. Auch wenn diese Wanderung oftmals aus wirtschaftlichen und politischen Zwängen heraus stattfand, kehrten diese kaum zurück. Ein Großteil der Kurden wünschte sich eine größere Autonomie innerhalb des türkischen Staates, jedoch keine vollständige Unabhängigkeit. Generell war die Meinung der Kurden in Kurdistan oftmals eine völlig andere wie die der Kurden in den Metropolen.

Eine weitere Konsequenz der Repressiven türkischen Politik war auch die Abdrängung kurdischer Politiker in die Illegalität. Jegliche politische Formierung von moderaten Kurden konnte unter Anwendung der türkischen Gesetzeslage sofort ausgehebelt werden.

Dies führte dazu, dass sich politische Gruppierung vor der Wahl gestellt waren: Sollten sie am politischen System teilnehmen und eine offizielle Strafverfolgung im Falle des Separatismus-Vorwurfs riskieren? Oder bekämpften sie das System als Rebellen des Staates? Durch die Verhaftung vieler kurdischer Politiker konnten sich paramilitärische Gruppierungen wie die PKK als wichtige Vertreter der kurdischen Interessen erst formieren, es gab kaum andere Alternativen.

Auch die Stammesgesellschaft der Kurden spielt heute noch eine Rolle. Ein Großteil der Kurden in Kurdistan ist entweder noch in Stämmen organisiert oder in der Landwirtschaft tätig. Dies ist vermutlich einer der Hauptgründe, warum sich keine einheitliche kurdische Front bilden konnte. Daher komme ich zu dem Schluss, dass auch im Jahr 1999 keine vereinte kurdische Nationalfront in der Türkei existierte. Zu groß war die Spaltung auf politischer, ethnischer und kultureller Ebene, bis 1999 konnte sich noch immer keine Führungsperson etablieren, die für einen Großteil der Kurden sprechen konnte. Staatliche Repressionen führten zu einer weiteren Zersplitterung der Gruppierung, wodurch jedoch die kurdische Frage noch schwieriger zu lösen war.

## Ausblick auf eine Beantwortung der kurdischen Frage heute

Die kurdische Ethnie kann als segmentäre Gesellschaft bezeichnet werden, welche zwar komplexe soziale Ordnungen aufweist, jedoch Über- und Unterordnungen darin fehlen. Die Wichtigkeit von Abstammung innerhalb eines Klans erschwert die politische Integration und Entwicklung zentralistischer Bewegungen. Kurden können im östlichen Teil der Türkei in Nomaden (dessen Anteil jedoch stetig fällt), Ackerbauern und Viehtreibende unterteilt werden. Die Nomaden übernachteten bis heute in Zelten gemeinsam mit ihren Tieren auf der Weide in den Bergen und kehren nur während der Erntezeit in ihre Dörfer zurück. Stammes- und Feudalgesellschaften, islamische Erbschaftsregeln und wirtschaftliche autarke Strukturen sind immer noch vorherrschend. Die Einführung von Landmaschinen hat zu einer Monopolstellung der Großgrundbesitzer geführt, welche sich die teuren Gerätschaften leisten konnten. Landflucht und saisonale Wanderarbeit waren die Folge für die Bergbewohner und Kleinbauern.<sup>243</sup> Die wirtschaftliche Bedeutung von Türkisch-Kurdistan ist unverkennbar.

---

<sup>243</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem,, 34- 36, 38.

Vgl. McDowall, modern, 6. Dieser nennt das Nomadentum auch als einen der Gründe der Zusammenstöße verschiedener Gruppen, da die Bewegung großer Herden durch bewohntes Gebiet Spannung mit den Ortsansässigen mit sich bringt.

Heute befinden sich dort wichtige Öl- und Wasserreserven, wodurch die Türkei diese Region nur unter größten internationalen Druck in die Unabhängigkeit entlassen würde.<sup>244</sup> Bozkurt stellt hierbei fest, dass zur Lösung der Kurdenfrage sowohl Veränderungen in den gesellschaftlichen Verhältnisse der Türkei als auch in der kurdischen Ethnie notwendig sind.<sup>245</sup> Der plötzlicher Tod des türkischen Präsidenten Özal zeigte aber ein neues Problem in der kurdischen Frage auf. Es ist kaum noch möglich, anerkannte Vermittler für beide Seiten zu finden. Dadurch wurde es für beide Seiten eine Vertrauensgrundlage für das Beginnen eines Dialogs zu finden.<sup>246</sup>

Der Kampf mit der PKK konnte auch die schwierige Menschenrechtsituation erklären, dieser Grund wird jedoch immer unhaltbarer, angesichts der militärischen Befriedung des Gebietes. Heute versucht man das Gebiet mit wirtschaftlicher Hilfe und Entwicklungshilfe zu unterstützen. 2002 wurde das Unterrichten in der kurdischen Sprache im Privatunterricht erlaubt, in öffentlichen Schulen ist es jedoch weiterhin untersagt.<sup>247</sup>

Die Diskussion um mögliche Autonomierechte für Kurden ist gerade im Hinblick auf die Vergangenheit des Staates sowie der starken türkischen Nationalidee eine äußerst schwierige. Jegliche Autonomierechte würden den starken Zentralstaat schwächen, was für Ankara unbedingt zu verhindern ist. Auch die Frage der Menschenrechte ist, auch wenn sich diese in letzten Jahren aufgrund erfolgreicher Befriedung durch türkische Streitkräfte verbesserte, immer noch präsent.<sup>248</sup>

Der Erfolg der irakischen Kurden im Norden des Iraks wird von der Türkei noch still hingenommen. Die Angriffe der PKK, die jedoch dieses Grenzgebiet als Basis ihrer Operationen verwenden, erhöht den Druck auf die Regierung. Dennoch wäre es ein Alptraum für die türkische Regierung, sollte es jemals einen unabhängigen kurdischen Staat im Norden des Iraks aufgrund der Jahrzentelangen Instabilität des Landes geben. Ein Kettenreaktion in umliegenden Gebieten wäre möglich.<sup>249</sup>

---

<sup>244</sup> Vgl. McDowall, modern, 7.

<sup>245</sup> Vgl. Bozkurt, Kurdenproblem,, 15.

<sup>246</sup> Vgl. Akkaya, Länderbericht, 80.

<sup>247</sup> Vgl. Larrabee, Foreign, 59.

<sup>248</sup> Vgl. Ebd., 26.

<sup>249</sup> Vgl. Dismorr, Decoded, 126.

Welchen Schluss lassen diese Fakten zu? Beide Seiten des Konfliktes blicken auch eine langjährige Geschichte zurück, die tiefe Narben hinterlassen hat. Heute wird von der PKK ein demokratischer Föderalismus angestrebt, auch wenn weiterhin in der Türkei gekämpft wird. Die Finanzierung der Gruppierung scheint über freiwillige Spenden, Schutzgeldern, Drogen-Waffen- und Menschenmuggel noch gesichert zu sein.<sup>250</sup> Der Status einer Terrororganisation muss in diesem Zusammenhang jedoch hervorgehoben werden. Es ist fraglich ob diese Gruppe jemals eine legitime politische Vertretung darstellen kann. Darüber hinaus kann der kurdischen Arbeiterpartei kein Führungsanspruch über alle Kurden zugesprochen werden. Die kurdische Ethnie ist bis heute zwiegespalten, sowohl in ihrer eigenen Kultur als auch in der politischen Realität. Bis heute fehlt eine legitime, ganzheitliche, kurdische Interessensvertretung.

Auf der anderen Seite hadert die türkische Regierung bis heute mit der kurdischen Realität. Auf der einen Seite wird die kurdische Ethnie bis heute politisch drangsaliert, auf der anderen Seite wird Dialog angestrebt. Ein möglicher Lösungsansatz in der kurdischen Frage könnte die langfristige wirtschaftliche Entwicklung von Türkisch-Kurdistan darstellen. Dazu müssten jedoch die feudalen Strukturen der kurdischen Bevölkerung aufgebrochen, eine Landreform durchgeführt und Investitionen getätigt werden. Dies würde jedoch der türkischen Regierung ein Umdenken in ihrem Umgang mit der kurdischen Ethnie abverlangen. Was bleibt ist eine ungewisse Zukunft für die politische Situation in Türkisch-Kurdistan.

---

<sup>250</sup> Vgl. Strohmeier, Kurden, 112f



## Bibliographie

- Cigdem Akkaya u. Yasemin Özbek u. Faruk Sen, Länderbericht Türkei, Darmstadt 1998.
- Askim Bozkurt, Das Kurdenproblem in der Türkei. Die Manifestation und Konsolidierung des ethnischen Konflikts und die Frage seiner Lösung, Frankfurt am Main 1994.
- A.Haluk Cay, die Kurdische Akte. Aus allen Perspektiven, Ankara 2000
- M. Hatip Dicle, Zur Lage in Kurdistan. Türkei, in: Herbert Berger (Hg.), Freiheit für das Kurdische Volk. Internationale Konferenz 2. Und 3. Oktober 1992, Wien 1992.
- Rothermund Dietmar., Ethnische Konflikte, in: D. Waldmann, Hg., Nohlen, 1987.
- Ann Dismorr, Turkey Decoded, London u.a. 2008.
- Martin Dolzer, der türkisch-kurdische Konflikt. Menschenrechte – Frieden – Demokratie in einem europäischen Land?, Bonn 2010.
- Ryan Gingeras, Mustafa Kemal Atatürk. Heir to an Empire, Ney York u. Oxford 2016.
- F. Stephen Larrabee u. Ian O. Lesser, Turkish Foreign Policy in an Age of Uncertainty, Santa Monica u.a. 2003.
- David McDowall, A modern history of the Kurds, London u.a. 1996.
- Donald Quataert, The Ottoman Empire, 1700 – 1922, Cambridge 2005.
- Martin Strohmeier u. Lale Yalcin-Heckmann, Die Kurden. Geschichte, Politik, Kultur, 5.Auflage, München 2016.
- Carter Vaughn Findley, Turkey, Islam, Nationalism and Modernity. A history, Yale 2010.

## Internetquellen/Anhang

Den angefügten Internetquellen werden auch Screenshots beigefügt, um den Zitierregeln von HistorioPlus gerecht zu werden. Die Masterarbeit ist in elektronischer Form (CD-ROM) ebenfalls vorzufinden

- <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017437/2011-04-26/> (Stand: 28.05.2019)

https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017437/2011-04-26/

HISTORISCHES  
LEXIKON  
der SCHWEIZ  
HLS

Themen Personen Familien Orte & Räume Multimedia Artikel A-Z

←

DE FR IT

### Nation

Version vom: 26.04.2011

Autoren/Autor: Georg Kreis

Als N. wird eine Bevölkerung bezeichnet, die eine gemeinsame, ethnisch (Herkunft, Sprache) oder kulturell-politisch (Geschichte, Traditionen, Religion) definierte Substanz aufweist und so in Kombination mit einem "Land" zu einem "Volk" wird. Während eine ältere Auffassung die N. als eine natürl., ursprünglich gegebene Grösse versteht, sieht ein jüngeres Konzept die N. als Sekundärprodukt, das erst allmählich über den gesellschaftl. Prozess des *nation building* zu einem nationalen Zusammengehörigkeitsgefühl findet. Ferner lässt sich eine in Diasporastrukturen stärker am Ethnischen orientierte Vorstellung von N. (z.B. bei den Juden und Armeniern) von einem am Modell des homogenen Staats orientierten, territorialen Nationenverständnis (idealtypisch im Fall Frankreichs) unterscheiden.

Im MA verwendete man den Begriff der *natio* v.a. für die "im gleichen Land geborenen", aber nicht sich in diesem Land aufhaltenden Personen an Universitäten und auf Konzilien. Mittels der Zuschreibung von unverwechselbaren und zumeist positiven Landes- bzw.

- <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026987/2011-12-23/> (Stand: 28.05.2019)

https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/026987/2011-12-23/

HISTORISCHES  
LEXIKON  
der SCHWEIZ  
HLS

Themen Personen Familien Orte & Räume Multimedia Artikel A-Z

←

DE FR IT

### Religionen

Version vom: 23.12.2011

Autoren/Autor: Christoph Uehlinger

Aus kulturwissenschaftl. Sicht bezeichnet der Begriff R. soziokulturell verfasste Symbolsysteme, die auf bestimmten Annahmen und Vorstellungen bezüglich einer allg. Seinsordnung gründen, diese in versch. Sprach-, Bild- oder Handlungsmedien darstellen und mit ihnen ein bestimmtes Ethos, Verhaltensregeln und rituelle Praktiken assoziieren, deren Verbindlichkeit durch gemeinschaftl. Organisation und Institutionalisierung gestützt wird. Welche Funktion die Religion in einer Gesellschaft, für Gruppen oder Einzelne erfüllt, ist dem hist. Wandel unterworfen und jeweils kontextbezogen (z.B. regional-, schicht- oder traditionsspezifisch) zu bestimmen. Dabei sind neben Entwicklungen auf der Ebene religiöser Experten und sozialer Eliten auch **Bräuche** und **Volksfrömmigkeit** zu beachten. Für die hist.-wissenschaftl. Erforschung der R. in der Schweiz steht seit jeher die Beschäftigung mit der regionalen **Kirchengeschichte** im Vordergrund, was nicht nur auf die Quellenlage, sondern ebenso sehr auf institutionelle Interessen und theoret. (teilweise ideolog.) Prämissen zurückzuführen ist.

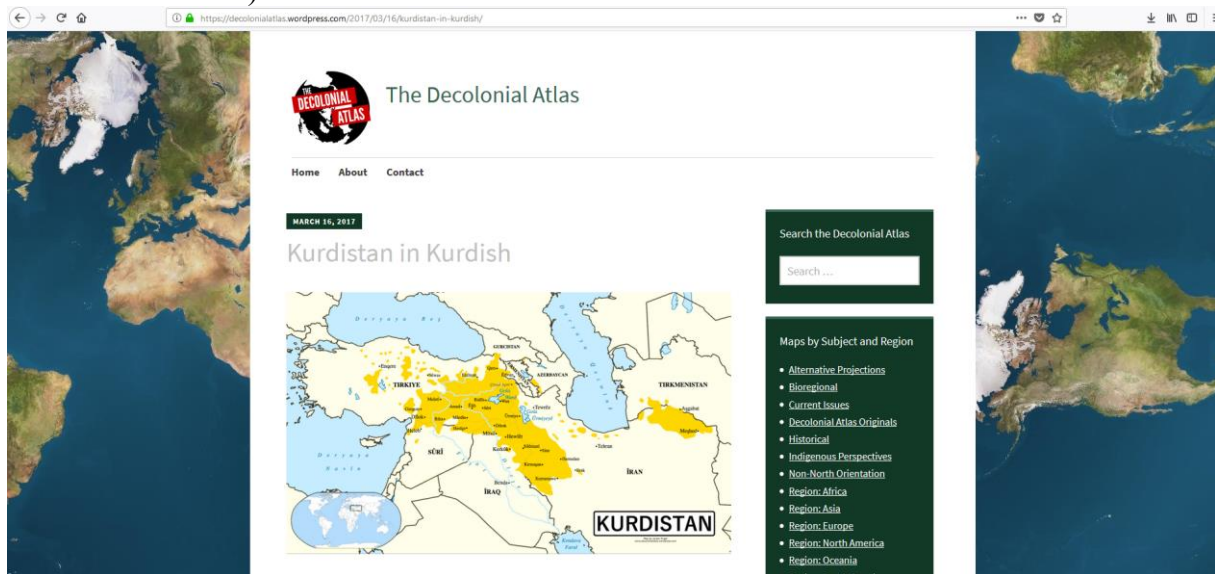
- <https://en.oxforddictionaries.com/definition/tribe> (Stand: 28.05.2019)

The screenshot shows the Oxford Living Dictionaries website. At the top, there is a navigation bar with links for DICTIONARY, THESAURUS, GRAMMAR, EXPLORE, WORD OF THE YEAR, FORUM, and BLOG. Below this is the Oxford Living Dictionaries logo and a search bar containing the word 'tribe'. The main content area features a header for 'OBI Gartenplaner: Terrasse' with a 'MEHR' button. Below this is a breadcrumb trail: Home > British & World English > tribe. The definition of 'tribe' is provided: 'A social division in a traditional society consisting of families or communities linked by social, economic, religious, or blood ties, with a common culture and dialect, typically having a recognized leader.' An example is given: 'indigenous Indian tribes'. There are also social media sharing icons for Facebook, Twitter, Google+, and a plus sign for more options.

- <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/041672/2008-11-06/> (Stand: 28.05.2019)

The screenshot shows the Historical Lexicon of Switzerland (HLS) website. The page title is 'Kurdistan'. The article is written by Hans-Lukas Kieser. The text describes Kurdistan as a settlement area of Kurds in the Near East, covering parts of Turkey, Iran, Iraq, and Syria. It mentions that the Kurdish population is around 30 million and speaks Kurmanji and Sorani. The article discusses the historical context of Kurds in Switzerland, including their migration and the impact of the Basler Mission in 1837. The page also includes a search bar, navigation links (Themen, Personen, Familien, Orte & Räume, Multimedia, Artikel A-Z), and a language selector (DE, FR, IT).

- <https://decolonialatlas.wordpress.com/2017/03/16/kurdistan-in-kurdish/> (Stand: 25.03.2019)



- <http://www.dw.com/de/kurden-halten-an-unabhProzentC3ProzentA4ngigkeitsreferendum-fest/a-40068985> (Stand: 25.03.2019)

